E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 12 Dezember 03 / 1 Januar 04 Jahrgang 52/53

ver.di

EUROPÄISCHE WEICHENSTELLUNG

RECHTE VON JOURNALISTEN IN DER DEBATTE

ver.di - BUNDESKONGRESS

EINMISCHEN MIT MEHR PROFIL

100.000 gegen Sozialabbau

Eindrucksvolle Demonstration in Berlin nahm rot-grüne Politik ins Visier

Foto: Christian von Polentz

Die Regierung übte sich in Nichtbeachtung. Der DGB hatte nicht daran geglaubt – Proteste gegen die rot-grüne Sozialpolitik seien „nicht besonders aussichtsreich“, meinte Gewerkschaftschef Sommer. Sogar die Organisatoren – vom Globalisierungsgegner-Bündnis attac über den ver.di-Landesverband Berlin, die PDS bis zu verschiedenen anderen linken Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet – die 20.000 Teilnehmer angemeldet hatten, erhielten eine Lektion Optimismus gelehrt. Und die Kommentatoren, die in Berichten überwiegend ältere Frauen im Demonstrationszug ausmachten und von Nachhutgefechten einer verlorenen Schlacht sprachen, wurden allein durch die Bilder des Zuges zwischen Alexanderplatz und Gendarmenmarkt berichtigt: Protest ist möglich. Protest hat eine Basis. Er kommt spät, aber im Empfinden der Teilnehmer nicht zu spät: Die „Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag“ am 1. November brachte trotz verkaufsoffenem Wochenende und Nieselregen 100.000 Menschen auf die Beine. Und die zumeist selbst gefertigten Texte auf Transparenten und Tafeln zeugten von bitterer Ironie und Wut.

Bissig wurden die SPD, Kanzler Schröder, speziell aber Agenda 2010, Hartz und Rürup sowie die Gesundheitsreform ins Visier genommen. Das „gigantischste Verarmungsprogramm“, das dieses Land je durch eine Regierung gesehen habe, prangerten Ilona Plattner vom attac-Koordinierungskreis an und rief den Teilnehmern der Abschlusskundgebung unter Beifall zu „Wir holen uns die Selbstbestimmung über unsere Zukunft zurück. Wir sind überall, wir sind viele und wir kommen wieder.“ Zumindest an dieser Stelle sollten dem ver.di-Bundesvorstand die Ohren geklungen haben. neh ■

Briefe an M

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen.
Deswegen müssen wir manchmal Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

Anschrift der Redaktion:
Bundesvorstand
ver.di
Redaktion M
Menschen – Machen – Medien
Potsdamer Platz 10
Haus 4
10785 Berlin

E-Mail:
Karin.Wenk@verdi.de
Fax: 030 / 69 56 36 76

Das genaue Gegenteil

„Können Reporter und Politiker Freunde sein?“ in «M» 7–8/2003

Erst jetzt las ich Ihren Bericht über das Jahrestreffen „netzwerk recherche“ in «M» und bin sprachlos. Genau das Gegenteil von dem, was Sie mir als Äußerung bei der Podiums-Diskussion der Chefredakteure zuschreiben, habe ich gesagt.
Mein Vorredner hatte erklärt, dass Qualitätsjournalismus ganz einfach zu definieren sei: Was beim Leser ankommt, ist gut.
Wenn das so wäre, habe ich widersprochen, könnten die Zeitungen gleich dicht machten und das Feld den kostenlosen Anzeigenblättern überlassen. Aber, so habe ich angefügt, billig könne jeder. Das mag kurzfristig ankommen. Doch wirklich Zukunft habe nur eine Zeitung, die journalistisch anspruchsvoll und glaubwürdig arbeitet. Dies gelte auch und gerade für Lokal- und Regionalblätter.
Wie aus dieser Aussage in Ihrem Bericht das Gegenteil werden konnte, ist mir schleierhaft. Dass ich mich missverständlich ausgedrückt habe, darf schon wegen der zustimmenden Reaktion des Auditoriums ausgeschlossen werden. Berichte in anderen Medien (z. B. FAZ v. 26.5. 2003) geben meine auf der Veranstaltung geäußerte Sorge um den Erhalt journalistischer Qualität korrekt wieder.

Stephan Richter
Chefredakteur der Zeitungen
des Schleswig-Holsteinischen
Zeitungsverlages

Zu wenig für den öffentlich-rechtlichen Anspruch

„Gebührendebatte“ in «M» 10/2003

... Nicht ein Wort der Kritik oder eine Anmerkung über die Gründe, die an der Berechtigung der Gebühren insgesamt oder ihrer Erhöhung zweifeln lassen. Hier nur einige davon: Die öffentlich-rechtlichen Anstalten hecheln den Idealen der Privaten hinterher: Quote über alles und die Qualität bleibt zunehmend auf der Strecke. Beispiele: „Wir machen auch eine der unsäglichen Talentshows!“ oder der kläglich gescheiterte Versuch mit Ulla Kock am Brink, der Millionenshow von Jauch etwas entgegen zu setzen, natürlich – von den Produktionskosten bis zu den Preisgeldern – auf Kosten der Gebührenzahler. ...
Liebe Kollegen, mir scheint, dass die meisten von euch, wie die Politiker, den Kontakt zum wahren Leben mit seinen wahren Problemen verloren haben. Oder warum versteht eine große Zahl der Zuschauer über weite Strecken viele Inhalte der Nachrichten und Nachrichtenmagazine nicht? Und warum wird an diesem Problem offensichtlich nur halbherzig gearbeitet?
Warum erlebt man Beiträge, bei denen im Bild – wieder auf Kosten der Gebührenzahler – bis zu vier Mikrofone von ARD-Anstalten zu beobachten sind? Reicht nicht der Einsatz eines Teams und ein zentraler Server, von dem sich die anderen Anstalten das Material herunterladen können? Damit wären die übrigen Kollegen für andere sinnvolle Produktionen frei.
Natürlich gibt es journalistische Ausnahmen, die gottseidank außerhalb der so genannten „Political Correctness“ die richtigen Fragen stellen (z. B. Ederer: Das Märchen von der Vollbeschäftigung) Aber die sind in der Minderheit. Das ist für den öffentlich-rechtlichen Anspruch zu wenig. Zum Abschluss: Auch die Privaten schaffen Arbeitsplätze und auch deren Mitarbeiter sind oft sehr gute Journalisten und vor allem gute Kollegen, wie die Arbeit von connexx.av eindrucksvoll beweist.

Dieter Sirozynski, Berlin
Journalist und Dozent

Titelthema: Europäische Weichenstellung

6 **EU-Weichenstellung mitunter ein zweischneidiges Schwert**
Soziale und professionelle Rechte von Journalisten in der europäischen Debatte
Von Wolfgang Mayer

8 **Gegendarstellung online**
Europarat bastelt an Empfehlung – in Deutschland bereits Gesetz

9 **Jugendmedienschutz**
Europäische Harmonisierung von unten notwendig

10 **Europäisches Pokerspiel**
Verleger nutzen Ostexpansion zum Sozialdumping bei Journalisten

Bundeskongress

4 **Einmischen mit mehr Profil**
Ver.di-Bundeskongress: Integrationsprozess unterschiedlich fortgeschritten

Aktuell

2 **100.000 gegen Sozialabbau**

3 **In eigener Sache**

Freie

11 **Freie Netzwerker im Erfahrungsaustausch**
Jonet-Tag in der Alten Hamburger Börse: Aus der virtuellen Anonymität herausgelockt

11 **Buchrezension: Mikrokosmos Lokalredaktion**

12 **Versuchsballon oder Luftblase?**
Redaktionsleiter bei Madsack kürzt Freien per E-Mail die Honorare

13 **Beitragsklau ohne Honorar**
ARD-Sender informieren nicht über Weiterverwendung von Fernsehbeiträgen

Tarifpolitik

14 **Verleger fordern Geld von Redakteuren**
Tarifrunde an Tageszeitungen: Frontalangriff abwehren

Print / Presserat

16 **Mehr Häuptlinge, weniger Indianer**
Berliner Verlag kontert verlorenen Prozess mit Mobbing-Zimmer

17 **Sensationstourismus zum Tatort**
Bei Mordfällen auf identifizierende Details verzichten

Rundfunk

18 **„In Mitarbeiter investieren"**
Deutsche Privatradioszene steht am Scheideweg

19 **Viel Gedudel, wenig Infos**
Kritische Untersuchung der saarländischen Medienanstalt

24 **Buchtipp: Verklungenes jetzt gebunden**
Auslandsrundfunk der DDR historisch aufgearbeitet und dokumentiert

Medienpolitik

20 **Behördentransparenz oder Obrigkeitsstaat?**
Bei Akteneinsichtsrechten hält Deutschland an den Traditionen des 19. Jahrhunderts fest – Vetternwirtschaft Vorschub geleistet

Film

21 **Soziales Desaster für Filmschaffende**
Mit „Verhartzung" kaum noch Anspruch auf Arbeitslosengeld

23 **Betriebsräte unter Druck**
Nachteile betrieblicher Bündnisse bei Tariffragen

23 **ver.di-Preis für Israelin**
Dokumentarfilm-Festival in Leipzig ohne Zukunft?

Recht

24 **Abgekupfert oder Eigenprodukt?**
Letzte Instanz weist Autorenklage in Urheberrechtsstreit ab

Medien International

25 **Störaktion im Mobilfunknetz**
Gespaltenes Moldawien in verhängnisvoller Isolation

26 **Aktion für Rehmat Shah Afridi**
Zum Tode verurteilter pakistanischer Journalist wird nicht mehr medizinisch behandelt

28 **Das Nacktmagazin des Vaters – der „Playboy"**
Umstrittene „Avantgarde-Publikation der sexuellen Revolution"

28 **Neue Springer-Zeitung in Polen**

28 **Aus für unabhängige Zeitung in Simbabwe**

28 **Zensur in Niger durch Lizenzentzug**

Rubriken

2 **Briefe an M**

31 **Service / Seminare**

34 **Impressum**

35 **Leute / Preise**

Journalistentag 2003 am 29. November in Berlin: „Perspektive Pressevielfalt – Vor den Journalisten sterben die Verleger" im Meistersaal, Köthener Str. 38 (gegenüber von ver.di) von 10 bis 16 Uhr. Kurzfristige Anmeldung auf Anfrage möglich bei Brigitte Brandt unter: (030) 69 56 23 37.

In eigener Sache

Ein gutes neues Jahr mit «M»

Nachdem diese «M» – das zehnte Magazin in diesem Jahr – die Leserinnen und Leser erreicht hat, wird es eine „Pause" geben. Die nächste «M» wird erst in der zweiten Hälfte Februar des neuen Jahres in die Briefkästen gelangen.

Gründe dafür gibt es einige. Die „Publik"-Druckerei – einst Union, nunmehr apm mit Namen – zieht von Frankfurt am Main nach Darmstadt um. Die damit verbundene technische Auszeit wirkt sich zwangsläufig auf «M» als „Beilage" aus.

Gewichtiger ist jedoch: In seiner letzten Sitzung vor dem ver.di-Bundeskongress hatte der Gewerkschaftsrat aus finanziellen Gründen eine Kürzung der Ausgaben von „Publik" und damit aller Fachbereichsbeilagen auf jeweils 9 für 2003 und 2004 beschlossen. Um eine Berichterstattung über den ersten Ordentlichen Bundeskongress von ver.di in den eigenen Medien aktuell zu ermöglichen, wurde die zehnte Ausgabe doch noch in diesem Jahr produziert. Daraus ergibt sich, dass «M» im kommenden Jahr nur noch acht mal erscheinen wird. Die Ausgaben werden nahezu „gleichmäßig" über das Jahr verteilt. Parallel dazu suchen wir Möglichkeiten, die Kürzungsspirale von «M» im Boot mit „Publik" aufzuhalten. Ideen, Vorschläge, Meinungen sind willkommen. ver.di benötigt mit Sicherheit eine gute Zeitung für alle Mitglieder und auch gute Fachbereichspublikationen. Die Bindung zu den Mitgliedern über ihre Zeitung zu unterschätzen, wäre sicher ein Fehler.

Ich bedanke mich bei den Leserinnen und Lesern für die Treue zu «M», bei den Autorinnen und Autoren, Fotografinnen und Fotografen, Grafikerinnen und Grafikern sowie bei der Druckerei und Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann für die wunderbare Mitarbeit. Ich wünsche allen eine friedvolle Advents- und Weihnachtszeit. Möge jeder gut ins Jahr 2004 kommen, in dem wir hoffentlich allen gesellschaftspolitischen Widerwärtigkeiten zum Trotz mit «M» gemeinsam streiten und sie als Medium der Medienschaffenden in ver.di weiter profilieren werden.

Karin Wenk ■

Fotos: Aris Papadopoulos

Einmischen mit mehr Profil

ver.di-Bundeskongress: Integrationsprozess unterschiedlich fortgeschritten

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Michael Rogowski

« „Ich wünsche mir manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuwerfen. Danach könnte man einfach wieder von vorne anfangen. »

„Stuttgarter Nachrichten" (21. Oktober 2003)

Der 1. Ordentliche Bundeskongress von ver.di unter dem Motto: „Im Wandel stark" glich in vielerlei Hinsicht einem Marathon. Die Delegierten hatten in sieben Tagen einen 300seitigen Geschäftsbericht entgegenzunehmen und über 1197 Anträge sowie 46 Initiativ- und Änderungsanträge zu entscheiden. Die umfangreiche politische Debatte sollte eine wegweisende für ver.di sein. Lange (zu viele?) Reden von Politikern waren auszuhalten. Unzählige Kilometer mussten im Berliner ICC zurückgelegt werden zwischen dem Tagungssaal, den vielfältigen Infoständen, dem Internetcafe, den Restaurants …, Pfadfindererfahrungen waren hilfreich. Und es galt, unter den mehr als Tausend Delegierten und nahezu 450 Gästen, alt(gewerkschafts)bekannte Gesichter auszumachen, aber auch neue für sich, für das Gemeinsame in ver.di, zu entdecken.

Es sei unsere Aufgabe, sich „mit starker Stimme einzumischen" und „angesichts des strategischen Kurswechsels von Rot-Grün" das „eigene Profil zu schärfen", so Frank Bsirske in seinem Grundsatzreferat. Ver.di sei weder der „Transmissionsriemen einer Partei noch gar der verlängerte Arm einer Regierung." Für ver.di werde auch künftig die Tarifpoiltik das wichtigste Handlungsfeld sein. „Aber machen wir uns nichts vor: Wir werden in der Tarifpolitik nicht wettmachen können, was sozialpolitisch alles verloren zu gehen droht." Er forderte zum Widerstand gegen die derzeitigen Rentenpläne auf. Millionen Menschen würden bei einer Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre zu „zwei Jahren mehr Arbeitslosigkeit" verurteilt werden. Bsirske prangerte die massiven Angriffe auf den Sozialstaat und die derzeitige Steuerpolitik zu Lasten künftiger Generationen an. Er wehrte sich gegen eine Neudefinition von Gerechtigkeit. Denn: „Wer über Gerechtigkeit redet und bestehende Ungleichheiten in der Vermögensverteilung nicht thematisiert, der streut Sand in die Augen."

Das Fazit von Frank Bsirske zweieinhalb Jahre nach der Fusion der fünf Einzelgewerkschaften war. „ver.di hat sich bewährt." Unter harten Bedingungen habe es auch beachtliche Erfolge gegeben vor allem in den Tarifrunden. Die „Verbindlichkeit von Tarifverträgen" werde ver.di mit den anderen Gewerkschaften gemeinsam verteidigen. Er warnte: „Wer mit Flächentarifverträgen Lagerfeuer machen wolle, habe mit dieser Erinnerung an 1933 die Schamgrenze überschritten."

Schwierige Strukturdebatte

Nach außen gebe ver.di zwar ein Bild der Geschlossenheit, aber im Innern sei der Integrationsprozess unterschiedlich fortgeschritten, bewertete die Gewerkschaftsratsvorsitzende Margrit Wendt das Zusammenwachsen der verschiedenen Teile von ver.di. Dabei seien Ehrenamtliche weiter als Hauptamtliche. Was nach Ansicht des Gewerkschaftsrates an herkömmlichen Denkmustern und Machtstrukturen liege. „In ver.di mehr bewegen, heißt auch, sich aufeinander zu bewegen", rief sie den Delegierten zu. Ob die Strukturdebatte in ver.di, die dann mit Beginn der Antragsberatung einsetzte und nach dem Kongress fortdauert, dafür geeignet sein wird, muss sich erst zeigen. Zwar wurde im 25seitigen Hauptantrag – der von vielen Delegierten als zu umfangreich und unübersichtlich kritisiert wurde – die Matrix von

ver.di als bewährte Struktur hervorgehoben. „Hohe Fachlichkeit" werde „bei hoher betrieblicher und regionaler Präsenz gewährleistet", heißt es. Dennoch kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass der Beschluss, Personal von Fachbereichen auf die Bezirksebene zu verlagern, einigen Fachbereichen Schwierigkeiten bereiten wird, ihre Aufgaben weiterhin zu erfüllen. Betroffen davon ist neben anderen der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, bei dem damit auch die bisherigen Budgets in Frage gestellt sind. Vom Gewerkschaftsrat werden daher schnelle produktive Lösungen und Entscheidungen erwartet, um die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Bereiche zu sichern, so

Klaus-Peter Hellmich, freier Autor und Fernsehregisseur, Mitglied im Präsidium des Bundesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie.

Im Folgenden werden jene Anträge und Beschlüsse hervorgehoben, die für den Bereich Medien von spezifischer Bedeutung sind und zum größten Teil von seinen Mitgliedern eingebracht wurden. Vorausgesetzt wird an dieser Stelle das Wissen, dass die Kritik am Hartz-Papier der Regierung, an der Gesundheitsreform und an den Angriffen auf die Tarifautonomie, die sich in zahlreichen Anträgen niederschlug und in ebenso vielen Beschlüssen gipfelte, natürlich ebenso Anliegen der Medienschaffenden in ver.di wie aller anderen Kolleginnen und Kollegen ist. Nachzulesen sind alle Beschlüsse des Gewerkschaftstages im Internet unter www.verdi.de/Bundeskongress. Gleichfalls wird auf die Berichterstattung von „Publik" über den Kongress verwiesen.

Der Bundeskongress verabschiedete die von der dju eingebrachte „Charta für Qualität" (Antrag B 34). In dieser heißt es unter anderem: „Journalismus und Medien nehmen eine öffentliche Aufgabe wahr, für die Artikel 5 Grundgesetz einen besonderen Schutz gewährleistet. Daher brauchen beide gesellschaftlich akzeptierte Leitbilder. Medienunternehmer und Journalistinnen und Journalisten sind aufgefordert, gemeinsam solche Leitbilder zu formulieren, Qualitätsstandards, journalistische und ethische Grundsätze und Ziele gemeinsam zu definieren und innere Pressefreiheit und die Mitwirkung der Journalistinnen und Journalisten dabei zu sichern." (M 05 / 2003)

ver.di will sich nach dem Willen des Bundeskongresses „dem Wandel der Arbeitswelt stellen" und sich „als die bundesdeutsche Gewerkschaft für einzeln arbeitende Selbständige" profilieren. Auf allen Ebenen sollen „die besonderen Arbeits- und Betreuungsanforderungen der Selbständigen" Beachtung und entsprechende Betreuung finden (B 36). Dagegen wurden die Anträge: „Keine Gewerbesteuer für Freiberuflerinnen und Freiberufler" (und ebenso für Künstlerinnen und Künstler), u. a. eingebracht von der Bundeskommission für Freie und Selbständige, abgelehnt (C 6 / C 7). „Es ist nicht einzusehen, dass in einer Zeit, in der Großunternehmen wie die Daimler AG, sich um die Gewerbesteuer drücken können, ausgerechnet Freiberuflerinnen und Freiberufler wie erfolgreiche Schriftsteller, welche die Gemeindestruktur nicht mehr belasten, als jeder normale Einwohner, die Gemeindefinanzen sanieren sollen", hieß es in der Begründung. Dieser Antrag wurde aufgrund der knappen Zeit, wie sehr viele andere auch, en bloc abgestimmt. Eine Diskussion dazu und damit der Austausch über die unterschiedlichen Sichten auf die Gewerbesteuer in ver.di gab es demzufolge nicht. (M 10 / 2003)

Mit ihrer Zustimmung zu medienpolitischen Anträgen (B 42, B 43, B 45) der RFAV, der dju und des Medienfachbereiches setzten sich die Delegierten für das Recht auf freien Zugang zu den Massenmedien, für klare Rahmenbedingungen bei der digitalen Verbreitung von Fernsehen und Hörfunk sowie der Filmwirtschaft, gegen Medienkonzentration – für Transparenz und Angebotsvielfalt ein. (M 7 – 8 / 2003)

Eine Reihe von angenommenen Anträgen bestimmen die Tarif- und Beschäftigungspolitik von ver.di. So werde weiterhin für ein Tariftreuegesetz (B 80 ff) gestritten. Es gelte, Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben, begründeten die Gewerkschafter die Notwendigkeit, öffentliche Aufträge nur an Firmen zu vergeben, deren Beschäftigte nach ortsüblichen Tarifen bezahlt werden.

Die dju setzt sich erneut für die „ersatzlose Streichung des Tendenzschutzparagrafen" (§ 118 Betriebsverfassungsgesetz) ein und damit eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung in den Medien und in anderen vom Tendenzschutz betroffenen Unternehmen, was die Zustimmung der Delegierten fand (B 105, B 106). ver.di soll dafür „eine

Kampagne in Deutschland und im Rahmen der EU" vorbereiten. In den jetzigen EU-Staaten sowie in den Beitrittsländern werde sich ver.di für ein „Netzwerk von Betriebsräten und Gewerkschaften" engagieren, „um auf die Konzentrationsbewegung der großen Medienkonzerne reagieren zu können und die Informationsflüsse und Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte zu verbessern". Die Gründung Europäischer Betriebsräte (EBR) soll gefördert werden (B 102).

Gegen Krieg und für friedliche Konfliktlösungen wird ver.di auch künftig eintreten. Der Gewerkschaftsrat beauftragte den Bundesvorstand, sich „an der Entwicklung von geeigneten Strategien zu zentralen sicherheits- und friedenspolitischen Fragen zu beteiligen" (B 141 ff).

Fotos: Aris Papadopoulos

Eigenständige «M» erhalten

Ein gutes Dutzend Anträge (E 81 ff) beschäftigte sich mit unserer Mitgliederzeitung „Publik". Kritik an Themenauswahl, Schreibstil und Layout wurde als Arbeitsmaterial an den Gewerkschaftsrat weiter geleitet. Ansinnen, den Versand von „Publik" zu ändern oder die Anzahl der Ausgaben weiter zu reduzieren, wurden abgelehnt.

Ein Antrag zur „ungeschmälerten und verlässlichen finanziellen Ausstattung" von „Kunst und Kultur" wurde in die Hände des Gewerkschaftsrates gelegt.

Der Antrag zum Erhalt von „M – Menschen Machen Medien" wurde angenommen. Darin heißt es u. a., dass ver.di das Erscheinen von «M» „als eigenständige mitgliederspezifische Monatszeitschrift" sicher stellt. „Es sollten sowohl Umfänge (Seitenzahl) wie auch die Zahl von mindestens zehn Ausgaben pro Jahr wie bisher gewährleistet sein." Bei einem Vertrieb zusammen mit „Publik" sei dafür Sorge zu tragen, dass alle Interessierten Mitglieder des Medienfachbereiches die jeweils aktuelle «M» erhalten. „Gegebenenfalls müssen dazu Budgets umgeschichtet bzw. neu verteilt werden." Alle Anträge zu den Publikationen wurden ebenfalls en bloc verabschiedet.

Karin Wenk ■

Frank Werneke, Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Kultur (FB 8), wurde als einer der stellvertretenden Vorsitzenden des ver.di Bundesvorstandes mit 88,2 Prozent der Stimmen wieder gewählt.

Für den Fachbereich 8 wurden folgende Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaftsrat gewählt:
Eckhard Kussinger (Mitglied des Präsidiums des Gewerkschaftsrates)
Helmut Schmidt,
Dieter Flörke,
Brigitte Hörnschemeyer,
Volker Willier,
Monika Graf,
Hanne Daum,
Ullrich Schauen.

EU-Weichenstellung – mitunter ein zweischneidiges Schwert

Soziale und professionelle Rechte von Journalisten in der europäischen Debatte

Von Wolfgang Mayer

Die Verleger schossen mit schwerem Geschütz: Mit scharfen Worten und intensivem Lobbyismus versuchten sie, im Europaparlament speziell die Medienbranche aus der EU-Richtlinie zum Gesundheitsschutz für Selbständige heraus zu katapultieren. Die Europäische Journalisten-Föderation EJF konterte ebenso massiv und konnte die Abgeordneten überzeugen – die „Freien" Journalisten und Journalistinnen blieben durch die Direktive mit berücksichtigt. Das muss nun in der nationalen Gesetzgebung aller EU-Mitgliedsländer umgesetzt werden.

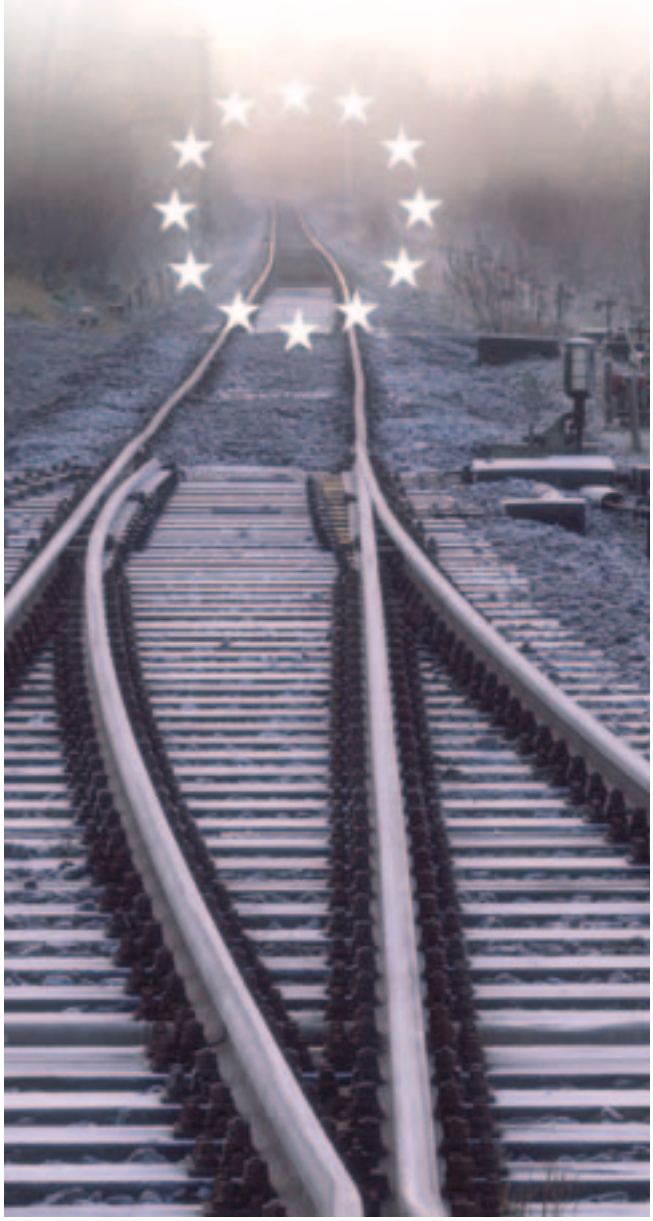

Foto: Martin Franz / Visum

Nur wenigen Kolleginnen und Kollegen ist wohl klar: In Brüssel und Straßburg werden entscheidende Weichen auch für ihre Arbeitsbedingungen gestellt – dabei geht es um soziale ebenso wie um professionelle Rechte. Manches ist fast beiläufig in Richtlinien versteckt. Ein Beispiel: Das Zeugnisverweigerungsrecht. Das soll in einer neuen Richtlinie verankert werden, die die Umsetzung der bereits verabschiedeten Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft vorantreiben wird. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe von „M" ist darüber zwar noch nicht endgültig abgestimmt, aber die Chancen stehen gut, dass das Zeugnisverweigerungsrecht hier abgesichert wird – im Konfliktfall kann das für Journalisten und Journalistinnen in Deutschland sehr hilfreich sein.

Geduld und Lobby-Arbeit

„Man braucht sehr viel Geduld in Brüssel", sagt Renate Schroeder, European Director der EJF. Denn der Gesetzgebungsprozess ist auf europäischer Ebene sehr viel komplizierter als auf nationaler. Manchmal dauert es bis zu zehn Jahren, bis eine Direktive alle Instanzen passiert. Um den Text der EU-Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft, die Autoren eine „angemessene Vergütung" zuspricht, wenn ihre Texte oder Bilder ins Internet gestellt werden, stritten die Beteiligten länger als fünf Jahre. Beim laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Urheberrecht in Deutschland wird im Parteiengezänk kaum vermittelt, dass die EU-Richtlinie den Auslöser gab. Die Lobby-Arbeit der EJF und die Mitgliedschaft der dju in der EJF ist eine Voraussetzung dafür, dass die Interessen auch von deutschen Journalisten und Journalistinnen gewahrt bleiben. Die Arbeit ist nicht einfach. „Man muss frühzeitig mitbekommen, wenn eine Gesetzgebung in Brüssel vorbereitet wird und Mitsprache reklamieren; das funktioniert dann auch", sagt Renate Schroeder. Vom Europaparlament in Straßburg, das die Richtlinien am Ende absegnet, können zwar immer noch „wichtige, aber eher kosmetische Änderungen" vorgenommen werden. Die allgemeinen Leitlinien werden vorher in den 22 Generaldirektionen der EU in Brüssel ausgeheckt. Bei Fragen zu den Medien mischen acht verschiedene Direktionen mit – nicht nur jene für Kultur und Bildung oder für Justiz, auch jene für den Binnenmarkt, für Wettbewerb oder die EU-Erweiterung.
Immer wieder tauchen neue Gegner auf. Bei der Vorbereitung der genannten Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft beispielsweise musste sich die EJF nicht nur mit den Verlegerverbänden, sondern auch mit den Interessenvertretern der Softwarebranche und mit den großen Telekommunikationskonzernen sowie mit den Kabelnetzbetreibern auseinander setzen. „Die wollten alle das amerikanische Prinzip, dass die Verbreitung von Inhalten nichts kosten soll", erklärt Renate Schroeder. Natürlich standen ebenso verschiedene Verbraucherorganisationen auf der Matte, die für sich Sonderregelungen festgeschrieben haben wollten.

Gewerkschaftsbündnisse

Die EJF ist mit ihren Bemühungen in Brüssel und Straßburg nicht allein, sondern eingebunden in das Netzwerk des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Die Direktiven, um die sich der EGB bisher erfolgreich bemühte, betreffen Regelungen zur Bildschirmarbeit und zur Teilzeit ebenso wie solche zur Zeitarbeit, zum Mutterschutz und zur Telearbeit – Themen, die auch Journalisten und Journalistinnen betreffen können. „Es gibt eine gute Arbeitsteilung zwischen EJF und EGB", stellt Renate Schroeder fest. Einer der Schwerpunkte der künftigen Arbeit nicht nur auf nationaler,

sondern eben auch auf EU-Ebene werden die Belange der Freien sein. Renate Schroeder: „Noch vor wenigen Jahren hieß es bei der EU-Kommission: Damit haben wir nichts am Hut. Seit 1997, und seit die Mitgliedsregierungen der EU das Mandat gaben, sich auch um Beschäftigungspolitik zu kümmern, wissen auch die Kommission und die betroffenen Generaldirektionen, dass hier Handlungsbedarf besteht“.
Mit Spannung wird ein angekündigtes „Grünbuch“ zum Schutz der arbeitnehmerähnlichen Freien erwartet, das die Kommission 2005 veröffentlichen will. Die EJF ist bei den Vorbereitungen eingebunden. So hat die Kommission zugesagt, die Ergebnisse einer EJF-Studie zum Thema „Freie“ einzuarbeiten. Sie entstand unter Mitarbeit des Hauptvorstandsmitglied Gerd Nies der Ex-IG Medien (M 10/2003 berichtete) und wird in diesen Tagen in die Webseiten der EJF (www.ifj-europe.org) eingestellt.
Ein weiteres wichtiges Thema bleibt die EU-Erweiterung. Die konkrete Zielsetzung ist, dass die vorhandenen EU-Standards zu sozialen und professionellen Rechten auch in den neuen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen. Derzeit versuchen vor allem deutsche Verlage wie die WAZ, in diese Länder zu expandieren, und dort nach Wildwestmanier Sozialdumping zu betreiben – als mögliche Spielwiese, um danach auch auf dem Heimatmarkt Standards zu senken. Die dreisten Forderungen der deutschen Verleger bei den ersten Tarifgesprächen für Journalisten an Tageszeitungen geben dazu einen Vorgeschmack.

Europäische Betriebsräte in Medienkonzernen

Laufende Seminare der EJF helfen den Mitgliedsgewerkschaften in den neuen EU-Staaten im ersten Schritt, über die Standards im Westen und die Strategien zur Umsetzung Informationen zu bekommen. Dabei arbeitet die EJF mit dem zuständigen EU-Kommissar Günter Verheugen zusammen. Priorität haben ferner die Bemühungen, auch in den Medienkonzernen Europäische Betriebsräte zu bilden, um Informations- und Konsultationsstrukturen zu schaffen. Um die Betroffenen zusammen zu bringen, sind ebenfalls finanzielle Zuschüsse bei den zuständigen EU-Stellen beantragt.
Ein weiteres wichtiges Thema bleibt das Urheberrecht – zumal die verantwortliche Generaldirektion dazu weitere Richtlinien angekündigt hat. So soll es eine Direktive zu den „Geschäftsmodellen“ der Verwertungsgesellschaften geben. Da geht es am Ende um viel Geld für die Autorinnen und Autoren. Wegen der Bedeutung dieses Themas ist bei der EJF eine eigene Webseite (www.authorsrights.org) und eine eigene Planstelle dazu eingerichtet, die die dju gesondert mitfinanziert. Die Kollegin Pamela Morinière ist ständig am Ball, um sich für die Interessen eben auch der deutschen Kollegen und Kolleginnen einzusetzen.
Bei manchen Themen ist die EJF in Allianzen eingebunden. Dabei können in Einzelfällen die Verlegerverbände Partner sein. Das war bei der Richtlinie zum „Marktmissbrauch“ in den Finanzmärkten der Fall, die in diesem Jahr in Kraft trat. Nach dem ursprünglichen Text waren Finanzjournalisten – aber nicht nur sie – gefährdet, sich durch die bloße Weitergabe von Informationen – zum Beispiel durch börsennotierte Firmen, die sich später als falsch herausstellen können – strafbar zu machen. Das konnte durch gemeinsame Bemühungen gekippt werden.
Eine weitere „Baustelle“ entsteht durch die Absicht der EU-Kommis-

Täglich aktualisierte Informationen über Vorgänge auf europäischer Ebene, die die Medien betreffen, bietet im Internet der private Anbieter EurActiv (www.euractiv.com) mit dem Link zu „Media/eCommerce“.

Anzeige

Europäische Mitbestimmung in den Medien (B 102)
–
Der Bundeskongress hat beschlossen : Ver.di muss sowohl in den jetzigen EU-Staaten wie auch in den Beitrittsländern ein Netzwerk von Betriebsräten und Gewerkschaften aufbauen, um auf die Konzentrationsbewegungen der großen Medienkonzerne reagieren zu können … Die Gründung Europäischer Betriebsräte (EBR) ist zu fördern, ihre Rechte sind politisch und rechtlich zu stärken.

Vom **ver.di** Bundeskongress É

sion, die bestehende Richtlinie zum „Fernsehen ohne Grenzen“ zu novellieren. Hier werden Konzentrationserscheinungen und der Schutz von Pluralismus in den Medien zur Debatte stehen.

Resolution für Redaktionsstatute

In der Öffentlichkeit wenig Beachtung findet die Einmischung des Europäischen Ministerrates. Insgesamt verabschiedete der Europarat seit 1970 mehr als 100 Erklärungen, Resolutionen und Empfehlungen, die die Medien direkt betreffen. Manche dieser Dokumente stützen die Rechte und Interessen von Journalisten, andere sind eher fragwürdig. Nach der Resolution Nummer 1003 der Parlamentarischen Versammlung beim Europarat aus dem Jahre 1993 müssten eigentlich landauf, landab Redaktionsstatute funktionieren. Die genannte Resolution zur „Ethik des Journalismus“ besagt: Unabhängig von den „normalen“ Arbeitsbeziehungen sind im Zeitungsgeschäft Regeln für die Beziehungen zwischen den Journalisten, den Herausgebern und den Besitzern aufzustellen.

Eine Empfehlung des Europäischen Ministerrates zur „Förderung kultureller Toleranz“ vom Oktober 1997 liefert eine konkrete Vorgabe für die Journalistenausbildung. Journalistenschulen und andere entsprechende Ausbildungseinrichtungen sollten demnach Kurse im „Kernprogramm“ haben, wie Medien zum besseren Verständnis zwischen ethnischen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften beitragen können. In der Debatte um Maßstäbe für die Journalistenausbildung ist das ein interessanter Aspekt.
Vom gleichen Jahr datiert eine Empfehlung des Ministerrates gegen „Hassreden“. Insbesondere Politiker haben demnach eine besondere Verantwortung, auf solche Reden zu verzichten.
Natürlich bleibt die Frage offen: Hätte Silvio Berlusconi, derzeit EU-Präsident, auf seine bekannten Beschimpfungen von Journalisten, Richtern und Abgeordneten verzichtet, wenn er von der Empfehlung gewusst hätte?
Der Unterschied zu EU-Richtlinien ist: Solche Empfehlungen müssen nicht zwingend in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden. Das ist bezüglich der zuletzt genannten Empfehlung zweischneidig. Der Ministerrat empfiehlt ausdrücklich, auf nationaler Ebene Gesetze gegen Hassreden zu verabschieden. Das würde solche Reden leichter strafbar machen. Empfohlen wird aber zugleich, dass in einem solchen Gesetz die „Rolle der Medien“ definiert werden soll – was dem Prinzip der Selbstregulierung (in Deutschland durch den Presserat) widersprechen würde.

Nicht ohne Wirkung

In den Expertengremien des Europarates, in denen auch die EJF vertreten ist, steht aktuell unter anderem die „Freiheit der politischen Debatte in den Medien“ und die „Meinungs- und Informationsfreiheit im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus“ auf der Tagesordnung. Egal, ob die EU-Kommission, das Europaparlament oder der Europarat medienrelevante Empfehlungen oder Richtlinien zum Thema haben – „es wird in den kommenden Jahren auf der internationalen Ebene noch vieles entschieden, das in die Redaktionsstuben hineinwirkt“, sagt Renate Schroeder. ■

Gegendarstellung online

Europarat bastelt an Empfehlung – in Deutschland bereits Gesetz

Das Internet war nie ein rechtsfreier Raum. Aber die Vorstellung vom „Niemandsland“, in dem man sich ohne rechtliche Vorschriften tummeln kann, hat sich in einigen Köpfen bis heute gehalten.Und so sehen manche ihre Bürgerrechte durch eine Empfehlung des Europarats gefährdet, mit der dieser einem Bürgerrecht Geltung verschaffen will. Es geht um das Gegendarstellungsrecht – oder andersrum: die Pflicht zur Veröffentlichung von Gegendarstellungen auch im Internet.

Der Glaspalast Berlaymont in Brüssel, Hauptsitz der Europäischen Kommission.

Foto: Otto Stadler / Das Fotoarchiv

Dabei darf der Europarat nicht mit dem Europäischen Rat der EU verwechselt werden. Die Empfehlungen der 1949 gegründeten Organisation haben nicht den rechtsverbindlichen Charakter von EU-Richtlinien. Aber es handelt sich dennoch um ein „Richtliniengremium“ mit großem Einfluss auf die europäischen Staaten.
Knapp 30 Jahre nachdem der Europarat seine Resolution („On the Right of Reply – Position of the Individual in Relation to the Press“) beschlossen hat, beschäftigen sich die Gremien der Organisation, der derzeit 45 Länder angehören, mit der Ausweitung des Gegendarstellungsrechts auf Online-Medien.

Schutzrechte für den Bürger im Mittelpunkt

Seit Juni liegt der dritte Entwurf für eine Empfehlung „On the Right of Reply in the New Media Environment“ vor. Interessant sind die Veränderungen seit dem ersten Entwurf von Januar 2003.
Während dieser noch weitgehend der Resolution von 1974 für Printmedien und Rundfunk folgte, war der zweite Entwurf vom März deutlich umfassender, was den Kreis der Medien betrifft, die zur Veröffentlichung von Gegendarstellungen verpflichtet werden sollten: Vor jeder Nennung des Wortes „Online-Medien“ wurde das Wort „professionell“ gestrichen. Erfasst werden sollten damit alle (auch Privatpersonen), die sich im Internet an die Öffentlichkeit wenden.
Dies wurde im dritten Entwurf einerseits zurückgefahren, andererseits erweitert. Einbezogen sind jetzt alle Medien, ausdrücklich auch die herkömmlichen wie Zeitungen, Radio und Fernsehen, allerdings nur diejenigen, die sich periodisch im selben Format an die Öffentlichkeit wenden, oder diejenigen, die öffentlich zugänglich sind und regelmäßig erneuerte und bearbeitete Informationen von öffentlichem Interesse enthalten.
Präzisiert wurden die Empfehlungen zu Veröffentlichungsort und -frist von Gegendarstellungen sowie zur Einklagbarkeit. Neu ist eine Ver-

linkungspflicht auf Gegendarstellungen bei Texten in elektronischen Archiven, geblieben die Impressumspflicht. Die endgültige Fassung soll dann im Laufe des Jahres 2004 vom Ministerkomitee des Europarates beschlossen werden.

Gegendarstellungsrecht im Staatsvertrag

In Deutschland ist das Recht auf Gegendarstellung aus den Grundrechten in Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes abgeleitet. Für die Printmedien ist es in den Landespressegesetzen, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im ARD- bzw. ZDF-Staatsvertrag und für den privatrechtlichen Rundfunk in den Landesmediengesetzen geregelt.
Für Online-Medien finden sich entsprechende Vorschriften im Staatsvertrag über Mediendienste (MDStV). Unter seine Vorschriften fallen alle Web-Angebote, die sich an die Allgemeinheit richten und meinungsbildenden Charakter haben. Nicht erfasst sind hier private Homepages ohne meinungsbildenden Charakter. Für sie gelten die Bestimmungen des Teledienstegesetzes. Auch im Mediendienste-Staatsvertrag ist die Verpflichtung, „unverzüglich eine Gegendarstellung der Person oder Stelle, die durch eine in seinem Angebot aufgestellte Tatsachenbehauptung betroffen ist, ohne Kosten für den Betroffenen in sein Angebot ohne Abrufentgelt aufzunehmen“, beschränkt auf „Diensteanbieter von journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten, in denen vollständig oder teilweise Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergegeben oder in periodischer Folge Texte verbreitet werden“.
§ 14 MDStV legt weiterhin fest, dass eine Gegendarstellung in gleicher Aufmachung und so lang wie die Tatsachenbehauptung in unmittelbarer Verknüpfung mit ihr anzubieten ist. „Eine Erwiderung auf die Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf nicht unmittelbar mit der Gegendarstellung verknüpft werden.“ Die rechtlichen Kriterien, nach denen eine Gegendarstellung nicht veröffentlicht werden muss, entsprechen denen der Landespressegesetze, wie auch der Rechtsweg, um einen Gegendarstellungsanspruch durchzusetzen.

Rüdiger Lühr ■

Downloads

Europarat-Resolution (74) 26 vom 2. Juli 1974
zum Gegendarstellungsrecht in der Presse:
http://cm.coe.int/ta/res/1974/74x26.htm

Entwürfe für eine Empfehlung des Europarats
zum Gegendarstellungsrecht in Neuen Medien:
http://www.coe.int/t/e/human%5Frights/media/1%5Fintergovernmental%5Fco%2Doperation/02%5FDraft%5Ftexts/

dazu Informationen über Verfahrensstand,
Meinungsäußerungen u.a.:
http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/7_links/right_of_reply_hearing.asp

Links zu Landespresse- und Landesmediengesetzen
der meisten Bundesländer:
www.artikel5.de/gesetze

ARD-Staatsvertrag:
http://www.mdr.de/DL/169198.pdf

ZDF-Staatsvertrag:
http://www.zdf.de/ZDFde/download/0,1896,2000713,00.pdf

Teledienstegesetz:
http://www.staat-modern.de/gesetze/uebersicht/index.html

Mediendienste-Staatsvertrag:
http://www.netlaw.de/gesetze/mdstv.htm

Jugendmedienschutz

Europäische Harmonisierung von unten gefragt und notwendig

Hinter der politischen Einheit Europas verbirgt sich nach wie vor eine enorme kulturelle Vielfalt. Auch Jugendschutz wird in jedem Land unterschiedlich gehandhabt – je nach kultureller Tradition. Angesichts der technischen Entwicklung von Medien, die an Ländergrenzen nicht halt macht, stellt sich die Frage, ob eine europäische Harmonisierung nicht auch auf kulturelle Bereiche ausgeweitet werden sollte – zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor beeinträchtigenden oder gefährdenden Inhalten.

Derzeit kommt Jugendmedienschutz in der Europäischen Gesetzgebung nur in generalisierenden Worten vor. Verbindlich ist die Fernsehrichtlinie von 1989, die 1997 überarbeitet wurde. Darin heißt es, dass Jugend gefährdende oder die Entwicklung schädigende Inhalte, insbesondere Pornographie und die Darstellung grundloser Gewalt, nicht verbreitet werden sollen. Verboten ist auch, die Entwicklung beeinträchtigende Angebote zu zeigen, es sei denn, technische Hilfsmittel schließen den Zugang aus oder es geschieht zu einer Zeit, wo Jugendliche in der Regel nicht fernsehen. Konkrete Auslegungen sind den einzelnen Ländern vorbehalten. Bei Filmen und für das Internet werden dagegen lediglich Empfehlungen ausgesprochen. Sie sollen Eltern und Anbieter von Inhalten dazu anregen, Verantwortung zu übernehmen, damit problematische Inhalte nicht zu den Kindern gelangen.
„Ein erster Schritt in Richtung europäischer Harmonisierung bestünde darin“, sagt Alexander Scheuer, Geschäftsführer des Instituts für Europäisches Medienrecht, „die Bewertungskriterien, die an ein Werk angelegt werden, zu vereinheitlichen. Wenn es gleichzeitig gelingt, die Alterseinstufungsklassen in den verschiedenen Ländern einander anzugleichen, ist man einen guten Schritt weiter. Schließlich ist es nicht einleuchtend, warum das eine Land Filme ab 6, das andere Filme erst ab 7 Jahren freigibt.“ Daneben müssten, so Scheuer, die Bewertungen von Sendungen und Filmen für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Auf diese Weise werde klar, warum bestimmte Alterseinstufungen getroffen worden sind. Auch ließen sich die Entscheidungen leichter akzeptieren.

Meinungen bündeln

Aber wer könnte eine solche Harmonisierung herbeiführen? Unter Jugendschützern herrscht die Angst, dass Brüssel diese Instanz sein wird und damit nationale Einflussmöglichkeiten verloren gehen. „Man müsste eine zentrale Anlaufstelle in Europa schaffen, die durchaus getragen sein kann von Selbstregulierungseinrichtungen, also von Verbänden der Anbieter, von Rundfunkveranstaltern, von Internetdiensteanbietern, von Filmproduzenten. Diese Stelle sollte sich der Aufgabe annehmen, Meinungen zu bündeln und Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, schlägt Scheuer vor. Besonders interessant kann dies auch für die EU-Beitrittsländer sein,

Europäisches Pokerspiel

Verleger nutzen Ostexpansion zum Sozialdumping bei Journalisten

Mit einem Treffen in Berlin hat sich Mitte Oktober der Arbeitskreis Internationales der dju in verdi konstituiert. Zugleich beriet die Zentraleuropagruppe der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) wie die Arbeit der EJF und der IJF effektiver werden kann.

Als demokratiefeindliches Sozialdumping haben Journalistinnen und Journalisten aus mehreren europäischen Ländern die Versuche von Verlegerverbänden und Medienunternehmen bewertet, professionelle und soziale Standards für die journalistische Tätigkeit zu reduzieren. Nach radikalem Personalabbau drohen nun in den Redaktionen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz auch massive Gehalts- und Honorarkürzungen sowie längere Arbeitszeiten zu Lasten der journalistischen Qualität. Kritisch stellte die Zentraleuropa-Gruppe (ZeuG) der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) fest, dass die selben Medienhäuser gleichzeitig Millionen von Euro ausgeben, um in südosteuropäischen Ländern Verlage und Rundfunkstationen aufzukaufen oder neue Titel zu gründen. Diese rücksichtslose Strategie zur Gewinnsteigerung gefährde Qualitätsjournalismus und die Informationsqualität im sich erweiternden Europa.
Die ZeuG beriet auch über erste Ergebnisse einer Projektarbeit zum Journalismus in den europäischen Transitionsländern. In Ergänzung zu einer jüngsten Studie „Eastern Empires" der EFJ über ausländischen Medienbesitz in Zentral- und osteuropäischen Ländern (M 7/03) konstatiert die ZeuG-Analyse mangelhafte professionelle und soziale Standards für die Kollegen in diesen Ländern. Unter derartigen Bedingungen können Medien nicht zum demokratischen Diskurs substanziell beitragen, warnten Redakteure und Freie aus der Schweiz, Deutschland, Österreich, Tschechien und Kroatien. Zugleich kritisierte ZeuG Tendenzen verschiedener Staaten, beim UN-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft im Dezember bisherige Standards journalistischer Arbeit und das damit verbundene Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Information weltweit zu unterlaufen.
Eines war der ZeuG-Tagung in Berlin und der vorangegangenen Sitzung des Arbeitskreises Internationales der dju gemeinsam: Engagiert wurde über Verbesserungen in der Arbeit der Europäischen und der Internationalen Journalisten-Föderation (EJF und IJF) debattiert. So gibt es bereits erste Reformvorstellungen für die EJF-Jahrestagung und den IJF-Weltkongress im Frühjahr 2004. Der Arbeitskreis Internationales will sich künftig auf drei Themenschwerpunkte konzentrieren: 1. Medienqualität und professionelle Standards, 2. kollektive Gehalts-/Honorarregeln und andere tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen von Journalisten, 3. Selbstregulierung von Medien/Presse. Außerdem stand die Frage im Mittelpunkt, wie die auf Europa fokussierte Arbeit auf breitere Schultern verteilt, eine sinnvolle Arbeitsteilung der gewählten dju-Vertreter bei EJF/IJF mit anderen engagierten Kollegen organisiert werden kann.
Die dju will bei internationaler Arbeit mit anderen Fachgruppen im Medienbereich und mit anderen Ressorts in ver.di stärker kooperieren. Die Vernetzung bietet sich beispielsweise bei Europäischen Betriebsräten geradezu an. In der Debatte entstand der Vorschlag, den AK Internationales der dju zu einem Arbeitskreis für den gesamten Medienbereich zu öffnen, um eine optimale Arbeitsteilung bei sparsamer Mittelverwendung zu erreichen. Dazu könnten sich bei zwei Treffen pro Jahr die Vertreter aller Medien-Fachgruppen in internationalen Gremien mit interessierten Kollegen abstimmen und konkrete Initiativen/Projekte besprechen. Die Informationen vieler Kollegen soll auch über ein Online-Angebot Internationales für den gesamten Medienbereich erreicht werden, das mit allen Fachgruppen-Seiten verlinkt ist. how ■

Foto: Uwe Voelkner / Fox

die noch wenig Erfahrungen mit Jugendmedienschutz haben. In Polen beispielsweise gibt es weder Selbstkontrolleinrichtungen für den Film, wie sie Deutschland zum Beispiel hat, noch staatliche Gremien mit entsprechenden Aufgaben. Filme werden dort von den Verleihern eingestuft. „Es gibt keine spezielle Institution für das Fernsehen", berichtet Lucyna Kirwil von der Universität Warschau. „Die Sender entscheiden nach ihren eigenen Regeln, wie sie Filme einsetzen. Die einzige Ausnahme ist eine Vereinbarung der Fernsehveranstalter, die den Titel ‚Friendly Media' trägt und 1999 getroffen wurde. Sie besagt, dass man dem Gesetz zum Schutz von Kindern gegen mögliche negative Auswirkungen des Fernsehprogramms folgen will."
Die Alterseinstufungen reichen in Polen von 0 über 6, 12, 15 bis 18 Jahre. Kriterien sind, inwiefern Feindseligkeit, Gewalt, Sex oder eine rohe Sprache in den Filmen vorkommen. Außerdem müssen die Fernsehsender die Programme kennzeichnen. Über die Bewertung der Medieninhalte gibt es allerdings keinen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Erinnerung an Zensur

Dass sich dies mit dem Beitritt Polens zur EU ändern wird, ist nicht absehbar. Für Selbstkontrolleinrichtungen mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung fehlt das Geld, für staatlich eingesetzte Gremien das Vertrauen. „Die Gesellschaft steht Regeln, die an Zensur erinnern könnten, sehr ablehnend gegenüber. Alles, was dahin führen könnte, Inhalte vor ihrer Ausstrahlung zu kontrollieren, wird als Zensur betrachtet. Das ist nicht populär", erklärt Lucyna Kirwil. „Gleichzeitig haben wir in Polen eine starke Zunahme an Drogenmissbrauch und Jugendkriminalität. Auch gibt es Orientierungsschwierigkeiten angesichts der vielen Lebensstile, die über die Medien vermittelt werden. Hier müssen Kinder geführt werden."
Wie wichtig es ist, sich auf europaweite Normen zu einigen, unterlegt eine internationale Studie der UNESCO. Untersucht wurde, wie sich Mediengewalt auf das Leben von Kindern und Jugendlichen auswirkt – je nachdem, aus welchem kulturellen Umfeld sie kommen. Kulturelle Werte, die Mediensozialisation und die Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen haben Einfluss darauf, ob Gewaltdarstellungen in den Medien nachgeahmt werden oder nicht.

Einigung möglich

Dass ein europäischer Konsens machbar ist, zeigte eine Diskussion unter Jugendschützern auf der „Europäischen Konferenz für Filmfreigaben" im September in Berlin über den Spielfilm „Ali G inda house". Das Spektrum der Freigaben reicht hier von ohne Altersbeschränkung in Frankreich bis zu frei ab 18 Jahren in Irland. In Großbritannien beispielsweise wurde der Film wegen Szenen, in denen Drogen konsumiert wurden, ab 15 freigegeben. Dennoch: In der Diskussion zeigte sich, dass trotz der kulturellen Unterschiede eine Einigung auf eine Freigabe zwischen 12 und 16 Jahren möglich gewesen wäre.
Schließlich sind alle Entscheidungen immer mit lebenden Menschen verbunden. Und das Wissen darüber, was sie bewegt, scheint ein erster Schritt in Richtung Harmonisierung zu sein. Christiane von Wahlert, Geschäftsführerin der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO), fasste denn auch den Stand der Debatte mit den Worten zusammen: „Ob wir eine Harmonisierung bekommen werden, weiß ich nicht. Trotzdem ist es sinnvoll, immer wieder darüber zu sprechen. Das Zusammenwachsen hat auch damit zu tun, dass wir mehr Kenntnis voneinander erhalten, und das ist schon mal ein Wert an sich." Vera Linß ■

Freie Netzwerker im Erfahrungsaustausch

Jonet-Tag in der Alten Hamburger Börse: Aus der virtuellen Anonymität herausgelockt

„Die Wüste lebt." Unter diesem Motto hatten die Initiatoren des Journalisten-Netzwerkes Jonet eingeladen. Um über das Thema: „Neue Chancen für den Journalismus" zu diskutieren, reisten über 150 überwiegend freiberuflich arbeitende Journalistinnen und Journalisten – auf eigene Kosten – selbst aus den hintersten Ecken der Republik nach Hamburg.

Der „Netzwerktag" genannte Austausch geriet zum Treffen „alter Bekannter", die sich allerdings meist nur virtuell – durch mehr oder minder wortgewaltige Mails auf der gemeinsamen Jonet-Mailingliste – kannten. In der Alten Hamburger Börse gab's dann Gesichter zu den Namen.

Gemeinsame Akquisition

Und es gab Erfahrungsaustausch satt: über den Berufsalltag, über Nischen und Qualitätsjournalismus, über Weiterbildungsnotwendigkeiten und Arbeitsstrukturen in Zeiten der Krise. Dass Zusammenschlüsse virtueller Art oder Bürogemeinschaften – kurz: kleinere oder größere Netzwerke – gerade auch in diesen Zeiten das berufliche Überleben besser absichern, machten Kollegen bei der Vorstellung ihrer verschiedenen, in jedem Fall aber vernetzten Arbeitsformen deutlich. Die Zusammenarbeit reicht von der gemeinsamen Akquisition bis zu agenturähnlichen Vermarktungsformen oder gar – die Wettbewerbshüter werden den Namen fast als Provokation sehen – selbstbewusst zu einem „cartel virtuel", zu dem sich Computerjournalisten zusammengeschlossen haben.

Aufträge lieber an Büros

Ein eindrucksvolles Argument zum Ausstieg aus der Solo-Arbeit in die eine oder andere Form eines Netzwerks lieferte Michael Klein, ehemaliger Chefredakteur der PC-Welt: „Große Aufträge wie Titelgeschichten oder Beilagen vergibt man nicht an Einzelne. Die habe ich immer lieber an Redaktionsbüros vergeben. Da kann ich Qualität erwarten. Und: mir kann als Auftraggeber nicht passieren, dass die Seiten wegen einer ‚Schreibblockade' oder einer schweren Grippe eines Einzel-Autors leer bleiben."

Fazit: Ein Tag (inklusive Vorabend mit gemeinsamem Umtrunk), der dem Netzwerk-Anspruch rundum gerecht wurde. Und dass daran noch weit größerer Bedarf besteht, wird daran deutlich, dass gern noch hundert weitere Interessierte gekommen wären.

Veronika Mirschel ■

Tipp:

Im November wird auf der Seite http://www.jonet-tag.de eine Dokumentation zum Netzwerktag eingestellt.

In der «M» 11/2003 (www.verdi.de/m) werden einige Netzwerke vorgestellt.

Foto: Andreas Küstermann / ostSeh.de

Mikrokosmos Lokalredaktion

Gedacht ist dieses Buch für junge Leute, die ein medienwissenschaftliches Studium gewählt haben und für solche, die es erwägen. Interessant ist es für alle Studierenden und Schüler, die es in die trotz der Branchenkrise weiterhin sehr beliebten Berufe zieht, die „etwas mit Medien zu tun haben".

Die 34 Beiträge machen in dem Band, den die Professorinnen der Medienwissenschaft, Karin Böhme-Dürr und Susanne Keuneke, herausgegeben haben, eines deutlich: Ein Studium erleichtert den Eintritt in die Medienbranche ungemein, ist teilweise sogar absolute Voraussetzung. Nur Medienwissenschaft muss der Studiengang nicht unbedingt heißen. Ob Betriebwirtschaftslehre oder Politologie, Germanistik oder Geschichte, die Streubreite der Studienfächer ist unter dem erfolgreichen Nachwuchs in der Medienbranche nach wie vor sehr groß.

Breit gefächert ist auch die Erfahrung der Autorinnen und Autoren, die aus ihrer Berufspraxis berichten: Da steht der klassische Printjournalist neben dem Online-PR-Spezialisten, der Radiomann neben der Fernsehfrau, die Medienmarkt-Analytikerin neben dem Informationsarchitekten, der Pressesprecher neben der Event-Managerin. Die enorme Differenzierung der Tätigkeiten in Medienunternehmen von Sendern bis zu Werbe- und Online-Agenturen wirkt für einen Neuling sicherlich schlicht unüberschaubar und hat auch für Insider der Branche noch manche Überraschung parat.

Dieser Band bietet einen Überblick, in wie viele Richtungen ein Medienberuf führen kann und dabei sind Bereiche wie die immer häufiger geforderte Medienpädagogik noch gar nicht erwähnt. Besonders interessant sind die Beiträge, die nicht nur berufliche Höhenflüge beschreiben, sondern auch den manchmal gar nicht so aufregenden Berufsalltag. Der Redakteur ist nur selten der rasende Reporter, eher der Redaktionsmanager, und die Werbekreative lebt nicht nur von der Inspiration, sondern auch mit der Auftragsakquise und der Kundenpflege. „Ganz ohne Verkaufsambitionen geht es nicht", schreibt der Medienforscher Tibor Kliment warnend. Das muss auch die künftige freie Journalistin bedenken und tut deshalb gut daran, Redaktionsabläufe und damit die Arbeitsweise ihrer potenziellen Abnehmer kennen zu lernen.

Dabei findet sich in den Ratschlägen der berufserfahrenen Autorinnen und Autoren häufig ein Begriff, den junge Leute in Veranstaltungen für den journalistischen Nachwuchs weniger gern in ihre Karriereplanung einbeziehen: die Lokalredaktion. Doch der Fernsehjournalist Andreas Turnsek hat Recht, wenn er schreibt: „Nach wie vor wird eine freie Mitarbeit etwa für den Lokalteil der regionalen Tageszeitungen als gute journalistische Schule angesehen. Denn dort findet sich ja der komplette Journalismus als Mikrokosmos."

Wie viele Wege in diese Medienbranche führen, zeigt nicht nur die Auflistung verschiedener Studiengänge am Ende des Buches, sondern auch die kurze Berufsbiographie der Autoren. Es wäre nur zu wünschen übrig, dass mancher Autor seinen Beitrag noch einmal gründlich Korrektur gelesen hätte und manche Autorin nicht zwanghaft versucht, den Namen ihrer Zeitung in jedem Absatz unterzubringen.

Susanne Stracke-Neumann ■

Karin Böhme-Dürr, Susanne Keuneke (Hrsg.)
Kommunikation in der Praxis.
Gegenwart und Zukunft von Medienberufen.
Vistas Verlag. Berlin 2003. 324 Seiten, 18 Euro.
ISBN 3-89158-358-0.

Ver.di als Gewerkschaft der Selbständigen (B 36)
–
Der Bundeskongress hat beschlossen, dass sich ver.di als Gewerkschaft der Selbständigen profiliert. Die originären gewerkschaftlichen Angebote stehen auch Selbständigen mit ihren besonderen statusspezifischen Bedürfnissen zur Verfügung: Dazu gehören unter anderem entsprechende Bildungsangebote, der Rechtsschutz, eine bundesweite Beratungsleistung, Unterstützung bei Auseinandersetzungen mit Auftraggebern.

Versuchsballon oder Luftblase?

Redaktionsleiter bei Madsack kürzt Freien per E-Mail die Honorare

Die Bezeichnung „Freier Journalist" klingt nach Unabhängigkeit, Zwanglosigkeit und Selbstständigkeit. So frei sind die „Freien" aber oft gar nicht, vor allem, wenn sie in hohem Maße von einem Auftraggeber abhängig sind. Jüngstes Beispiel dafür ist ein Vorgang bei der Verlagsgesellschaft Madsack in Hannover. Per E-Mail-Rundschreiben versuchte ein aufstrebender Redaktionsleiter die ohnehin schon geringen Honorare der Freien Mitarbeiter noch weiter zu kürzen.

Ausgangspunkt des Geschehens ist die Umstellung der sechs Landkreisbeilagen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" und der „Neuen Presse" zu so genannten „Heimatzeitungen". Die bisher unabhängig voneinander arbeitenden Redaktionen im Landkreis wurden dabei einer zentralen Redaktionsleitung unterstellt. Frei nach dem Motto „Neue Besen kehren gut", verfügte der neu eingesetzte Redaktionsleiter Christoph Grote in einer E-Mail an die einzelnen Redaktionen im Landkreis, dass die Freien Mitarbeiter der „Heimatzeitungen" in Zukunft nicht mehr als 100 € am Tag verdienen dürften.

Bernd Kirchhof, Betriebsratsvorsitzender von Madsack beim Sichten der neuen „Heimatzeitungen"

Foto: Oliver Förste

Fotos ohne Honorar

Und nicht nur das. Beim regelmäßig tagenden ver.di-„Medienstammtisch" berichteten mehrere Betroffene aus den Landkreis-Redaktionen weitere Einzelheiten: Neben der pauschalen Deckelung auf 100 € pro Person und Tag sollte die mehrfache Veröffentlichung von Fotos in Zukunft nicht mehr honoriert werden. Meldungen von weniger als 15 Zeilen sollten gar nicht mehr vergütet, und für Kulturtermine keine Pauschalen mehr gezahlt werden. Allerdings stellte sich im Laufe der Veranstaltung heraus, dass in jeder der Redaktionen in Landkreis „Freie" die Aufgaben von fest Angestellten erledigen. Eine betroffene Person berichtete sogar, die Künstlersozialkasse habe ihr die Aufnahme mit der Begründung verweigert, dass sie offensichtlich scheinselbstständig beschäftigt sei.

Das Klima innerhalb der Belegschaft werde immer schlechter, so die Aussagen von anderen Kollegen. Tatsächlich fühlen sich viele der etwa 100 freien Mitarbeiter der „Heimatzeitungen" in ihrer Existenz bedroht, immerhin haben manche vorher bis zu 170 € am Tag verdient. Drohungen von Seiten der Redaktionsleitung „Wem das nicht passe, der könne ja gehen", erschweren dabei ein solidarisches Vorgehen gegen die Honorar-Kürzungen. Organisierungsversuche der Betroffenen stoßen zwar auf Resonanz, jedoch leider nicht in dem erhofften Ausmaß. Bei der überwiegenden Mehrzahl scheint die Angst vor dem Job-Verlust größer zu sein, als der Mut, gemeinsam berechtigte Interessen zu verteidigen.

Die Chefs wissen von nichts

Der Betriebsrat hat auf die angedrohten Honorarkürzungen reagiert und den Vorgang innerhalb des Betriebes öffentlich gemacht. Er verwies unter anderem auf die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens. So seien Dienstanweisungen per E-Mail bei Madsack laut Betriebsvereinbarung ausdrücklich ausgeschlossen, außerdem könne man auch mündlich geschlossene Verträge nicht einfach fristlos kündigen. Dem Betriebsrat stehe es nur zu, die Einhaltung der Rechtsgrundlagen zu überwachen und drüber zu informieren. Wehren gegen die Verstöße könnten sich aber nur die Betroffenen selbst. Immerhin nutzte der Betriebsrat die ihm laut neuem Betriebsverfassungsgesetz zustehenden Rechte, um bei der Personalabteilung jetzt auch alle Informationen über Freie und Leiharbeiter einzufordern.

In der Personalabteilung von Madsack will man auf Anfrage angeblich keine Kenntnis von den Vorgängen haben. Es handele sich dabei um eine „Luftblase", es wären dort keine Klagen über angedrohte Honorarkürzungen bekannt geworden. Auch der für Personalfragen zuständige Mann in der Geschäftsführung, Rüdiger Garbs, will nichts davon wissen. Ihm sei kein solcher Fall bekannt, es habe ihn bisher kein Redaktionsleiter wegen zukünftiger Honorarkürzungen angesprochen. Eine Aussage, die zumindest eine erstaunliche Unkenntnis der Madsack-Geschäftsführung von den Vorgängen im eigenen Betrieb offenbart.

In den oberen Etagen als Kostendrücker profilieren

Nach Auskunft von betroffenen Freien sind die angedrohten Kürzungen in der Breite bisher noch nicht durchgesetzt worden. Dem Vorsitzenden des Betriebsrates, Bernd Kirchhof, sind jedoch konkrete Einzelfälle bekannt geworden, in denen die bisher vereinbarte Tagespauschale verringert wurde, allerdings im Zusammenhang mit veränderten Arbeitsanforderungen. Also tatsächlich nur eine „Luftblase"? Dem für den Medienbereich in Hannover zuständigen ver.di-Sekretär, Friedrich Siekmeier, sind jedenfalls Vermutungen zu Ohren gekommen, dass der neue Redaktionsleiter mit seiner Mail-Aktion eigenmächtig vorgeprescht ist, um sich gegenüber den oberen Etagen als Kostendrücker zu profilieren.

Die vielleicht eigenmächtig gestartete „Luftblase" eines frischen Redaktionsleiters ließe sich jedoch auch als „Testballon" missbrauchen, inwieweit die freien Mitarbeiter Honorarkürzungen hinnehmen würden ohne zu murren oder sich gar zu wehren. Das hätte die Verlagsgesellschaft Madsack mit einem satten Gewinn von 40 Millionen € im vergangenen Geschäftsjahr trotz der aktuellen Medienkrise nun wirklich nicht nötig.

Oliver Förste ■

Beitragsklau ohne Honorar

ARD-Sender informieren nicht über Weiterverwendung von Fernsehbeiträgen

Foto: Chr. v. Polentz / transit

Regie des ARD Play-Out-Centers in Potsdam-Babelsberg. Hier entsteht das Bouquet ARD-Digital.

Hochwertige Fernsehbeiträge kosten Geld. Und Geld ist angeblich rar in den Sendeanstalten der ARD. Die Folge sind immer neue Wiederholungen von Magazinbeiträgen – ohne dass der freie Autor darüber informiert wird. Journalisten können die Wiederholungstermine nicht an die VG Wort melden und verlieren somit Vergütungen (siehe „M“ 5/2003). Das wollen acht WDR-Freie nicht länger hinnehmen.

Der Kölner Sender wurde aufgefordert, in Zukunft über Wiederholungen zu informieren. Weigert sich der WDR, wollen die Freien mit Unterstützung des verdi-Landesbezirks NRW gegen den Sender klagen.

Doch der Unmut freier Kolleginnen und Kollegen geht noch weiter. Sie beobachten, dass ihre Fernseh-Beiträge regelrecht ausgeschlachtet werden. So berichtet ein WDR-Fernsehjournalist, dass er Teile seines Films zufällig im ARD-Magazin „Planet Wissen“ wieder entdeckt hat. „Die haben die Hälfte meines Films verwendet“, erzählt der Kollege. „Aber mit neuem Text und neuer Musik.“ Sein Autorenname sei nicht genannt worden.

Noch dreister ist, was einer freien Autorin widerfahren ist: Ihr Fernsehbeitrag, eine originell gemachte Posse aus der Welt der Kommunalpolitik, stieß auf große Resonanz. Am Tag nach der Ausstrahlung im WDR-Fernsehen riefen Zeitungen und Sendeanstalten an. Sie wollten das Thema ebenfalls bringen. Auch der NDR meldete sich. Die NDR-Frau habe zunächst von Übernahme für das Satiremagazin gesprochen. „Dann bat sie um Hintergrund-Informationen, stellte zahlreiche Fragen zu meinen Recherchen“, so die Autorin. Am nächsten Tag meldete sich die Anruferin erneut, fragte nach den Drehkassetten, der NDR wolle den Beitrag umschneiden. Was die Autorin verblüffte: Ihr Name sollte im Beitrag nicht genannt werden. Sie rief den zuständigen Redakteur an. Der erklärte, es sei völlig üblich, die Beiträge anderer Sender auszuschlachten und mit anderem Autorennamen zu versehen.

Name muss genannt werden

Unsere Autorin verwies auf den WDR-Urhebertarifvertrag, in dem es unter Punkt 6 ausdrücklich heißt: „Bei Änderungen, Bearbeitungen … ist … das Urheberpersönlichkeitsrecht des Mitarbeiters zu wahren.“ Und: „Der Mitarbeiter ist von Änderungen … unverzüglich zu unterrichten.“ Was Sinn macht. Schließlich hat die Autorin das Thema recherchiert, sie kann z. B. sagen, ob trotz Kürzungen der Sachverhalt korrekt wiedergegeben wird. Und zur Namensnennung steht im Tarifvertrag unter Punkt 15: „Bei der Weitergabe von Produktionen des WDR an Dritte ist eine entsprechende Urheberbenennung sicherzustellen.“ Der NDR-Redakteur habe dagegen erklärt: „Ich kann mit dem Material machen, was ich will.“

Im geänderten Text drei Fehler gefunden

Doch es kam noch bitterer: Unsere freie Journalistin hatte das Thema inzwischen selbst einer ARD-Redaktion angeboten. Die war interessiert, sagt die Autorin, sie habe mit einem Autorenhonorar in Höhe von 2.000 Euro gerechnet. Doch daraus wurde nichts. Denn die NDR-Redaktion „Panorama“ hatte inzwischen erfahren, dass der WDR-Film eingetroffen war – und den Beitrag für die nächste „Panorama“-Sendung „angemeldet“. Damit war das Stück für andere ARD-Sender gesperrt. Der Autorin platzte jetzt schier der Kragen. Sie rief wiederholt bei „Panorama“ an, pochte auf ihre Rechte – und setzte schließlich am Sendetag durch, dass ihr Name im Beitrag insertiert wird. Auch den vom NDR geänderten Sprechertext bekam sie zum Gegenlesen zugefaxt. „Auf meine ausdrückliche Forderung hin“, so die Autorin. Zum Glück für den NDR. Denn der geänderte Text enthielt drei Faktenfehler, die so wenige Stunden vor Sendung noch korrigiert werden konnten. Erst nach Ausstrahlung des Beitrags erklärte sich der NDR bereit, ein Autorenhonorar von 700 Euro zu überweisen.

Lediglich ein „Einzelfall“

Kuno Haberbusch, Abteilungsleiter von Panorama/Extra 3, erklärt dazu auf Anfrage des ver.di-Landesbezirks NRW: Es handele sich um einen „Einzelfall“. In diesem Fall sei eine Regelung getroffen worden, die „weit über das eigentlich zulässige hinausging.“ Darüber hinaus gebe es „keine Übernahme von WDR-Beiträgen“. Außerdem erklärt Haberbusch: „WDR-Verträge sind für NDR-Redaktionen nicht bestimmend.“ Wolfgang Schimmel, beim ver.di-Fachbereich Medien in Stuttgart zuständig für Rechtsfragen, betont hingegen: „Auch nach dem Tarifvertrag beim NDR sind willkürliche Bearbeitungen und die Weglassung der Autorenangabe unzulässig.“ Dieter Seifert ■

Urheberrechte (B 52)
–
Der Bundeskongress hat beschlossen, die „Enteignung der Urheber zu stoppen das Recht auf Information und Bildung zu sichern und die totale Überwachung zu verhindern“. Mit dem Siegeszug der „Neuen Medien“ würden die Urheber als „Contentproduzenten“ (fast) umsonst arbeiten, während die Verwerter alleine kassieren. „Das Urheberrecht wird nicht selten offen gebrochen oder ausgehebelt“. ver.di werde für eine angemessene Vergütung der Urheber nach dem reformierten Urhebervertragsrecht vom Juli 2002 eintreten. „Die dju sieht in der Durchsetzung der gemeinsamen Vergütungsregeln einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den nächsten zwei Jahren.“

Vom **ver.di** Bundeskongress É

Verleger fordern Geld von Redakteuren

Tarifrunde an Tageszeitungen: Frontalangriff abwehren

Am 10. Oktober startete die Tarifrunde für die annähernd 15 000 Redakteurinnen und Redakteure an den bundesdeutschen Tageszeitungen sowie die Freien. Verhandelt werden sowohl Gehälter und Honorare als auch die Regelungen des Manteltarifvertrages (MTV). Die schwierige gesamtwirtschaftliche Lage zwänge zu „Korrekturen" in der Tarifpolitik, hieß es auf Verlegerseite zu Verhandlungsbeginn.
Der Forderungskatalog, den der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) auf den Tisch legte, ist ein Frontalangriff auf bisherige Tarifstandards und zielt auf mehrfaches kräftiges Abkassieren. Die Gewerkschaftsseite, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di und der Deutsche Journalistenverband (DJV), will Rechtssicherheit für die Beschäftigten und branchenübliche Einkommenssteigerungen erreichen.
Über Verhandlungsstrategien sprach «M» mit dem Mitglied der Tarifkommission Malte Hinz.

Foto: Chr.v. Polentz / transit

Malte Hinz, Sprecher des dju-Bundesvorstandes, Mitglied der Tarifkommission und Betriebsratsvorsitzender bei der „Westfälischen Rundschau".

Die Arbeitgeber wollen die Gunst der Stunde und die allgemeine Kahlschlag-Stimmung nutzen, um massive Verschlechterungen sowohl beim Manteltarifvertrag als auch bei den Gehältern durchzusetzen. ver.di sieht die laufende Tarifrunde deshalb vorrangig als Abwehrkampf. Was heißt das konkret?

Die Tageszeitungsverleger haben deutlich gemacht, dass die von ihnen ausgesprochene Kündigung des Manteltarifvertrages für Redakteurinnen und Redakteure kein taktisches Manöver war. Vielmehr sind sie mit ihren Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, der Streichung von Urlaubstagen auf maximal 30 Tage und der Kürzung des Urlaubsgeldes auf 68 Prozent tatsächlich wild entschlossen, Arbeitsbedingungen dauerhaft zu verschlechtern und die Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen auch materiell ordentlich über den Tisch zu ziehen. Darüber hinaus koppeln die Verleger ihren Angriff auf Eckpfeiler der Verfassung unseres Berufes auch noch mit der Forderung nach einer weiteren Kappung der Berufsjahrestaffel im Gehaltstarifvertrag. Von daher ist doch klar: Wenn man diese tarifpolitischen Unverschämtheiten verhindern will, muss man zunächst einmal einen sicher außerordentlich harten Abwehrkampf führen. Aber dabei darf es natürlich nicht bleiben.

> « Wenn die Verleger den Mantel verändern wollen, dann müssen wir ihnen sagen, welche Veränderungen wir uns vorstellen können. »

Sondern?

Wenn die Verleger den Manteltarifvertrag radikal verändern wollen, dann müssen wir ihnen in aller Deutlichkeit sagen, welche Änderungen wir, die Beschäftigten in den Redaktionen, am Mantel für notwendig halten. Dies ist politisch notwendig, das gebietet die Selbstachtung – und darauf sind wir auch vorbereitet.

Die Verleger wollen den Beschäftigten offenbar richtig ans Geld. Durch die geforderten Einschnitte – so hat die Gewerkschaft ausgerechnet – gingen einem „Durchschnittsredakteur" jährlich etwa 10.000 Euro verloren...

Das ist korrekt. Allein der von den Verlegern geforderte Wegfall der Stufe 15. bis 19. Berufsjahr im Gehaltstarifvertrag würde für viele Kolleginnen und Kollegen im Laufe ihres Arbeitslebens Einkommensverluste in einer Größenordnung von über 80.000 Euro bedeuten. Darüber hinaus soll es ein Drittel weniger Urlaubsgeld geben und eine Gehaltserhöhung, die vermutlich gerade einmal die Inflationsrate erreicht. Aber davon mal abgesehen – es kann noch viel schlimmer kommen: Angesichts der Krisengewinnler-Mentalität, die sich in den Verlagsleitungen breit gemacht hat, steht zu befürchten, dass eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit zu einem weiteren Abbau redaktioneller Arbeitsplätze genutzt würde.

Fast alle großen Zeitungsverlage haben bis etwa vor drei Jahren kontinuierlich geboomt. Die Expansion in den (ost)europäischen Markt hält an und um viele regionale Zeitungsverlage werden von deutschen Verlagen regelrechte Bieterschlachten zelebriert. Sind die Forderungen der Verleger vor diesem Hintergrund nicht einfach schamlos?

Das wäre noch eine allzu freundliche Formulierung. Selbstverständlich haben die Zeitungshäuser viele Jahre lang unglaublich gut verdient. Und diejenigen Manager, die ihr Geschäft verstehen, die ihre Häuser frühzeitig auch auf schlechtere Zeiten vorbereitet und die Millionen nicht in glänzende Verlagspaläste, Überkapazitäten und Prestigeprojekte versenkt haben, verdienen auch heute noch richtig gut. Ein Beispiel dafür ist die WAZ-Mediengruppe. Deren Geschäftsführung ließ dieser Tage verlauten, dass das Unternehmen auch im Krisenjahr 2002 fast 2 Milliarden Euro Umsatz gemacht und – was natürlich viel wichtiger ist – eine Umsatzrendite im zweistelligen Prozentbereich erwirtschaftet habe. Und es gibt noch eine Reihe anderer erfolgreicher Zeitungshäuser, die vor Geld kaum laufen können. Dennoch darf natürlich nicht ignoriert werden, dass die Einbrüche im Anzeigengeschäft eine Reihe Tageszeitungsverlage in Schwierigkeiten, manche sogar in existenzielle Nöte gebracht haben. Dass der BDZV nun jedoch diese Situation nutzen will, um Tarifdumping übelster Art zu betreiben, ist mindestens schamlos. Unter anderem deshalb, weil der Verlegerverband damit ausschließlich die Karte derer spielt, die er selbst für die zunehmende Pressekonzentration verantwortlich macht. Und das sind diejenigen Verlage, denen es – wie der WAZ-Gruppe – ohnehin nicht schlecht geht und die sich mit dem angestrebten Tarifergebnis die Kasse fürs operative Geschäft weiter füllen. Und damit geht es dann auf Einkaufstour – auf dem osteuropäischen Markt im übrigen ebenso wie zu Hause.

In den Redaktionen sind in den letzten drei Jahren 14 Prozent der Arbeits-

plätze eingespart worden. Die Arbeitsverdichtung für die Verbliebenen wollen die Verleger jetzt mit Arbeitszeitverlängerung kurieren. ver.di will Beschäftigungssicherung. Die Quadratur des Kreises?

Natürlich passt das nicht zusammen. Gerade diese Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit ist Ausdruck der Krise in den Köpfen der Verleger. Arbeitszeitverlängerung ist geeignet, den Personalabbau in den Verlagen noch zu beschleunigen.
Wir wollen dagegen eine tarifvertragliche Regelung zur Beschäftigungssicherung, die den nachweislich in wirtschaftliche Not geratenen Verlagen die Möglichkeit eröffnet, Arbeitsplätze und damit auch journalistische Kompetenz zu erhalten. Und das geht – das hat die Praxis doch längst gezeigt – sinnvoller Weise zunächst einmal auf dem Weg der kollektiven Arbeitszeitverkürzung.
Im übrigen kenne ich aus meiner betrieblichen Praxis keine Redaktion, bei der weitere Arbeitsverdichtung, weiterer Stellenabbau nicht auch zu einem spürbaren Verlust journalistischer Qualität führen würde. Die Menschen in den Redaktionen arbeiten längst an ihrer Belastungsgrenze. Arbeitszeitverlängerung würde diese Belastung ebenso wie den ohnehin hohen Grad an Selbstausbeutung weiter steigern. Wir brauchen also keine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern vielmehr die Möglichkeit, unsere Arbeitszeit souveräner zu organisieren. Beispielsweise, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser als bisher zu gewährleisten. Dazu gehören sicher auch intelligente Formen von Teilzeit- und Altersteilzeit-Arbeitsverhältnissen, Sabbatjahr oder die Organisation der Arbeit in einer 4-Tage-Woche.

Zunehmend werden Redakteursstellen durch Freie und Pauschalisten besetzt, da feste Redakteure zu den aktuellen Tarifbedingungen wirtschaftlich nicht tragbar seien. Wie erklärt man der freien Kollegin in der Redaktion, dass sie den Kampf um den MTV unterstützen soll?

Ich bin nicht sicher, ob man von der freien Kollegin vor dem Hintergrund ihrer sicher nicht immer erquicklichen Erfahrungen mit den Festangestellten eine solche Unterstützung erwarten darf. Wenn man sie dennoch darum bittet, dann vielleicht mit dem Hinweis darauf, dass sich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Festangestellten allen Erfahrungen nach negativ auf die Freien auswirken würde. In dem Unternehmen, für das ich arbeite, wird zum Beispiel nicht nur durch Einstellungsstopp gespart, sondern gleichzeitig mit einer drastischen Kürzung der Honoraretats für Freie. Außerdem geht es im Verlauf dieser Runde auch um den 12a-Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie und um von den Verlagen verlangte Änderungen am Urheberrecht.

Öffnungsklauseln auf Betriebsebene, die der DJV erneut anbieten wollte, sind den Arbeitgebern offensichtlich nicht ausreichend. Nachhaltige Einschnitte in den MTV sind anvisiert. Man will nicht nur den kleinen Finger, sondern die ganze Hand?

Ich hoffe zunächst einmal, dass die DJV-internen Diskussionen über Öffnungsklauseln, die den Betriebsparteien Vereinbarungen über ein Abweichen vom Tarifvertrag ermöglichen würden, endgültig vom Tisch sind. Wir haben jedenfalls deutlich gemacht, dass solche Abweichungen Sache der Tarifvertragsparteien bleiben müssen. Regelungen für nachweislich in Schwierigkeiten geratene Unternehmen sind bekanntlich längst auf der Basis geltender Tarifverträge möglich und werden auch praktiziert. Das wissen doch auch die Verleger. Für sie ist daher die Diskussion über Öffnungsklauseln der kleine Finger. Mit den Verschlechterungen im MTV wollen sie sich allerdings die ganze Hand sichern – mit dem Arm dran.

ver.di fordert, den von der Arbeitgeberseite einseitig gekündigten Manteltarifvertrag wieder in Kraft zu setzen. Die Tarifkommission hat dazu weitergehende Forderungen aufgestellt, die die Verleger nicht sonderlich viel kosten würden, die Debatte aber wieder in inhaltliches Fahrwasser, hin zur Qualitätsdebatte lenken könnten?

Richtig! Wir wollen eine Gehalts- und Honorarerhöhung in der Größenordnung der Abschlüsse in der übrigen Medienwirtschaft, wir wollen einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung, wie er beispielsweise in Druckereien und Verlagen bereits gilt, und wir wollen die Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages, um für die Beschäftigten endlich wieder Rechtssicherheit herzustellen.
Handlungsbedarf sehen wir neben einer Wiederanhebung der Jahresleistung auf 100 Prozent und der längst überfälligen Anhebung des Sonntagsantrittsgeldes beispielsweise auf dem Feld der Weiterbildung. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive und wollen daher mit dem BDZV über einen eigenständigen Weiterbildungs- und Qualifikationstarifvertrag verhandeln. Und der würde die Zeitungshäuser tatsächlich nicht sonderlich viel kosten.

Und was ist realistischerweise in der Gehaltsfrage zu erwarten?

Etwa 1,5 Prozent, also gerade mal ein Ausgleich der Inflationsrate. Dies gilt im übrigen auch für die Honorare für arbeitnehmerähnliche Freie.

Mit ähnlich groben Klötzen wie bei der Redakteursrunde warten die Verleger inzwischen bei den regionalen Verhandlungen für die Verlagsangestellten auf. Sollten auch die Gewerkschaften künftig den Knigge im Schrank lassen?

Ich halte viel von guter Erziehung und entsprechenden Umgangsformen. Vor allem dann, wenn sie nicht davon abhalten Unverschämtheiten, Maßlosigkeiten, Krisengewinnler-Mentalität der Verleger als solche zu benennen und sich mit ihnen auch entsprechend auseinander zu setzen. Im übrigen wusste bereits Knigge, dass auf einen groben Klotz ein ebensolcher Keil gehört …

Dass „mehr auf dem Spiel steht als einige Klauseln in einem nationalen Tarifvertrag", betont die Europäische Journalistenföderation. Sie sieht enorme Auswirkungen dieser Tarifrunde im EU-Maßstab und darüber hinaus. Für ver.di eher Bestätigung oder zusätzliche Belastung?

Keine Belastung, sondern eher Bekräftigung unserer Auffassung, dass die Internationalisierung des Handelns deutscher Zeitungsverlage natürlich Auswirkungen auf nationale Tarifverhandlungen haben muss. Und deshalb ist es doch nur folgerichtig, wenn Aidan White als Generalsekretär der Europäischen und der Internationalen Journalistenförderation die aktuellen tarifpolitischen Einlassungen des BDZV als einen von Gier, Heuchelei und Egoismus getragenen Angriff auf die sozialen Standards des deutschen Journalismus geißelt.

Eines noch: Auch die dju in ver.di wird sich noch stärker als bisher dieser zumindest europäischen Dimension stellen und ihre Arbeit darauf ausrichten müssen. Die laufenden Bemühungen um die Bildung weiterer Europäischer Betriebsräte ist nur ein Hinweis darauf, dass dies bereits verstanden worden ist.

Das Gespräch führte Helma Nehrlich ■

« Aber noch ein Wort zu den angeblich so teuren Redakteurinnen und Redakteuren: Wer von seinen Redaktionen Tag für Tag und unter schwierigsten Arbeitsbedingungen qualitativ hochwertige journalistische Produkte verlangt und bekommt, der muss sie auch entsprechend entlohnen. Allerdings wäre es vermutlich interessant und aufschlussreich, unter diesem Qualitätsgesichtspunkt einmal die Bezüge der Verlagsmanager unter die Lupe zu nehmen. »

Mehr Häuptlinge, weniger Indianer

Berliner Verlag kontert verlorenen Prozess mit Mobbing-Zimmer

Foto: Christian O. Bruch / Visum

In den Redaktionen kreist der Rotstift und auch prominente Namen sind nicht mehr unbedingt sakrosankt. Beim Berliner Verlag sollen mehr als dreißig Redakteure, Pauschalisten und Sekretärinnen gehen, auch die Kolumne von Erich Böhme wird eingestellt.

Erich Böhme, einst Herausgeber der „Berliner Zeitung“ wollte aus dem Blatt die „Washington Post“ Deutschlands formen. Daraus wurde bekanntlich nichts und nun soll auch seine Kolumne „Betrachtungen zum Wochenende“ zum Jahresende eingestellt werden. Als Ex-Spiegel-Chef und ehemaliges Zugpferd von Talk im Turm ist Böhme zwar das prominenteste Opfer, aber nicht das einzige der jüngsten Streichorgie beim Berliner Verlag („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“, BerlinOnline).

Mitte Oktober informierte die Geschäftsleitung die Belegschaft, dass aufgrund sinkender Anzeigenerlöse ein weiterer Personalabbau unvermeidlich sei. Auf einer Betriebsversammlung musste Geschäftsführer Ove Saffe aber einräumen, dass der Verlag bereits im zweiten Jahr hintereinander „schwarze Zahlen“ schreibt. Um Kündigungen zu verhindern, forderten Betriebsrat und Belegschaft eine Beschäftigungsgarantie. Im Gegenzug boten sie Modelle wie Altersteilzeit, Teilzeit und eventuell sogar Einschnitte in tarifvertraglichen Leistungen an. Doch die Verlagsoberen lehnten dies kategorisch ab. „Diese sture Haltung ist nicht mehr zu verstehen“, stellte die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch fest.

Als entbehrlich wird offenbar die Kulturseite beim „Berliner Kurier“ betrachtet – das Ressort wird aufgelöst. Sechs Redakteure und vier Pauschalisten sollen die Boulevardzeitung verlassen. Wenn künftig der Tipp-Fehlerteufel bei der „Berliner Zeitung“ zuschlägt, könnte es daran liegen, dass das Korrektorat mit fünf Beschäftigten abgeschafft wird. In der Redaktion sollen voraussichtlich elf bis 14 Pauschalisten ihre Verträge verlieren. Zusätzlich plant die Geschäftsleitung, neun Sekretärinnen im Verlags- und Redaktionsbereich zu entlassen. Der Vertrag mit dem so genannten U-Bahnfernsehen „Berliner Fenster“ wird nicht verlängert und läuft zum Jahresende trotz einer Drei-Jahres-Option aus. Vier befristet beschäftigte Redakteure sind betroffen.

Alle siegten vor Gericht

Während die „Indianer“ um ihre Arbeitsplätze bangen, konnten neue Gesichter unter den „Häuptlingen“ begrüßt werden. Seit Juli hat der „Berliner Kurier“ mit Hans-Peter Buschheuer einen neuen Chefredakteur. Der „Berliner Kurier“ erhielt auch einen neuen Lokalchef nebst neuer Stellvertreterin. Zusätzlich eingestellt wurden ein Art-Director und ein weiterer Vize-Chefredakteur. Auch optisch soll sich das Boulevardblatt verändern, der Guru des Zeitungs-Designs Mario Garcia arbeitet bereits an einem Relaunch.

„Seit Mitte Juni 2001 gab es 83 Kündigungen, 37 mehr oder weniger freiwillige Abgänge und zusätzlich 13 ruhende Arbeitsverhältnisse im Verlag“, sagte Renate Gensch. Doch nicht immer sind Entlassungen so leicht durchzusetzen, wie sie in der Chefetage beschlossen werden. Die Personalabteilung musste bereits herbe Schlappen vor Gericht einstecken. „Auch die von den neuen Kündigungen Bedrohten haben beste Chancen, ihre Prozesse zu gewinnen“, ist sich Renate Gensch sicher. „Denn bisher haben alle gewonnen, die vor Gericht gezogen sind.“ Erfolgreich waren auch acht Redakteure von „Berliner Zeitung“ und „Berliner Kurier“ einer früheren Entlassungswelle. Sie siegten in der zweiten Instanz vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin und können nun zurückkehren. Das Gericht stellte fest, dass die Sozialauswahl falsch war und der Verlag nicht nachweisen konnte, dass ihre Arbeit weggefallen ist. Eine Redakteurin trat bereits Ende Juli ihren Dienst beim „Berliner Kurier“ wieder an und landete anstatt in der Lokalredaktion prompt in einem der berüchtigten „Mobbing-Zimmer“ – einem Raum fernab des Redaktionsgeschehens. Dort saß sie allein und ohne Arbeitsaufträge. An ihrem ersten Arbeitstag wurde sie per E-Mail, wie alle anderen, zur Redaktionskonferenz eingeladen. Drei Stunden später untersagte ihr die Personalchefin, künftig an Sitzungen teilzunehmen, ohne ausdrückliche Einladung der Chefredaktion. Die Redakteurin beschwerte sich beim Betriebsrat, der dem Verlag eine Frist setzte, um die Ungleichbehandlung einzustellen und sie in den Redaktionsablauf zu integrieren. Die Proteste blieben zunächst wirkungslos, erst als eine Einigungsstelle vom Arbeitsgericht eingesetzt werden sollte, lenkte die Geschäftsleitung ein. Die Redakteurin erhielt nun wieder einen Arbeitsplatz in der Lokalredaktion des „Berliner Kurier“.

Keine DDR-Geschichte mehr?

Sieben Redakteure, die ebenfalls zurückkehren können, wird der Umweg über eine „Isolierstation“ nun erspart bleiben. Darunter ist auch eine Kollegin, deren Kündigung bundesweit hohe Wellen schlug. Die Personalabteilung hatte ihre Entlassung mit dem Wegfall ihres Spezialgebiets, der DDR-Geschichte, begründet. „Artikel, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte auseinandersetzen“, sollen „in Zukunft nicht mehr recherchiert, geschrieben oder gedruckt werden“, hieß es in einer Mitteilung an den Betriebsrat. Nicht nur etliche DDR-Oppositionelle protestierten, auch Bundestagspräsident

Mobbing (B 50, B 51) –

Der Bundeskongress hat beschlossen: „ver.di verurteilt Mobbing, Diskriminierung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Sie stellen verfassungswidrige Angriffe auf die Persönlichkeitsrechte dar.“... Die für die Beratung und Unterstützung Betroffener notwendigen Mittel (für Fortbildungen, Aktionen und Rechtsvertretungen) werden ausreichend bereit gestellt.

Vom **ver.di** Bundeskongress É

Wolfgang Thierse äußerte öffentlich sein Befremden über die neue Linie des Blattes. In einer gemeinsamen Presseerklärung versuchten Chefredakteur Uwe Vorkötter und der damalige Verlagsgeschäftsführer Torsten-Jörn Klein das ramponierte Image der Zeitung zu retten. Der Erfolg im Westen sei kein Grund, jene Themen aus der Berichterstattung auszuklammern, die nach wie vor speziell den Osten Berlins und Deutschlands beschäftigen, versicherten die beiden. Schon ein flüchtiger Blick in die „Berliner Zeitung" genüge, um gegenteilige Behauptungen ad absurdum zu führen.

Spezialistin bleibt

Der Betriebsrat zählte mehr als 1.000 Artikel in der Zeit von Dezember 2002 bis Juli 2003 zu diesem Themenkomplex. Gegenüber dem Gericht argumentierte der Verlag jedoch, dass über die DDR-Geschichte nicht mehr so umfassend berichtet werde. Unter den interessierten Blicken von Vertretern anderer Medien verlor der Berliner Verlag den Prozess und kann sich nun rühmen, wieder eine ausgewiesene Spezialistin für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu beschäftigen. Silke Leuckfeld ■

Sensationstourismus zum Tatort

Bei Mordfällen auf identifizierende Details verzichten

Deutscher Presserat

info@presserat.de
www.presserat.de

Berichterstattungen über Mordfälle sind nicht nur eine Domäne von Boulevardzeitungen. Auch Regional- und Lokalzeitungen berichten immer mal wieder über gewaltsame Todesfälle. Dass hierbei stets die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen – Opfer wie Täter – beachtet werden müssen, ist ebenso klar, wie die Tatsache, dass es eine vorurteilsfreie Berichterstattung geben muss. Dennoch werden immer wieder Fehler gemacht.

So berichtet eine Lokalzeitung in zwei Artikeln über ein Gerichtsverfahren wegen versuchten Mordes. In der ersten Veröffentlichung werden zwei Fotos vom Tatort abgebildet, wobei in einer Bildunterschrift von dem „Haus an der Hauptstraße in E[.Ort..]" die Rede ist. In der zweiten Veröffentlichung findet sich die genaue Adressangabe mit der Hausnummer. Über die Preisgabe dieses Details beschwert sich eine Angehörige, die eine Verletzung ihres Persönlichkeitsrechts sieht. Schon durch die Veröffentlichung des Fotos, erst recht aber durch die der genauen Adresse sei sie in den Mittelpunkt des örtlichen Interesses gerückt worden. Es habe sich ein regelrechter Sensationstourismus nach der Berichterstattung um ihr Haus herum entwickelt.

Die Redaktionsleitung sieht die Veröffentlichung des Fotos vom Tatort als gerechtfertigt an, da es sich bei dem Gewaltdelikt um ein Ereignis von öffentlichem Interesse gehandelt habe, das sich ohnehin wie ein Lauffeuer im Ort herumgesprochen habe. Sie räumt jedoch ein, dass die Nennung der Hausnummer ein Fehler gewesen sei. Der Ausschuss des Deutschen Presserates erklärt die Beschwerde für begründet und spricht einen Hinweis aus. Er war der Ansicht, dass die Zeitung mit den Veröffentlichungen gegen die Ziffer 8* des Pressekodex verstoßen hat. Schon die Veröffentlichung der Fotos vom Tatort sei im Hinblick auf die Wahrung der Privatsphäre der Beschwerdeführerin fragwürdig. Dies gilt erst recht für die Adressangabe, zumal die Berichterstattung über die Gerichtsverhandlung erst ein gutes halbes Jahr nach der Tat erfolgte. Gemäß Richtlinie 8.1** ist die Nennung der Namen von Opfern in der Berichterstattung über Gerichtsverfahren in der Regel nicht gerechtfertigt.

Keinerlei Bedauern

Eine andere Lokalzeitung berichtet in zwei Beiträgen über den Tod eines 46-jährigen Mannes nach einem Streit mit seiner Lebensgefährtin. In dem ersten Artikel heißt es, dass die Ermittlungsbehörden mitgeteilt hätten, dass ein Verfahren wegen des Verdachts eines Tötungsdeliktes gegen die Frau eingeleitet werde. Klar sei, dass die tätliche Auseinandersetzung zum Tod des Mannes geführt habe. Äußere Gewalteinwirkung sei nicht zu erkennen. Weiterhin enthält der Artikel die Information, dass es sich bei dem Paar um die Pächter eines namentlich genannten Hotels in einem kleinen Ort handelt. In dem zweiten Beitrag wird einen Tag später mitgeteilt, dass der Mann nicht durch direkte Gewalteinwirkung gestorben sei. Es habe einen Streit gegeben, in dessen Verlauf er eine Platzwunde erlitten habe. Die Frau sei wieder auf freien Fuß gesetzt worden, vermutlich werde laut Ermittlungsbehörden eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gegen sie erstattet. Erneut wird auf das Hotel hingewiesen. Der Beschwerdeführer ist der Ansicht, dass die Zeitung aus dem Vorgang in reißerischer Art und Weise einen Gattenmord macht. Auch nach dem offiziellen Bekanntwerden der Wahrheit habe die Redaktion sich nicht verpflichtet gesehen, Schadensbegrenzung zu betreiben. Der Tenor der Richtigstellung im zweiten Beitrag sei von keinerlei Bedauern über die erste Veröffentlichung geprägt, sondern von weiteren unterschwelligen Beschuldigungen. Beim Leser halte sich der Eindruck, dass die Frau den Tod ihres Partners bewirkt habe.

Der Beschwerdeausschuss erklärt die Beschwerde für begründet und spricht gegen die Zeitung eine Missbilligung aus wegen Verstoßes gegen Ziffer 8 des Pressekodex. Durch den Hinweis auf das Pächterehepaar und das Hotel werden die Betroffenen klar identifizierbar, so dass ihre Persönlichkeitsrechte verletzt wurden. Es wäre angebracht gewesen, auf die identifizierende Angabe zu verzichten, da sich der Sachverhalt für den Leser auch ohne dieses Detail erschlossen hätte.

Eine Verletzung der Ziffer 13 des Kodex (Vorverurteilung) beging eine Boulevardzeitung, die unter der Überschrift „Hier heult der Vater, der seine Söhne ertränkte" über einen Mann, der wegen Mordes an seinen beiden Kindern vor Gericht steht, berichtete. Diese Überschrift ist nach Ansicht eines Lesers vorverurteilend, da noch kein Urteil zu den Prozessen vorliege. Die Zeitung gibt den Fehler zu und bedauert, diese Überschrift. Auch für den Beschwerdeausschuss ein klarer Fall, der mit einer Missbilligung geahndet wurde. ■

*** Ziffer 8:**
Die Presse achtet das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen. Berührt jedoch das private Verhalten öffentliche Interessen, so kann es im Einzelfall in der Presse erörtert werden. Dabei ist zu prüfen, ob durch eine Veröffentlichung Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter verletzt werden.
Die Presse achtet das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

**** Richtlinie 8.1, Absatz 1:**
Die Nennung der Namen und die Abbildung von Opfern und Tätern in der Berichterstattung über Unglücksfälle, Straftaten, Ermittlungs- und Gerichtsverfahren (siehe auch Ziffer 13 des Pressekodex) sind in der Regel nicht gerechtfertigt. Immer ist zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und dem Persönlichkeitsrecht des Betroffenen abzuwägen. Sensationsbedürfnisse können ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit nicht begründen.

Foto: Bernd Arnold / VISUM

Die deutsche Radioszene wird derzeit von drei K's gebeutelt: Krise, Konkurrenz und Konzentration. Sie sorgen nicht nur seit letztem Jahr für Bewegung am Hörfunkmarkt, sondern werden die Strukturen in noch ungeahntem Ausmaß umkrempeln.

„In Mitarbeiter investieren"

Deutsche Privatradioszene steht am Scheideweg

Die Botschaft hätte nicht schmerzlicher sein können: Das dritte Jahr in Folge rechnen die rund 260 deutschen Radiostationen mit sinkenden Werbeeinnahmen. Statt 733 Millionen wie im Boomjahr 2000 werden es wohl nur noch 570 Millionen Euro in diesem Jahr sein. Und die renommierte Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers prognostiziert in ihrer neuesten Studie „German Entertainment and Media Outlook" selbst bis 2007 nur eine moderate Erholung. Mit etwa 19 Euro Werbeumsatz pro Radiohaushalt werde auch in vier Jahren das Niveau von vor drei Jahren (21 Euro pro Haushalt) nicht wieder erreicht. Das steht im Widerspruch zu Reichweite und Hördauer: Mit 35 Millionen Radiohaushalten erreicht das Medium noch vor dem Fernsehen die größte Abdeckung (98,9 Prozent). Und auch die Hördauer ist in den letzten fünf Jahren von 172 Minuten pro Tag auf 202 gestiegen.

Zugleich konstatieren die PWC-Analysten lakonisch: 80,8 Prozent der Einnahmen der gesamten Radiobranche in Deutschland sind Gebühren – allein im letzten Jahr 2,5 Milliarden Euro für 60 Programme. Kein Wunder, dass sich die Debatte um die duale Rundfunkzukunft gerade im Hörfunk verschärft. So konstatiert Karlheinz Hörhammer von Antenne Bayern einen „gebührenfinanzierten Verdrängungswettbewerb" der verspar-teten und kommerziell agierenden ARD-Wellen, der nichts mehr mit Grundversorgung zu tun habe. Ins gleiche Horn stößt Steffen Müller von der Ludwigshafener Rundfunkholding Moira: Die Ministerpräsidenten hätten bei den neuen Rundfunkverträgen „mehr zu regeln als nur die Gebührenhöhe".

Auch die Forderungen nach Werbeverzicht der ARD-Wellen werden im Zuge der Gebührendebatte immer lauter. Erste Planspiele in einer Studie des Luxemburger Medienberaters Bernt von zur Mühlen zeigen allerdings: Ohne die ARD-Radios ist eine nationale Hörfunkwerbekampagne kaum effektiv umzusetzen. Selbst in der werberelevanten Zielgruppe der 14- bis 49-jährigen würden nur mit Spots bei den Privaten allenfalls 50 Prozent erreicht – von einkommensstärkeren und höher gebildeten Hörern ganz abgesehen. Deutschlands „Radiokönig" Jürgen Filla, nach dem Kauf der AVE-Hörfunkgruppe Herr über inzwischen 19 Stationen, hält von derlei Planspielen gar nichts. Nicht nur, weil er mit den RTL-Radios bei der ARD-Werbetochter AS&S mit im Boot sitzt, sondern weil er eher auf vermarkterübergreifende Radioangebote für Werbetreibende setzt. Dies funktioniere in Großbritannien sehr gut, und auch in anderen europäischen Ländern profitiere das Radio im Vergleich zu TV und Print davon.

Weniger Auflagen

Erleichterungen in der Krise und im dualen Wettbewerb erwarten die Privatradios nicht nur von der Medienpolitik, sondern auch von den Landesmedienanstalten. Die deutschlandweit 15 Behörden zur Lizenzierung und Überwachung kommerziellen Rundfunks sollten weniger Auflagen machen und mehr Kooperationsmöglichkeiten gestatten. Das meint zumindest der Vizechef des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT), Hans-Jürgen Kratz. Unter Anspielung auf etwa ein halbes Dutzend Senderinsolvenzen droht der Chef von Antenne Thüringen: „Wenn sich die Wettbewerbsbedingungen nicht verändern, wird das Sendersterben weiter gehen".

Krise und Konkurrenz befördern das dritte K, Konzentration. Dem Filla-Coup folgen nun neue Zusammenschlüsse. So zimmert der Leipziger PSR-Chef Erwin Linnenbach mit Rückendeckung des zuständigen Vorstands elektronische Medien bei der Axel Springer AG, Hubertus Meyer-Burkhardt, schon länger erfolgreich an einem Hörfunknetzwerk. Die neue Radioholding Regiocast reicht von der PSR-Gruppe in Sachsen über die Berlin-Brandenburger r.s.2-Senderfamilie bis zum RSH-Verbund in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Zu wenig Qualifizierte

Zwar meint Geschäftsführer Michael Tenbusch, für Burda Broadcast käme derzeit eine Radio-Kette nicht in Betracht, räumt aber ein, dass das Verlagshaus („Focus", „Super-Illu" u. a.) an „sinnvollen Kooperationsmöglichkeiten" seiner Radiobeteiligungen arbeitet. Neuen Konzentrationswellen Vorschub leisten könnte auch ein drohender Ausstieg der WAZ aus 10 der 16 Radio-Betriebsgesellschaften in NRW. Und das neue Lokalfunk-Konzept in Bayern mit gemeinsamen Funkhäusern, reduzierter Lokalberichterstattung und steigendem Mantelanteil spielt dem Telefonbuchverleger Gunter Oschmann in die Hände. Den hatte schon vor zwei Jahren die Konzentrationskommission KEK als Radiomulti geoutet.

Für die Hörfunk-Beschäftigten haben die drei K's verheerende Folgen, wie Michael Jacobsen vom ver.di-Projekt connexx-av feststellt. Gehälter stagnieren oder werden reduziert, nur eine Minderheit der Privatsender ist tarifgebunden, qualifizierte Festangestellte werden durch Volontäre und Praktikanten ersetzt. Doch es gibt auch Lichtblicke. So startete neben Hamburg, Regensburg und Köln nun auch an Deutschlands härtestem Radiomarkt Berlin eine IHK-Weiterbildung. Mit ihrer Hilfe sollen angelernte Werbezeitenverkäufer zu Mediaberatern jobbegleitend qualifiziert werden. Dafür stark gemacht hat sich u. a. die Chefin der Top-Radiovermarktung Maria Mpalaoura. Sie finanziert die zertifizierte Weiterbildung von 12 ihrer 15 Mitarbeiter mit einem klaren Anti-Krisen-Argument: „Wer ein Unternehmen langfristig erfolgreich machen will, muss selbstverständlich in die Mitarbeiter investieren".

Holger Wenk ■

Viel Gedudel, wenig Infos

Kritische Untersuchung der saarländischen Landesmedienanstalt

Die Kritik der Mediengewerkschaft ver.di an der sinkenden inhaltlichen Qualität nicht nur der saarländischen Radiolandschaft findet unerwartete Unterstützung. Eine neue Studie der Universität des Saarlandes im Auftrag der Landesmedienanstalt attestiert den Hörfunkprogrammen des Landes zu viel Gedudel und zu wenig Informationen.

Die ver. di-Fachgruppe Rundfunk, Film, AV-Medien hatte bereits Ende vergangenen Jahres auf den schleichenden Informationsabbau im öffentlich-rechtlichen Programm SR1 und bei der damals einzigen privaten Konkurrenz von Radio Salü reagiert und Alarm geschlagen. Damals ging es nur um zwei Massenprogramme. Die Landesmedienanstalt ließ in der „Profilanalyse saarländischer Hörfunkprogramme“ dagegen alle acht Hörfunkprogramme untersuchen, die im Saarland terrestrisch ausgestrahlt werden – neben Radio Salü und SR1, SR2, SR3, SR4, „Unser Ding“, das „Deutschlandradio“ und den neuen privaten Anbieter JAM FM. Eines der auffälligsten Ergebnisse: Dem werbefreien öffentlich-rechtlichen Jugendradio „Das Ding / Unser Ding“, einem gemeinsamen Programm des Saarländischen und des Südwestrundfunks, gelingt es, in Sachen Informationsabstinenz mit Abstand den ersten Platz zu belegen.

Alle Informationen aus der „Konserve“

Der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Fritz Raff, weist Dudelfunk-Vorwürfe trotzdem entschieden zurück: Die Hörfunkprogramme des Saarländischen Rundfunks müssten in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Die Wellen SR1, SR2, SR3 und Unser Ding deckten mit ihrem Angebot an Information und Unterhaltung den Markt für die verschiedenen Zielgruppen sehr gut ab. Auch der Jugendsender biete Nachrichten und tagesaktuelle Informationen.

Laut Statistik handelt es sich dabei um täglich gerade einmal 34 Minuten „informationsorientierter Wortbeiträge“. Die Privatsender Radio Salü und JAM FM schaffen immerhin 57 bzw. 51 Minuten. Bei beiden dominieren allerdings aus dem Studio verlesene Nachrichten-Meldungen und Service-Dienste. Hintergrundberichte spielen dagegen kaum eine Rolle. Agenturmeldungen und Pressemitteilungen zu verarbeiten ist und bleibt eben immer noch billiger, als Themen zu recherchieren oder eigenständige Beiträge zu produzieren. Radio Salü hat auf dem Weg des Informationsabbaus denn inzwischen auch konsequenterweise die Stelle des Chefredakteurs gestrichen, JAM FM laut Selbstdarstellung im Internet solche Aufgabenbereiche erst gar nicht besetzt.

Jugend kommt zu kurz

Doch auch für die beiden öffentlich-rechtlichen Massenwellen im Saarland ergab die Studie der Saar-Uni, dass bei SR1 und SR3 rund die Hälfte der Informationen über Nachrichtensendungen abgedeckt werden. Berichte und Beiträge kommen bei SR1 gerade mal auf einen Anteil 34 Prozent, bei SR3 auf immerhin 40 Prozent. SR2-Kulturradio und DeutschlandRadio haben dagegen den weitaus höchsten Anteil an Informationen, Berichten und Beiträgen. Ihre Einschaltquoten bewegen sich jedoch im unteren einstelligen Bereich. Das kleine Publikum zählt überwiegend zur älteren Generation. Der Direktor der Landesmedienanstalt, Gerd Bauer (CDU), spricht deshalb von Defiziten vor allem beim Informationsangebot für junge Hörer. Diese abzubauen seien vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender in der Pflicht. Das wird der Saarländische Rundfunk finanziell jedoch kaum leisten können. Der Sender ist wegen der Kürzung des Gebührenfinanzausgleichs zu massiven Einsparungen gezwungen. Und am Billigsten ist und bleibt: Gedudel. Michael Steinmetz ■

Behördentransparenz oder Obrigkeitsstaat?

Bei Akteneinsichtsrechten hält Deutschland an den Traditionen des 19. Jahrhunderts fest – Vetternwirtschaft Vorschub geleistet

Informationsfreiheitsgesetz (B 44)
–
Der Bundeskongress hat beschlossen: „ver.di fordert die Bundesregierung auf, dem bereits seit 1998 im Koalitionsvertrag angekündigten Informationsfreiheitsgesetz endlich Rechtskraft zu verleihen." Es gehe um „die Einlösung des Wahlversprechens aus dem vorangegangenen Wahlkampf der Bundestagswahl 1998". „Danach galt die Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes als wesentliches Vorhaben der rot-grünen Koalition.

Vom **ver.di** Bundeskongress É

Fotos: Chr. v. Polentz / transit

Deutschland ist noch weit von der Behördentransparenz entfernt, die sich in anderen europäischen Ländern mittlerweile durchgesetzt hat. Ein bundesweites Informationsfreiheitsgesetz, das zur Abschaffung des alten Prinzips des „Amtsgeheimnisses" führen würde, steht zwar im Koalitionsvertrag von Rot-Grün, lässt aber immer noch auf sich warten. Beim Streit um die Verträge zur LKW-Maut zeigte sich einmal mehr, dass die deutschen Behörden ein obrigkeitsstaatliches Erbe mit sich herumschleppen.

Die Verträge zwischen dem Verkehrsministerium und dem Betreiberkonsortium Toll Collect wurden schlicht als „geheim" klassifiziert. Erst nach massivem öffentlichem Druck ist zumindest den Mitgliedern des Verkehrsausschusses gestattet worden, genauer zu erfahren, wie denn die Haftungsfragen geregelt sind. Immerhin geht es um Einnahmeausfälle des Bundes in Höhe von rund 160 Millionen Euro pro Monat.

Demokratische Kontrolle

„Hätten wir auf Bundesebene ein Informationsfreiheitsgesetz, wäre diese absurde Situation gar nicht erst eingetreten," bilanziert Grietje Bettin, die medienpolitische Sprecherin der Grünen, den Konflikt um die LKW-Maut. Im Bundestag sind die Grünen die hauptsächlichen Befürworter eines Gesetzes, mit dem die Zugänglichkeit von Verwaltungsinformationen vom Ausnahme- zum Regelfall werden soll. Momentan kann im Wesentlichen derjenige Akteneinsicht nehmen, der als direkt Betroffener z. B. wissen will, wie die Planung für eine neue Straße in seiner Nachbarschaft aussieht oder welche Daten die Sozialbehörde über ihn gespeichert hat. Die Informationsmöglichkeit ist also weitgehend auf diejenigen beschränkt, um deren Interessen es in den Unterlagen geht. Ein Informationsfreiheitsgesetz, kurz IFG, räumt dagegen jedem diese Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle ein, ohne Begründungspflicht und ohne zwingende persönliche Betroffenheit. Außerdem wird die Beweispflicht umgekehrt: Nicht der Antragsteller muss belegen, dass er oder sie ein Recht auf die Information hat, sondern die Behörde ist in der Pflicht, ihre Informationsverweigerung sorgfältig zu begründen, falls sie der Meinung ist, aufgrund des Datenschutzes oder anderer genau definierter Ausnahmeregelungen keine Informationen weitergeben zu dürfen.

Mit seinem Festhalten an dem überkommenen Prinzip der sogenannten „Amtsverschwiegenheit" ist Deutschland unter den OECD-Staaten mittlerweile zu einem Außenseiter geworden. „Heute muss die deutsche Verwaltung der rechtlichen Konzeption nach als eine der geheimsten und für den Bürger intransparentesten demokratischen Verwaltungen der Welt bezeichnet werden," urteilt Professor Bernhard W. Wegener, Experte für Informationsrecht an der Universität Münster.

Mehr an Transparenz

Alle EU-Mitgliedsstaaten bis auf Deutschland und Luxemburg haben mittlerweile Informationsfreiheitsrechte verabschiedet. In Schweden ist das Recht der Bürger, die Unterlagen der Behörden einzusehen, sogar seit 1766 in der Verfassung verankert. Die USA haben 1966 einen Freedom of Information Act eingeführt und dieses Gesetz seitdem mehrfach novelliert, um z. B. auch die Weitergabe elektronisch erfasster Daten zu regeln oder die Möglichkeiten des Internet für mehr Behördentransparenz zu nutzen. In Deutschland wurde ein Gesetzentwurf, den die Grünen unter der Regierung Kohl in den Bundestag eingebracht hatten, dagegen abgelehnt. Und obwohl das Reformprojekt „IFG" bereits 1998 mit dem Amtsantritt von Rot-Grün in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen wurde, ist seitdem nicht viel passiert. Erst Ende 2000 legte das Innenministerium einen ersten Entwurf vor, der jedoch sehr restriktiv ausfiel und seitdem in der Ressortabstimmung zu versanden droht. Dabei haben die vier Bundesländer Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die mittlerweile eigene Informationsfreiheitsgesetze für Landesbehörden und kommunale Stellen eingeführt haben, gute Erfahrungen mit dem Recht auf Akteneinsicht gemacht. So zog NRWs Innenminister Fritz Behrens den Schluss, „dass das Mehr an Demokratie und Transparenz mit dem IFG günstig eingekauft ist".

Vorteile für Journalisten

Für ein bundesweites IFG haben sich die Journalistenorganisationen Deutscher Journalisten-Verband (DJV), Netzwerk Recherche und Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in ver.di bereits mehrfach in gemeinsamen Erklärungen stark gemacht. Bei der Recherche würde ein IFG erhebliche Vorteile bringen, denn während der Auskunftsanspruch nach dem Landespressegesetz schon mit einer mündlichen Reaktion der Pressestelle erfüllt ist, garantiert das IFG ein Recht darauf, Originalakten zu studieren – in denen sich möglicherweise Dinge finden, die die Behörde lieber nicht preisgeben möchte. Welches Potenzial sich hier bietet, zeigt ein Beispiel aus dem Umweltbereich, in dem es aufgrund einer EU-Richtlinie bereits weitgehende Akteneinsichtsrechte gibt: Eine Bürgerinitiative in Seelze bei Hannover wehrte sich gegen den Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage. Bei einer Aktenein-

sicht fanden die Bürger heraus, dass der Anlagebetreiber zwei Millionen Euro Förderung aus dem Landesökofonds erhalten hatte und noch mal die gleiche Summe von der Bundesstiftung Umwelt. Die Zuschüsse waren geflossen, obwohl das angewandte Verbrennungsverfahren absolut konventionell war. Mit diesen Informationen erhoben die Kritiker Beschwerde bei der EU-Wettbewerbskommission in Brüssel. Tatsächlich wurde entschieden, dass die Gelder zurückgezahlt werden müssen, da die betreffende Müllverbrennungsanlage keine ökologische Förderungswürdigkeit besitze und die Gelder aus dem Ökofonds eigentlich für ganz andere Projekte bestimmt seien.

Recht für Jedermann

Ein weiterer Vorteil für Journalisten ist, dass es sich beim IFG um ein „Jedermannsrecht" handelt. Deshalb können Rechercheure, wenn sie etwa Korruptionsfällen auf der Spur sind, auch als Privatpersonen Akteneinsicht nehmen, ohne in rechtliche oder ethische Probleme zu geraten. Dies kann vor allem dann interessant sein, wenn das Verhalten der Behörde selbst Untersuchungsziel ist und die dortigen Mitarbeiter nicht durch eine offizielle Presseanfrage aufgeschreckt werden sollen. „Es wäre doch interessant, den Müllskandalen in Nordrhein-Westfalen auch in den Kommunen nachzugehen, die ihre Aktenschränke bisher noch nicht freiwillig geöffnet haben", erläutert Reinold Thiel von „Transparency International" die Möglichkeiten des IFG. Seine Organisation macht sich für die Transparenzverpflichtung stark, weil Informationsfreiheitsgesetze als wirksame Mittel zur Korruptionsprävention gelten. „Nicht zufällig sind die skandinavischen Staaten, die bei der Informationsfreiheit zu den Vorreitern gehören, wesentlich weniger anfällig für Vetternwirtschaft als Deutschland", kommentiert Thiel die internationalen Vergleiche seiner Organisation, die jährlich als „Korruptionsindex" veröffentlicht werden.

Ferner kann der Datenschutz beim IFG nicht so leicht zum Abbügeln von ungeliebten Journalistenfragen herangezogen werden, wie es derzeit noch der Fall ist. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz gibt es ein förmliches, geregeltes Verfahren, das die Konsultation der Betroffenen vorschreibt, also die Behörde zwingt, zunächst bei denen nachzufragen, deren Daten geschützt werden sollen. Vielleicht haben die aber durchaus ein Interesse, mit Journalisten zu reden.

Schließlich profitieren Journalisten von dem generellen Klima der Offenheit, das durch ein IFG gefördert wird. „Bisher ist es leider so, dass man immer wieder auf Behördenvertreter trifft, die gegenüber der Presse abblocken", beschreibt Thomas Leif vom Netzwerk Recherche die Alltagserfahrung bei der Informationsbeschaffung. „Das Denken in den Kategorien von Geheimhaltung ist in den deutschen Amtsstuben noch sehr tief verankert." Diese Atmosphäre der Verschlossenheit wird gestützt von dem beschriebenen Rechtsprinzip, dass bisher der interne Charakter von Informationen die Regel ist. Wenn es gelingt, dieses Prinzip umzukehren, verändert sich langfristig gesehen auch die Denkweise innerhalb der Verwaltung. Ein Klima der Transparenz kommt recherchierenden Journalisten dann auch in den Fällen zu gute, in denen es gar nicht um einen formellen Rechtsanspruch geht, sondern einfach um einen offeneren Umgang mit Journalisten und Bürgern.

Bremser in Wirtschaft und Ministerialbürokratie

Von der indirekten Wirkung des IFG ist auch Jürgen Roth überzeugt, Rechtsexperte der Grünen-Bundestagsfraktion. „Mit einem solchen Gesetz wäre bei den Mautverträgen von vornherein ein viel stärkerer Druck entstanden, die Verträge offen zu legen – ganz unabhängig davon, wie die rechtliche Bewertung im Detail ausgesehen hätte."

Momentan arbeitet die Ministerialbürokratie selber daran, sich mehr Transparenz zu verordnen. Dass ein solches Projekt nicht gerade mit Herzblut betrieben wird, kann man sich vorstellen. Der Entwurf des Innenministeriums stellt wegen seiner umfassenden Ausnahmeregelungen nur einen halbherzigen Schritt in Richtung Verwaltungsmodernisierung dar. Trotzdem geht er einigen Ressorts noch zu weit. Das Finanzministerium möchte alle fiskalischen Belange von der Informationspflicht ausgeklammert sehen und wünscht außerdem, dass die Bearbeitungskosten den Antragstellern in Rechnung gestellt werden, was sehr leicht zu abschreckenden Gebühren führen kann. Das Verteidi-

Fotos: Chr. v. Polentz / transit

Erfahrungen in den Bundesländern

In den vier Bundesländern, die bereits ein IFG haben, wurden sehr positive Erfahrungen gesammelt. Eine Untersuchung des Landeszentrums für Datenschutz in Schleswig-Holstein hat ergeben, dass die meisten der 2.000 Anträge, die in den ersten zwei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes gestellt wurden, völlig plausible Fragen zu Bau- und Planungsvorhaben in den Gemeinden betrafen. Außerdem ging es z.B. um die Vergabe von Kindergartenplätzen, die Wirtschaftlichkeit der Kurverwaltung oder die Arbeitsbelastung der Richter am Oberlandesgericht. Die Befürchtung, die Behörden könnten „von Querulanten lahmgelegt" werden, hat sich als völlig unbegründet erwiesen. Die Hälfte der Ämter in Schleswig-Holstein erhielt keinen einzigen Antrag, und bei denen, die Anfragen bekamen, lag die durchschnittliche Antragszahl bei fünf. Auch in Nordrhein-Westfalen blieben die Informationsbegehren mit insgesamt 836 für das Jahr 2002 in einem überschaubaren Rahmen. Dass das Gesetz im Einzelfall einen großen Nutzen haben kann, zeigt ein Beispiel aus Essen: Dort ärgerte sich ein Apotheker über eine langwierige Baustelle vor seinem Geschäft. Als er die Stadt wegen seiner Umsatzeinbußen auf Schadensersatz verklagte, sollte er die Behinderung detailliert darstellen - was ihm gelang, weil er unter Berufung auf das IFG Einsicht in das städtische Bautagebuch nehmen konnte.

USA: Recherchen über Präsident Bush

Als George Bush für die Präsidentschaft kandidierte, wurde er oft wegen seiner geringen Sachkompetenz kritisiert und man zweifelte seinen Arbeitseifer an. Die New York Times hat sich daraufhin vorgenommen, den Arbeitsstil dieses Kandidaten anhand seines Verhaltens in der Vergangenheit zu analysieren. Die Zeitung beantragte unter Berufung auf den Freedom of Information Act im Bundesstaat Texas Einsicht in alle Terminkalender und ähnliche Unterlagen, die für Bush in seiner Zeit als Gouverneur geführt worden sind. Nach Auswertung von rund 900 Seiten folgerte die Zeitung: „Die Terminplanung zeigt, dass Bush typischerweise seine erste Besprechung um 9 Uhr ansetzte, mittags zwei Stunden Pause machte, um genug Zeit zum Joggen zu haben, und seine Tätigkeit am Nachmittag um 17 Uhr beendete."

Ebenfalls die New York Times hat sämtliche Briefe ausgewertet, die Bush junior zwischen 1988 und 1992 an seinen Vater ins Weiße Haus geschickt hatte. Daraus ließ sich ablesen, wie sehr er darum bemüht gewesen war, Gefälligkeiten für Freunde der Familie einzufädeln und sicherzustellen, dass politische Unterstützer mit Posten versorgt wurden.

Fotos: Chr. v. Polentz / transit

gungsministerium drängt darauf, dass sein Geschäftsbereich komplett außen vor bleibt.

Angst vor Spionage

Das Wirtschaftsministerium fordert eine weite Formulierung der Ausnahmen für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und steht dabei unter dem Druck des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der sich vor Wirtschaftsspionage fürchtet. Diese Sorge ist für die Anhänger der Akteneinsichtsrechte kaum nachzuvollziehen, weil Unternehmen in anderen europäischen Ländern mit dem Informationsfreiheitsgesetz sehr positive Erfahrungen gemacht haben und mehr Bürgerinformation durchaus als positiven Standortfaktor sehen. In den USA zählt die Wirtschaft mit rund 80 Prozent aller Anträge zu den Hauptnutzern des Freedom of Information Act. Prince William County in Virginia stellt sogar alle städtischen Verträge ins Internet, ohne dass deswegen Betriebe abgewandert sind.

Solange die großen Reformprojekte der Bundesregierung zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik öffentlich im Vordergrund stehen, fällt es der SPD leicht, auf das wenig geliebte Transparenzgesetz zu verzichten, das eher ein Herzensanliegen der Grünen ist. „Derzeit gibt es für die weitere Beratung des IFG noch keinen Zeitplan“, bestätigt Dirk Inger, Sprecher des Innenministeriums. Den Anhängern der „Amtsverschwiegenheit“ kommt dabei zugute, dass auch die schon bestehenden Rechte in den vier Bundesländern kaum bekannt sind und bisher eher wenig genutzt werden. In Nordrhein-Westfalen ist die geplante Informationskampagne zur IFG-Einführung einer Haushaltssperre zum Opfer gefallen. Jörg Tauss, einer der wenigen SPD-Bundestagsabgeordneten, die sich für das IFG stark machen, hält die relativ geringen Antragszahlen deshalb nicht für ein zulässiges Argument, den Nutzen des Gesetzes infrage zu stellen. „Schließlich wird auch das Petitionsrecht nur von wenigen in Anspruch genommen und ist trotzdem ein unverzichtbares Freiheitsrecht“, so Tauss auf einer Tagung der Bertelsmann Stiftung.

Druck von außen notwendig

Für Thomas Leif vom „Netzwerk Recherche“ steht angesichts des schleppenden Verfahrens fest: „Der Druck muss von außen kommen, von den Journalistenverbänden und von Bürgerrechtsorganisationen. Die Verwaltung und die Politik allein kriegen diese überfällige Reform offensichtlich nicht hin.“

Manfred Redelfs ■
Leiter Recherche-Abteilung
Greenpeace

Soziales Desaster für Filmschaffende

Mit „Verhartzung“ kaum noch Anspruch auf Arbeitslosengeld

Die Hartz-Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes gestalten sich für die Filmschaffenden zu einem sozialen Desaster und entziehen der Filmbranche das Fundament qualifizierter Fachleute.

Denn sie wissen nicht was sie tun…! Wären Gerhard Schröder, Angela Merkel und Edmund Stoiber Filmschaffende, dann stünden sie ab 2004 ziemlich staunend vor ihrem Serviceberater der Arbeitsvermittlungsdienstagentur (ehemals Bundesanstalt für Arbeit). Dieser wird ihnen dann mitteilen müssen, dass ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld der Vergangenheit angehört. Diese Grausamkeit aus Berlin setzt neue Maßstäbe für den sozialen Kahlschlag bei den deutschen Filmschaffenden. Die Neuregelung nach § 123f SGB III beschert den Filmschaffenden die nackte Tatsache, dass sie in Zukunft weiterhin fleißig in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, aber nahezu keine Chance haben werden, jemals einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I zu erreichen. Verantwortlich für dieses soziale Desaster ist die Verkürzung der Rahmenfrist von drei auf zwei Jahre, in der ein Filmschaffender 360 versicherungspflichtige Beschäftigungstage nachweisen muss. Jeden zweiten Tag muss er im Durchschnitt beschäftigt sein. Dies erreichen nur die wenigsten, die sehr gut im Geschäft sind. Für die meisten Filmschaffenden liegen produktionsbedingt immer mehrere Wochen Arbeitslosigkeit zwischen den Filmen. An eine gesetzliche Sonderregelung glaubt hier niemand. Dennoch besteht im Vermittlungsausschuss die Chance zur Formulierung einer „Öffnungsklausel“ für eine entsprechende Verordnung, die einer Regelung für die Filmschaffenden Rechnung tragen sollte.

Weniger Versicherungszeiten

„Die Realität der Filmbranche weist mittlerweile eine tägliche Arbeitszeit von bis zu 14 Stunden und mehr auf, so dass, wie in Frankreich, eine aufs Jahr gerechnete Stundenzahl als Rahmenfrist getroffen werden müsste. Verschärft wird die Situation der immer kürzeren Drehzeiten dadurch, dass die Produktionsfirmen den Urlaubsanspruch ausbezahlen sowie Vor- und Nachbereitung teilweise überhaupt nicht mehr bezahlen“, kommentiert Olaf Hofmann vom verdi-Projekt connexx.av das brisante Thema. Die versicherungspflichtigen Zeiten schrumpfen dabei auf ein Minimum.

Folge der „Verhartzung“ der Filmbranche ist, dass alle auf Produktionsdauer Beschäftigten regelmäßig nur noch Anspruch auf das neue Arbeitslosengeld II (vermutlich Sozialhilfeniveau) haben werden. Hier kommt es aber zu einer Bedürftigkeitsprüfung, die für viele Filmschaffende bedeuten wird, dass sie ihre bisherigen Lebensversicherungen (LV) auflösen müssen. Dies ist dann der Fall, wenn der Rückkaufwert der LV den zulässigen Freibetrag pro Lebensjahr von € 200.– (im Gespräch sind hier wieder € 400.–) übersteigen. Filmschaffende werden darüber hinaus in andere Jobs vermittelt oder müssen aus existenziellen Gründen solchen nachgehen; der Filmbranche stünden sie dann ohne weiteres nicht mehr zur Verfügung.

„Wir brauchen jetzt das Wunder von Berlin“, bemerkt ein betroffener Filmschaffender ernüchternd. Die aktuelle Entwicklung zu dieser speziellen Problematik können interessierte Filmschaffende unter www.connexx-av.de weiter verfolgen.

Carl Christ ■

connexx.av
Die Vertretung von Medienschaffenden Privater Rundfunk, Film, Av-Dienstleistung und Neue Medien

Mail:
mail@connexx-av.de
Infoline
(0180) 266 63 99
Mehr unter:
www.connex-av.de

Betriebsräte unter Druck

Nachteile betrieblicher Bündnisse bei Tariffragen

Die von Union und Liberalen geforderten so genannten betrieblichen Bündnisse bergen für Betriebsräte und Arbeitnehmer Risiken. Wie schnell beispielsweise Betriebsräte in Extremsituationen auch heute schon unter Druck geraten können und dabei in Konflikt mit ihren betriebsverfassungsrechtlichen Aufgaben kommen, zeigt das Beispiel der Kirch Media.

Mitte Oktober unterzeichneten Geschäftsführung und Betriebsrat den dritten Interessenausgleich und Sozialplan, der die Kündigung von ca. 150 Mitarbeitern bis Ende 2004 vorsieht. Rund 80 Mitarbeiter sollen zur Restabwicklung des Unternehmens und dem avisierten Verkauf der übrig gebliebenen Filmrechte zunächst weiter beschäftigt werden. Der langjährige Standort in Ismaning wird aufgegeben. Der Betriebsrat sah sich bei den Verhandlungen großem Druck von Geschäftsführung und Belegschaft ausgesetzt. Nach bereits zwei ausgehandelten Sozialplänen, deren Abfindungen trotz unterzeichneter Verträge und Zusagen der Geschäftsführung und Insolvenzverwaltung bis heute nicht ausbezahlt wurden, war das Vertrauen der Mitarbeiter in die aktuellen Verhandlungsergebnisse zumindest gespalten. Seitens der Geschäftsführung wurden vor dem Hintergrund der Unumgänglichkeit der Betriebsstilllegung schnelle Verhandlungsergebnisse und weit reichende Kompromisse eingefordert. Unter diesen Bedingungen stimmte der Betriebsrat trotz intensiver und auch kontroverser Diskussionen letztlich der Entlassung von Mitarbeitern zu, die unter besonderem Kündigungsschutz stehen, u. a. von BR-Mitgliedern.

Diese Extremsituation, in der das Unternehmen vor der Schließung steht und es für den BR nur noch um Kündigungszeitpunkt, -ausgestaltung und Abfindungshöhe, nicht mehr aber um den Erhalt der Arbeitsplätze geht, belastet die BR-Mitglieder auch moralisch erheblich. Obwohl die Situation aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht recht eindeutig ist, sieht sich der BR zu einem anderen Entschluss gezwungen. Die Entscheidung des Betriebsrates ist kein Einzelfall, zeigt aber deutlich, dass eine Verhandlungssituation, in der eine der verhandelnden Parteien einem ungleich höheren und vor allem persönlichen Druck ausgesetzt ist, nicht Ziel einer starken Interessensvertretung in den Betrieben sein kann und darf. Auch wenn es in diesem Fall nicht um tarifliche Regelungen geht, zeigt er deutlich, wie kritisch und im Zweifelsfall nachteilig für die betroffenen Mitarbeiter betriebliche Bündnisse sein können. Petra Wienheller ■

ver.di-Preis für Israelin

Dokumentarfilm-Festival in Leipzig ohne Zukunft?

Das 46. Leipziger Festival brachte mehr Erfreuliches als Ärgernisse. Gab es im Vorfeld und auch während der sechstägigen traditionellen Veranstaltung viel Geraune um ihre Zukunft, so überzeugten doch die üppigen Filmtage von der Attraktivität und Kreativität der 1955 begründeten Filmwoche.

Der Vertrag von Festivalchef Fred Gehler, der in der brisanten Nachwendezeit die gestandene Woche in die Neuzeit rettete, läuft aus – und keine gleichwertige Nachfolge ist in Sicht. Natürlich ist da Gehler jedwede ideelle wie materielle Unterstützung „seines“ Festivals und dessen Zukunft willkommen, darunter der seit 1992 vergebene und mit 1.500 Euros dotierte ver.di-Preis. Der professionellen Jury, die über die Vergabe von Leipzigs Goldenen und Silbernen Tauben befindet, gehörte der Vorjahressieger Michael Gaumitz an, der für „Exil in Sedan“ die ver.di-Trophäre erhalten hatte. Neben dem obligaten Wettbewerb der Dokumentar- und Animationsfilme gab es ein lukratives Rahmenprogramm. Dazu zählten die beiden Retrospektiven „Peter Schamoni Filmstücke“, gewidmet einem der namhaftesten bundesdeutschen Filmemacher, und „Blick / Gegenblick“ mit Zelluloidarbeiten aus der einstigen Sowjetunion und über sie. Und da sich naturgemäß auf einem Festival die Angebote überlappen, hatten die ver.di-Juroren die Qual der Wahl, wobei alle vier Kollegen aus dem mitteldeutschen Raum stets pünktlich in den Dokumentarfilm-Wettbewerbsvorführungen saßen. Denn aus diesen 16 Wettbewerbsbeiträgen mit einer Laufzeit zwischen 6 und 133 Minuten war der Preisträger zu ermitteln. Nach bislang kaum gekannten kontroversen Debatten in einer ver.di-Jury angesichts eines ausgewogenen und mehrfach preiswürdigen Programms hieß die Preisträgerin: Tam Wishnitzer-Haviv. Die 33jährige israelische Regisseurin, studierte Psychologin und Filmwissenschaftlerin, legte mit ihrem knapp einstündigen „Leben für Land“ ihren ersten Dokumentarfilm vor. Und der ist – laut einhelliger Meinung der ver.di-Jury – sogleich ein rundum gelungenes Debüt. Die Regisseurin fuhr mit ihrem Team auf einen israelischen, von pälestinensischen Orten umgebenen Hügel. Sie wollte dort einen Film über beide Seiten drehen, doch die Palästinenser verweigerten sich ihr. Sie stieß auf eine israelische Siedlerfamilie, deren Sohn von der anderen Seite erschossen wurde. Der Vater war und wurde zunehmend zu einem Ultra, doch die Witwe und Schwiegertochter verweigerte sich dem Mythos um den Getöteten. Sie verließ schließlich mit ihren vier Kindern den brisanten Landstrich.

Die in einem berührenden, vielschichtigen und differenzierten Frauenporträt, zudem in eindringlichen Bildern vorgetragene Botschaft für Toleranz und Verständnis überzeugte die ver.di-Jury, und so bekam dieser Film ihren Preis. Als Tamar Wishnitzer-Haviv bei der Preisvergabe die Bühne betrat, gab sie sich überrascht und schüchtern – und war sichtlich überwältigt, auf diesem internationalen Festival gewürdigt zu werden. Vielleicht mit der Aussicht, im kommenden Jahr der „großen“ Jury anzugehören. Falls es diese Leipziger Institution noch gibt … Hans-Dieter Tok ■

Auszeichnung für den Debutfilm „Leben für Land“ von Tam Wishnitzer-Haviv

Foto: Dokfilm-Festival Leipzig

Abgekupfert oder Eigenprodukt?

Letzte Instanz weist Autorenklage in Urheberrechtsstreit ab

Wegen unerlaubter Verwertung seiner Texte, sprich „Abkupfern", schlug ein Autor den Rechtsweg ein. Neun Jahre nach Beginn des Urheberrechtsstreits, der in zwei Instanzen geführt wurde, wiesen Richter des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg die Klage ab. Die letztinstanzliche Entscheidung ist rechtskräftig (AZ: 3 U 192 / 00). Andere Gerichte können sich in Zukunft darauf stützen.

Anlass des Streits war das Buch „Die katholische Mafia", das der Züricher Studienleiter Matthias Mettner geschrieben und das im August 1993 der Hamburger Verlag Hoffmann und Campe herausgebracht hatte. Darin war die katholische Geheimorganisation Opus Dei das Hauptbeispiel für die katholische Mafia. Zahlreiche Medien, darunter auch „Publizistik & Kunst", der IG Medien (Nr. 12 / 1993, S.32), hatten einen „Skandal" erkannt, weil Mettner – in den Abschnitten über das Opus Dei – „wortwörtlich" aus Publikationen des studierten Theologen Peter Hertel, damals Redakteur für Religion beim NDR, abgeschrieben habe. Hertel ist international als Opus-Dei-Experte gefragt – auch von wissenschaftlichen Fachzeitschriften.

Nachdem Hoffmann und Campe ein Jahr lang jedwede Abschreibe geleugnet hatte, ließ Hertel Ende 1994 beim Hamburger Landgericht Klage einreichen. Bei der Schadensermittlung machte er geltend, dass der Verlag eine „Startauflage" von 20.000 Exemplaren angekündigt hatte. Flankiert durch eine riesige Werbekampagne u. a. in „Spiegel" und „Zeit" waren noch zwei weitere Auflagen hinzugekommen, so dass von mindestens 30.000 gedruckten Exemplaren auszugehen war. Doch vor Gericht gab der Buchverlag geringere Zahlen an. In einem Vergleichsvorschlag sprachen die hanseatischen Landesrichter, auf der Basis der neuen Zahlen, dem Kläger einen Schadenersatz in Höhe von 13.000 DM zu, bei gegenseitiger Aufhebung der Prozeßkosten. Der Verlag bot knapp 9.500 DM an, verlangte aber, Hertel müsse über den Vergleich schweigen. Doch der Theologe ließ wissen, er werde sich „auch nicht durch eine noch so hohe Zahlung" kaufen lassen.

Nun hatte ein vom Landgericht berufener Sachverständiger zu prüfen, ob und inwieweit Mettner vom „Kläger stammende Textpassagen / Sprachwerke" übernommen habe. In seinem 69-seitigen Gutachten kam der promovierte Theologe und Buchlektor Michael Lauble zu folgendem Ergebnis: Mettner habe „urheberische Leistungen" übernommen, und zwar „in ihrer konkreten sprachlichen Fassung". Dabei habe er „weithin durch nicht kenntlich gemachte Übernahmen den Eindruck" genährt, „er habe selbst in der Sache recherchiert". Er mache „seine Ausführungen über das Opus Dei im einzelnen unter weitgehender Nutzung von Hertels Gedankengang, Recherche und Quellenerschließung". Ganze Seiten stimmten inhaltlich und weitgehend wörtlich" mit Hertels Texten überein. Mettner setze sich nicht mit Forschungsergebnissen des Klägers auseinander, wie „speziell die umfangreichen Übernahmen aus Hertels veröffentlichten Recherche-ergebnissen, Dokumentensammlung und Gedankengang" deutlich werden ließen. Außerdem folge er weitgehend „dem Duktus der Hertelschen Darbietung von Dokumenten aus dem Opus Dei … Etwas Neues und Eigenes bietet er nicht". Zurückhaltend geschätzt, habe er ein „knappes Fünftel der Textmasse" von Hertel übernommen.

Kein „Maulkorb-Vergleich" akzeptiert

Nunmehr ließ das Gericht dem Kläger noch einmal den dringlichen „Rat" zukommen, den vorgeschlagenen „Maulkorb-Vergleich" zu akzeptieren. Doch der lehnte erneut ab. Die Quittung für seine Unbußfertigkeit folgte auf dem Fuß: Die drei Richter setzten sich über den Befund ihres Sachverständigen hinweg und wiesen die Klage ab. Sie sahen „zufällige Übereinstimmungen". Mettner behauptete, selbst übersetzt zu haben, und das Gericht ging davon aus, dass die gegenteilige Behauptung unbelegt sei. Soweit sich jedoch Übernahmen durch Mettner nicht leugnen ließen, erkannten die Richter erlaubte Einzelfälle oder Satzteile und Begrifflichkeiten, für die urheberrechtlicher Schutz nicht beansprucht werden könne.

Vor dem Oberlandesgericht beantragte der Kläger u. a., den Sachverständigen erläutern zu lassen, warum er zu einer grundsätzlich anderen Wertung als das Landgericht gekommen sei. Dazu erklärten die drei Oberrichter, die „insgesamt andere Bewertung", die sie mit den Landrichtern teilten, beruhe auf „rechtlichen Überlegungen". Eine Revision wurde abgelehnt. Doch der Sachverständige, der als langjähriger Verlagslektor über umfangreiche Kenntnisse im Urheberrecht verfügte, hatte in seinem Gutachten eine Verletzung des Urheberrechts dargelegt, meinte der Kläger. Schon deshalb sei es völlig unverständlich, warum sich das Hanseatische Oberlandesgericht innerhalb seiner fast dreijährigen Beratung die Gegenargumente des Sachverständigen nicht einmal erläutern lassen wollte.

Hans-Jürgen Hermel ■

Verklungenes jetzt gebunden

Auslandsrundfunk der DDR historisch aufgearbeitet und dokumentiert

Die Geschichte von Radio Berlin International, dem Auslandsrundfunk der DDR, dessen Sendungen mehr als 35 Jahre lang auf fünf Kontinenten zu empfangen waren, wird in einer Neuerscheinung bei Vistas aufbereitet. „Zur Funkstille verurteilt, meldet sich der Sender noch einmal zu Wort.", meint Autor Heinz Odermann programmatisch. Im Buch wird akribisch dokumentiert, was den Konkurrenten der „Deutschen Welle" auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs bis zu dessen Zerfaserung ausmachte: von der ersten Meldung der neuen Station – „Ici Berlin, la vox de la Républic Démocratic Allemande" - vom 15. April 1955 bis zur letzten Meldung über die Auflösung des Senders vom 25. September 1990. Im wörtlich abgedruckten letzten RBI-Kommentar wird die Botschaft der Solidarität betont, die der Sender „für den algerischen Befreiungskampf, für die Freiheit Chiles, für die Verteidigung Kubas und Nikaraguas, für das Recht auf Selbstbestimmung des arabischen Volkes von Palästina, für den Sieg des Afrikanischen Nationalkongresses … sowie den Kampf der internationalen Bewegung für den Frieden in dieser Zeit publizistisch" übermittelte. In den Programmen seien „Menschen mit ihrer Weltsicht vorgestellt" worden, große Namen von Patrice Lumumba über Che Guevara bis Salvator Allende, „die durch die Leidensgeschichte ihrer Völker gegangen sind". Hörerklubs in Südostasien, Afrika und Lateinamerika, aber auch Hörerpost – durchschnittlich 180 000 Zuschriften p. a. in den 80er Jahren –, Befragungen und zeitweilig ein mehrsprachiges RBI-Journal – all diese Instrumente zur Hörerbindung und zur Analyse stützen Schätzungen, dass der Sender zuletzt weltweit 54 Millionen Zuhörer hatte. Welche technischen Voraussetzungen das ermöglichten, welche Programmplanung und -struktur für den heterogenen Hörerkreis sich entwickelt hatten, welche Prinzipien und Tabus zielgerichteten Sendungen galten oder welche spezifischen Darstellungsweisen angestrebt wurden, all das erörtert Odermann ausführlich oder gibt im Anhang chronologische Überblicksdarstellungen. Den Enthusiasmus und die Arbeit der RBI-Akteure aus 29 Nationen zu würdigen, liegt ihm trotz gebotener Sachlichkeit der Darstellung besonders am Herzen.

neh ■

Heinz Odermann: Wellen mit tausend Klängen.
Geschichten rund um den Erdball in Sendungen des Auslandsrundfunks der DDR Radio Berlin International.
Vistas Verlag, Berlin 2003,
ISBN 3-89158-372-9, 268 Seiten, 15 Euro.

anzeige

Störaktion im Mobilfunknetz

Gespaltenes Moldawien in verhängnisvoller Isolation

Victalie Condratchi
von Radio Free Europe

Der schwelende innerstaatliche Konflikt zwischen der separatistischen Region Transnistrien und der moldauischen Zentralregierung legt seit September das Mobilfunknetz in Moldawien nahezu lahm. Kritischer Journalismus hat es im politisch gesteuerten Kommunikationsdesaster schwer.

Der Linienbus von Chisinau nach Odessa fährt unmittelbar am Zielrohr eines russischen Panzers vorbei, hält vor dem Schlagbaum. Streng dreinblickende Grenzbeamte in Militäranzügen und Springerstiefeln treten herein. Die Pässe der Reisenden werden kontrolliert, das „Eintrittsticket“ überprüft. Einige Passagiere müssen ins schäbige Grenzerhäuschen. Auch Vitalie Condratchi. Die Beamten checken peinlich genau, ob der moldauische Radiojournalist von Radio Free Europe tatsächlich eine Erlaubnis für eine Reportage in Tiraspol, Hauptstadt der separatistischen Provinz Transnistrien, eingeholt hat. Obwohl alle Papiere vorliegen, zieht sich das Prozedere bleiern hin. Erst als das schwarze Gabeltelefon klingelt, der muffelige Grenzer den Hörer abnimmt und die zuständige Stelle ihr Plazet gibt, kann es nach Abgabe einer „Eintrittsgebühr“ für umgerechnet 50 Cent weitergehen.

Nah am Bürgerkrieg

Die inländische Grenze zwischen Transnistrien und Rest-Moldawien ist absurdes Theater. Und doch bittere Realität in der Republik Moldawien, das sich 1991 von der früheren Sowjetunion unabhängig erklärte. Denn nur vier Jahre nach der Unabhängigkeit spaltete sich die östlich des Flusses Djnestr liegende und überwiegend von Russen bewohnte Region von Moldawien ab. Ein politischer Husarenstreich, der beinahe in einen Bürgerkrieg mündete; zudem drohte durch die pro-russische Haltung der in der Nähe von Tiraspol stationierten 14. Roten Armee ein komplizierter internationaler Konflikt auszubrechen.

Zwar konnte dies, nahezu unter Ausschluss der europäischen Öffentlichkeit, verhindert werden, doch ist der lähmende Status quo – zwei Länder in einem Staat – bis heute nicht überwunden worden. Ganz im Gegenteil, seit Anfang September belastet ein regelrechter „Handy-Krieg“ die vertrackten Beziehungen zwischen den postleninistischen Machthabern in Tiraspol und der kommunistischen Regierung in Chisinau. Weil die moldauische Seite auf der Frequenz des transnistrischen Mobilfunkanbieters Inter Djnestr Com einen digitalen Fernsehsender einrichten wollte, konterte man von Transnistrien aus mit einer Störaktion, die bis heute das Mobilfunknetz der moldauischen Telefongesellschaften

Aktion für Rehmat Shah Afridi

Zum Tode verurteilter pakistanischer Journalist wird nicht medizinisch behandelt

Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an:

The Home Secretary
of Punjab
The Home Secretary
_s Office
Punjab Civil Secretariat
Lahore
Punjab
PAKISTAN

Telefax:
00 92 – 42 – 921 17 32

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Kanzlei der Botschaft
der Islamischen Republik
Pakistan
S.E. Herrn Asif Ezdi
Schaperstraße 29
10719 Berlin

Telefax:
030 – 212 44 210
E-Mail:
pakemb.berlin@
t-online.de

Die Antwort aus dem Innenministerium des Bundesstaates Punjab in Pakistan war kurz und knapp: Rehmat Shah Afridi sei nicht in eine Klinik gebracht worden, teilte ein Beamter den Angehörigen des herzkranken Inhaftierten mit. Wegen des unzuverlässigen Gefängnisarztes sei ein anderer Arzt mit einer neuerlichen Untersuchung beauftragt worden. Seitdem haben die Angehörigen nichts mehr von offizieller Seite gehört.

Die Familie von Rahmat Shah Afridi ist in Sorge, weil sich dessen Herzleiden erheblich verschlimmert haben soll. Zudem hat er stark abgenommen. Trotz massiver Rückenbeschwerden wird ihm eine Matratze verweigert. Die medizinische Nichtversorgung widerspricht eindeutig internationalen Verträgen. In Artikel 22(2) der „UNO-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen“ heißt es unmissverständlich: „Für kranke Gefangene, die fachärztlicher Behandlung bedürfen, ist die Überführung in Sondervollzugsanstalten oder in zivile Krankenhäuser vorgesehen.“

Ohnehin ist der Fall des bereits im April 1999 festgenommenen Rehmat Shah Afridi undurchschaubar. Dem Herausgeber der englischsprachigen Tageszeitung „The Frontier Post“ und dem ebenfalls täglich in der Landessprache Urdu erscheinenden Blatt „Maidan“ wurde Drogenhandel vorgeworfen. Nach Kenntnis von amesty international gab es von Seiten der Anklagebehörden aber keine zwingenden Beweise für die Vorwürfe gegen Afridi. Trotzdem wurde der Journalist in einem unfairen Prozess im Juni 2001 zum Tode verurteilt. Das Rechtsmittel gegen das Urteil ist anhängig.

Zweifel an dem Urteil werden laut, weil Afridi in „Maidan“ kurz vor seiner Festnahme Artikel über korrupte Regierungsbeamte veröffentlicht hatte. Auch hatte er mutmaßliche Verbindungen zwischen Drogenfahndern des Militärgeheimdienstes ANF und Drogenschmugglern aufgezeigt. Für Freunde sind Festnahme, Anklage und Verurteilung politisch motiviert, um einen kritischen Journalisten mundtot zu machen.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Innenminister von Punjab und fordern Sie ihn auf, dafür Sorge zu tragen, dass Rehmat Shah Afridi in erforderlichem Maße medizinisch versorgt und in eine Fachklinik verlegt wird. Dringen Sie außerdem darauf, dass das Todesurteil gegen Afridi zügig in einem fairen Verfahren überprüft wird.

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Moldcell und Voxtel weitestgehend lahm legt. Mit der Konsequenz, dass nicht nur die Mobilfunkanbieter schwere Verluste seitdem zu verzeichnen haben, sondern durch fehlende Kommunikationsmöglichkeiten die ohnehin schon desaströse Wirtschaftslage im Land zwischen Ukraine und Rumänien weiter verschärft wird.

„Straße der Wahrheit"

Hinter der Grenze erreicht der Linienbus nach Odessa in nur zehn Minuten Tiraspol. Victalie Condratchi, der Meinungen von Passanten einfangen möchte, holt sich in der „Straße der Wahrheit" im heruntergekommenen Gebäude der transnistrischen Nachrichtenagentur „Olivia-Press" seine Akkreditierung für den Reportagejob ab. „Unglaublich, diese gespielt-erlogene Wirklichkeit hier", bricht es aus dem 25-jährigen Radio-Redakteur heraus. „Die schreiben doch tatsächlich ins Dokument hinein, dass es meine Absicht sei ‚Licht' in die politischen Ereignisse Transnistriens bringen zu wollen."

Vor dem Regierungsgebäude von Transnistrien, direkt unter der monumentalen Lenin-Statue, packt der Journalist sein Mikrofon aus. Doch bevor er einen Passanten interviewen kann, wird er von Sicherheitskräften aufgefordert, den Platz zu verlassen. „Ich bin seit Jahren nicht mehr hier gewesen", erzählt Condratchi, „aber hier hat sich seitdem nichts verändert, es ist genau die Stimmung, die mich an die Sowjetzeit erinnert. Es ist so, als ob hier die Zeit stehen geblieben ist."

Nach drei Stunden mühsamer Interviewarbeit und einem Band voller O-Töne steigt Condratchi wieder in den Bus, der ihn nach Chisinau zurückbringt. „Zwar gehen die Meinungen hier ziemlich auseinander, aber gerade die jüngeren Leute wollen, dass die Politik endlich den aktuellen Konflikt löst und auch die Parallelexistenz von zwei Ländern in einem Staat zum Vorteil aller beendet wird", fasst er die Haltung der gefragten Passanten zusammen.

Allerdings scheinen politische Lösungen noch in weiter Ferne zu sein. Dies liegt nicht zuletzt an der geopolitisch so äußerst schwierigen Lage von Moldawien, das sich in der ersten Dekade nach der Unabhängigkeit zudem nicht entscheiden konnte, wohin es außenpolitisch eigentlich steuern will. So fuhren die bisherigen Regierungen in Chisinau einen widersprüchlichen Kurs zwischen pro-europäischen und pro-russischen Positionen, bei dem der 4,5 Millionen Einwohner zählende Staat ohne direkten Zugang zum Meer mehr und mehr in eine verhängnisvolle Isolation hineingeriet. Einerseits bestehen in absehbarer Zeit keine Chancen, der EU beizutreten und andererseits wird Moldawien auch nicht von Russland, Ukraine, Weißrussland und Kasachstan eingeladen, wenn es um einen neuen östlichen Wirtschaftsverbund geht.

Erschwerend kommt hinzu, dass die moldauische Wirtschaft sich strukturell immer noch nicht vom Zusammenbruch der Sowjetunion hat erholen können. So ist Moldawien mit einem Rentenniveau von 17 € pro Monat wohl das ärmste Land Europas, in dem nach der diesjährigen Missernte im kommenden Winter sogar eine Hungersnot drohen könnte. Sicherlich ist die anhaltende wirtschaftliche Misere auch Schuld daran, dass der Demokratisierungsprozess in vielen Bereichen ins Stocken geraten ist. Die Korruption ist allgegenwärtig und die regierende kommunistische Partei unter dem Vorsitz vom Präsidenten Voronin hat nicht die Kraft und wohl auch nicht die Absicht, den Demokratisierungsprozess wieder zu beschleunigen. Das spüren auch die Medien im Lande, die zwar de jure Pressefreiheit genießen, allerdings de facto durch die restriktive Öffentlichkeitsarbeit der aktuellen Regierung nur unter erschwerten Bedingungen aufklären können. „Wir können senden, was wir wollen", sagt Vitalie Condratchi und erklärt im gleichen Atemzug wieso: „… weil wir ein amerikanischer Sender sind." So strahlt Radio Free Europe mit der Zentrale in Prag in 29 Sprachen ihre Programme in osteuropäische und zentralasiatische Länder.

Zensierte Information

Die Redaktionsdependance von Radio Free Europe in Chisinau besteht aus einer Handvoll Kollegen und produziert täglich ein einstündiges Redaktionsprogramm in moldauischer Sprache zu politischen und wirtschaftlichen Themen. Dabei ist die unabhängige Stimme von Condratchi und seinen Kollegen ungemein wichtig, da Regierung und Ministerien ihr Positionen und Absichten in der Regel nur zensiert der Öffentlichkeit unterbreiten. Statt öffentliche Pressekonferenzen zu veranstalten, auf denen kritische Fragen gestellt werden könnten, lanciert die Regierung opportune News im Parteiorgan Communist oder im staatlichen, von der Regierung gesteuerten Fernsehen Moldova 1. Diese gesteuerte Informationspolitik verschleiert dabei auch im aktuellen „Handy-Krieg" die objektiven Hintergründe des Konflikts.

Dierk Jensen ■

Irak-Report erschienen

Eine umfassende Dokumentation über die Journalisten im Irak-Krieg hat die Internationale Journalisten-Förderation (IFJ) herausgegeben. Der 50 Seiten starke Bericht „Justice denied on the road to Bagdad" ist bisher ausschließlich im Internet verfügbar. Das pdf-Dokument zum Downloaden gibt es auf der Homepage www.iFj.org/pdfs/iraqreport2003.pdf.

Rangliste Pressefreiheit

Nordkorea und Kuba sind die Schlusslichter in der Rangliste zum Grad der Pressefreiheit, die von Reporter ohne Grenzen veröffentlicht wurde. Untersucht wurden 164 Länder. Allein acht der zehn untersten Plätze belegen asiatische Staaten. In Laos, China, Vietnam, Iran oder Turkmenistan stehen Medien unter strenger Kontrolle. Journalisten, die sich nicht an die staatlich verordneten Vorgaben halten, riskieren Verhaftung, Gefängnisstrafen oder die Flucht ins Exil. Die EU-Anwärter Litauen, Estland und Lettland befinden sich unter den ersten Zwanzig. Als Musterbeispiele für Pressefreiheit gelten die skandinavischen Länder. Deutschland nimmt den achten Rang ein. ■

Foto: Karin Desmarowitz / agenda

Blick ins Ministerium für Informationspolitik in Tiraspol.

Foto: Playboy Deutschland Publishing GmbH

Hugh Heffner, Gründer des „Playboy"

Das Nacktmagazin des Vaters – der „Playboy"

Umstrittene „Avantgarde-Publikation der sexuellen Revolution"

Der „Playboy" wird im Dezember 50 Jahre alt. Kritiker sagen, er sei nach all den Jahren altmodisch und hausbacken geworden, eine Karikatur seiner selbst, längst überholt von den flotten Männermagazinen der Moderne. „Er ist irrelevant geworden", sagt John Warner, der an der Universität Virginia Kommunikationswissenschaften lehrt. „Die jüngeren Männer sagen, dies ist das Nacktmagazin meines Vaters, aber nichts, was für die heutige Gesellschaft wichtig wäre".

Damit lag Daryl Hannah mit ihrer Beschwerde ganz im Trend: Als die US-Schaupielerin, die mit dem neuen Quentin Tarantino Schocker „Kill Bill" ein Hollywood-Comeback gestartet hat, ihre Nacktaufnahmen in einer der letzten „Playboy"-Ausgaben sah, erwog sie, den Klassiker unter den Nacktmagazinen zu verklagen. Hannah sei mit den Bildern „überhaupt nicht glücklich", sagte eine Sprecherin. Tatsächlich wirkte vor allem das Titelbild – in dem Hannah verträumt vor sich hin starrt, die nackten Brüste eingehüllt in weiches Licht und zart verdeckt von ihrem blonden Haar – wie eine Kreation aus den 70er Jahren.

Dabei galt die Publikation des „Playboy", als er 1953 zum ersten mal erschien, als eine Art Revolution in Amerika. Die USA in den 50ern war die Heimat der Prüderie. Die einzigen nackten Körper, die man jemals auf Papier zu sehen bekam, erschienen in Nudisten-Magazinen der Nackt-Körper-Kultur, und diese mussten nicht unbedingt einem gewissen ästhetischen Standard genügen. „‚Playboy' gab den Amerikanern einen Eindruck davon, dass Frauen ohne Kleider nun mal in unser Leben gehören", sagt Buchautor Gay Talese („Thy Neighbor's Wife"). „Das war damals ein dickes Ding, und anfänglich war dies der Beitrag von ‚Playboy' zur Popkultur".

Die Anfänge des Magazins sind heute legendär: Hugh Hefner, damals ein 27-jähriger Journalist in Chicago, borgt sich 8.000 Dollar zusammen, kauft sich für 500 Dollar die Rechte an Aufnahmen von Marilyn Monroe, und schnipselt auf seinem Küchentisch die erste Ausgabe des Herrenmagazins, das die Welt erobern sollte, zusammen. Das Heft verkaufte sich 50.000 mal. Fünf Jahre später war es eine Million.

Zehn Jahre später war aus „Playboy" ein internationales Imperium geworden mit dem berühmten Bunny Logo und den Bunny Clubs, in denen attraktive junge Frauen mit langen Beinen, Hasenohren und Puschelschwanz ihren betuchten Kunden Drinks servierten, und Entertainer wie Frank Sinatra die Musik dazu machten. Heute gibt es Playboy-Magazine in Deutschland, wo die Hefner-Kreation 1972 als erstes Auslandsbusiness landete, sowie in Brasilien, Bulgarien, Kroatien, der tschechischen Republik, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Mexiko, Holland, Polen, Rumänien, Slowakei, Spanien und Taiwan.

Süße Mädchen von Nebenan

Hefner gelang mit dem Konzept ein Geniestreich: Die Frauen wurden nie als billig zu erwerbende Wegwerfware dargestellt, sondern als idealisiertes Fantasiegebilde des süßen Mädchens von Nebenan. Dem berühmten Centerfold, der doppelt gefalteten Ganzkörperaufnahme des „Playmate des Monats", wird bis heute eine kleine Story beigelegt, in dem sie über ihre Hobbies und ihre Familie Auskunft gibt, und was sie an- und abtörnt. Zu den häufigsten genannten Turnons gehört zum Beispiel „essen", bei den Turn-offs taucht oft „früh aufstehen" auf.

Weil das Heft auf ein gut verdienendes Publikum aus Geschäftsmännern und politisch interessierten Zeitgenossen zugeschnitten war, enthielten die Playboy-Ausgaben außerdem Interviews mit Intellektuellen wie Albert Schweitzer, Marshall McLuhan oder Henri Kissinger und Kurzgeschichten der A-Liste zeitgenössischer Autoren wie Norman Mailer, John Updike oder T.C. Boyle. „Alle Top-Autoren der vergangenen Generationen wollten im Playboy stehen, es war gut bezahlt und gute PR", sagt John Warner. „Aber es besitzt heute nicht mehr dieselbe kulturelle Bedeutung".

Hugh Hefner stellt den „Playboy" gern noch heute als Avantgarde-Publikation der sexuellen Revolution dar, was ihm von religiösen Gruppen und etlichen Feministinnen der 60er Jahre regelmäßig streitig gemacht wurde. „Ich wollte einfach nur die Botschaft vermitteln, dass auch brave Mädchen Spaß an Sex haben", gab er dutzende male zu Protokoll. Hefner selbst, der bis heute Interviews im Smoking gibt, galt als Verkörperung des Lebemannes, der den Lifestyle der offenen Beziehung lebte. Einige

Neue Springer-Zeitung in Polen

Das polnische Tochterunternehmen der Axel Springer AG, Axel Springer Polska, hat seit dem 22. Oktober eine neue, moderne Kauftageszeitung unter dem Namen „Fakt". Chefredakteur der über 120 Personen starken Redaktion ist Grzegorz Jankowski, 34, der zuvor als stellvertretender Chefredakteur von „Newsweek Polska" tätig war. Mit „Fakt" hat Springer in diesem Jahr bereits den sechsten Titel im Ausland neu herausgegeben. ■

Aus für unabhängige Zeitung in Simbawe

In Simbabwe ist die einzige unabhängige Zeitung des Landes, „The Daily News", seit dem 12. September geschlossen worden. Polizisten stürmten das Büro und besetzten die Redaktion. Computer und andere Arbeitsgeräte wurden abtransportiert. Mehrere Journalisten und Fotografen wurden vorübergehend festgenommen.
Die vor vier Jahren gegründete Zeitung „The Daily News" galt als Sprachrohr der Kritiker von Präsident Robert Mugabe, der seit 23 Jahren mit harter Hand regiert. Dem Blatt wurde vom Obersten Gericht vorgeworfen, gegen die Mediengesetze des südafrikanischen Landes verstoßen zu haben. In der Tat hatten sich die Herausgeber der „Daily News" bisher geweigert, einen Lizenzantrag bei der staatlichen Medienkommission einzureichen. Das Pressegesetz macht ihrer Meinung nach eine freie Berichterstattung unmöglich. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, die Grünen-Politikerin Claudia Roth, sprach von einer „Gleichschaltung der Medien in Simbabwe" und kritisierte die „Strategie der Unterdrückung" durch Präsident Mugabe. hg ■

Zensur in Niger durch Lizenzentzug

Im westafrikanischen Staat Niger haben die Behörden mindestens zehn unabhängigen Rundfunksendern Ende September die Lizenz entzogen. Als Begründung wurden formale Gründe angegeben. Weil die Radiostationen trotzdem weiter sendeten, wurden Anfang Oktober drei von ihnen von der Polizei gewaltsam geschlossen. Die Redakteure wurden gezwungen, ihre Arbeit einzustellen. Betroffen von den Zensurmaßnahmen sind „Alternative", „Saranounia FM" und „Bitinkodji FM". Die Reporter ohne Grenzen forderten die Regierung in Niamey auf, den Sendebetrieb sofort wieder zuzulassen und die Medien des Landes nicht länger zu drangsalieren. hg ■

der Playmates, wie Pamela Anderson, Anna Nicole Smith oder Carmen Electra wurden weltberühmte Schauspielerinnen, Models – und Millionärinnen. Auf dem Höhepunkt seiner Existenz verkaufte sich der US-„Playboy“ in der November-Ausgabe 1972 über sieben Millionen mal. Heute liegt die Auflage in den USA bei 3,1 Millionen und international bei insgesamt rund 4,5 Millionen.

Doch „Playboy“ hat längst ernsthafte Konkurrenz bekommen: Mit dem Abbau sexueller Tabus und leicht erhältlicher pornografischer Ware, sowohl in Magazinform wie auch im Internet, wurde das Heft in Sachen Nackheit beinahe obsolet. Darüber hinaus schafften in den 90er Jahren die sogenannten „Lady“-Magazines wie „Maxim“ oder „FHM“ den Sprung aus England über den Teich und zogen die Männer der jüngeren Generation in ihren Bann. Gemeinsam mit „Stuff“, das ein ähnliches Konzept besitzt, erreichen die drei Blätter eine Auflage von rund fünf Millionen – und anders als bei „Playboy“ mit seinem alternden Publikum besteht die Leserschaft hier aus der begehrten Zielgruppe der 18 bis 35-Jährigen.

Die drei Newcomer und ihre Klone bedienen sich nicht mehr der Fantasie vom unschuldigen Mädchen nebenan, sondern geben sich praktischer: Neben extrem dünn gekleideten Models, die sich jedoch niemals völlig entblättern, geht es vor allem um Bier, Sport und Unterhaltungselektronik. „Ein echter Maxim-Mann ist entweder fabelhaft reich oder hat ein extrem hohes Kreditkarten-Limit, um sich auch all die Plasma-Fernseher und Videogame-Systeme kaufen zu können“, sagt Warner. Und er weiß Bescheid, wie man ein heißes Babe aufreißt, denn „Maxim“ gibt regelmäßig Tipps über die besten Anmach-Maschen.

Sprung aus dem Flugzeug

Unter Zugzwang von der Konkurrenz versucht nun auch „Playboy“, sich dem Bild des neuen jungen Mannes anzupassen. Arthur Kretchmer, der das Magazin 30 Jahre lang betreute, gab die Chefredaktion im vergangenen Jahr an den früheren Chef von „Maxim“, James Kaminsky, ab – mit sichtbaren Resultaten. „Es ist lebhafter als bisher“, urteilt Susan Posnock, leitende Redakteurin bei dem Fachblatt „Folio“, einem Magazin über das Magazinbusiness. Ähnlich wie bei der Konkurrenz gibt es jetzt weitaus mehr Kästen, kurze Tipp-Leisten etwa in Sachen Videospiele und ein flotteres Design. „Kaminsky versucht es ein bisschen weniger seriös und humorlos zu machen, es nicht nur als reines Männermagazin erscheinen zu lassen, und er verstärkt gleichzeitig die journalistische Komponente“. So lief in der neuen Ausgabe eine lange Reportage über den größten Einzelhandelskonzern der Welt, Wal-Mart, der auf Druck religiöser Gruppen hin sämtliche Männermagazine von seinen Regalen verbannt hat.

Doch Kaminsky versucht nicht, das Rad neu zu erfinden. „Fotos von wunderschönen Frauen sind nach wie vor sehr wichtig“, gibt er in „Folio“ zu Protokoll. „Wenn die Nacktheit jemals aus Playboy verschwinden sollte, dann stirbt er“.

Dennoch empfiehlt Posnock den Machern, weitere Reformen vorzunehmen. „Die Cartoons sind unerträglich dümmlich – wahrscheinlich steckt Hefner dahinter, dass sie immer noch da sind“, vermutet die Fachredakteurin. Auch die Machart der Nacktaufnahmen muss ihrer Ansicht nach dringend moderner werden: „Fotografiert die Mädchen nicht immer nur am Strand oder am Swimming Pool – lasst sie von mir aus aus einem Flugzeug springen“, schlägt Posnock vor. Was „Playboy“ wirklich zu den Auflagen der Vergangenheit zurück verhelfen würde, wären Nacktaufnahmen der großen Filmstars wie Julia Roberts oder Nicole Kidman. Doch die Chancen, dass dies jemals passiert, sind minimal – auch wenn sich die eine oder andere in ihren Filmen ohne Top aufnehmen lässt.

Doch obwohl das Magazin noch heute das Vorzeigeprodukt des Playboy Konzerns ist, was die Einnahmen angeht wurde das Magazingeschäft längst ausgestochen von den neuen Medien Fernsehen und Internet. „Playboy Enterprises“ versteht sich als internationaler Unterhaltungskonzern und betreibt neben seinen fünf internationalen Online-Ventures (Deutschland, Korea, Niederlande, Taiwan, Brasilien) die beiden TV-Kanäle Playboy-TV und Spice-TV, sowie ein Video- und DVD-Business, das Magazingeschäft und eine Lizenzabteilung, die sich um das internationale Branding kümmert. Auch die Playboy Radioshow, die auf dem Satellitenbetreiber XM Radio ausgestrahlt wird, fährt ein Zubrot ein.

Die Chefin des Unternehmens ist Christie Hefner, Tochter des Gründers, unter deren Regentschaft der weibliche Anteil der gesamten Firma auf 51 Prozent angewachsen ist. Der Beitrag des „Alten“ ist es noch immer, Monat für Monat, die Playmates auszusuchen. Ihre Funktion liegt eher auf dem geschäftlichen, wie eine Sprecherin schildert.

Sogar eine „Playboy Foundation“ ging aus dem Vermögen des Nacktkonzerns hervor: Seit seiner Gründung im Jahre 1965 vergab die Stiftung 16 Millionen Dollar an Filmemacher und Bürgerrechtsorganisationen, die Anliegen wie sexuelle Aufklärung, ungehinderte Meinungs- und Redefreiheit oder Homosexualität zum Thema haben.

Fotos: Playboy Deutschland Publishing GmbH

Das Titelblatt des ersten „Playboy“ im Dezember 1953

Reform braucht Zeit

Kritiker glauben, dass eine wahre Reform des Klassikers allerdings erst mit dem Lauf der Zeit möglich ist: „Das größte Problem von ‚Playboy‘ ist sein Gründer“, schreibt unter anderen der „Orlando Sentinel“. Doch wie so oft sind die Medien kritischer mit Popstars als die Öffentlichkeit. Denn der 77-Jährige, der es 1967 sogar auf das Cover des „Time“-Magazins schaffte, ist eine Ikone der zeitgenössischen Kultur. Er taucht noch heute in zahlreichen Filmen, Soap Operas und Popsongs auf – und erschien in seiner Cartoon-Version auch schon in der TV-Reihe „The Simpsons“.

Folio-Redakteurin Posnock glaubt nicht, dass Hefner das Hauptproblem ist. „ ‚Playboy‘ kann auch weiterhin die Idee vertreten, dass sexuelle Freiheit und progressive Politik wichtig sind – aber eben nicht mehr im Stil der 70er Jahre“, glaubt sie. „Und um das zu erreichen muss Hefner nicht unbedingt verschwinden. Im Gegenteil: Er mag der Grund dafür sein, dass ‚Playboy‘ nicht allzu sehr in die pornografische Ecke abdriftet“.

Gerti Schön ■

Foto: Playboy, USA

Jim Kaminsky führt den Playboy seit letztem Jahr

Appell an Entführer

Neun Journalisten, die selbst einmal Geiseln waren, haben an die Entführer von Ali Astamirow appelliert, den in Inguschetien entführten Kollegen freizulassen. In dem offenen Brief, den Reporter ohne Grenzen initiiert hat, wird gleichzeitig der russische Präsident Wladimir Putin aufgefordert, sich persönlich für die Freilassung von Astamirow einzusetzen und dabei das Leben des AFP-Korrespondenten nicht zu gefährden. Ali Astamirow war am 4. Juli in der Nähe von Nasran (Inguschetien) entführt worden. Wo er sich befindet und ob er überhaupt noch lebt, weiß nicht einmal seine Familie. wen ■

Ungesühnte Morde

Bei zwei Anschlägen hatte der Radiojournalist Juan Porras Pala Glück. Am 6. September jedoch wurde Pala von Kugeln tödlich getroffen. Zwei Unbekannte hatten das Feuer auf ihn eröffnet, als er das Haus eines Freundes in Davao auf der philippinischen Insel Mindanao verließ.

Obwohl Leibwächter ihn zu schützen versuchten, hatte der Journalist keine Chance. Im April noch hatten die Sicherheitsbegleiter die Angreifer in die Flucht schlagen können. Pala vermutete Polizisten hinter dem Anschlag vom Frühjahr. Den Grund für die Bedrohung sah er in seiner Arbeit: In einer täglichen Sendung im Rundfunksender dxGO kritisierte er Lokalpolitiker genauso wie kommunistische Rebellen. Die Zahl seiner Feinde war groß. Die Mörder des Journalisten Pala und ihre Hintermänner dürften im Dunkeln bleiben. Nur selten wurden bisher in vergleichbaren Fällen Verdächtige vor Gericht gestellt.
„Die Philippinen sind für Journalisten eines der gefährlichsten Länder der Welt", hält Robert Ménard, Generalsekretär der „Reporter ohne Grenzen" fest. „Mörder von Medienvertretern kommen in der Regel ungestraft davon. Die Straflosigkeit ermutigt die Auftragskiller und deren Auftraggeber, jene Journalisten, die sich nicht einschüchtern lassen, aus dem Weg zu räumen", kritisiert er. Schriftlich forderte er jetzt José D. Lina, den Innenminister in Manila, dazu auf, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und den bedrohten Journalisten Schutz zu garantieren. Denn Pala war bereits der sechste Pressevertreter, der seit April dieses Jahres ermordet wurde. Seit 1986 sind sogar schon 42 Medienschaffende bei der Ausübung ihres Berufes getötet worden.

Unbequeme Recherchen über Lokalpolitiker

So wie Rico Ramirez, der ebenfalls auf Mindanao erschossen wurde. Am 20. August, also nur wenige Wochen vor dem Mord an Juan Pala, postierten sich die Schützen einige hundert Meter vom Gebäude des Rundfunksenders dzSF entfernt. Sie trafen Ramirez tödlich in den Rücken. Für Wellen-Chef Max Tutor steht fest, dass seinem Kollegen die kritischen Reportagen über örtliche Drogenhändler und mafia-ähnliche Aktivitäten zum Verhängnis wurden.Auch bei Apolinario Podeba, Bonifacio Gregorio und Noel Villarante gehen die „Reporter ohne Grenzen" davon aus, dass ihre Ermordung mit unbequemen Recherchen über Lokalpolitiker zusammenhängen. Bei John Villanueva vermuten die Behörden, dass seine mutmaßliche Mitgliedschaft in einer kommunistischen Rebellengruppe Ursache für den Mord war. Tatverdächtige wurden bislang nur in zwei Fällen ermittelt. Es gibt Hinweise, dass Polizisten selbst in die Mordserie verwickelt sein könnten. Ohne eine Aufklärung der Morde und eine Bestrafung der Täter so die übereinstimmende Meinung der „Reporter ohne Grenzen" und philippinischer Menschenrechtsorganisationen kann es keine Sicherheit für Journalisten im Land geben. Für sie ist es dringend Zeit zum Handeln, um weitere Morde zu verhindern. Von Einschüchterungsversuchen, Morddrohungen und gescheiterten Anschlägen berichten jedenfalls weitere Journalisten auf den Philippinen. Harald Gesterkamp ■

Seminare/Tagungen

Journalismus aktuell

APB, Tutzing. 8. bis 12. Dezember: Alles was Recht ist – Medienrecht und Justizberichterstattung.

Journalistische Themen

ABZV, Bonn. 1./2. Dezember: Der Haushalt der Gemeinde.
APB, Tutzing. 1. bis 4. Dezember: Klimawandel – Die verdrängte Gefahr. 5./6. Dezember: Die USA – ein fremder Freund?
BZ/dju, Nürnberg. 12. Dezember: Irak – Die neue Ordnung.
JSR, Essen. 12. Januar: Mobilfunk Pro und Kontra. 20. Januar: Kommunal- und Europawahl. 27. Januar in Erfurt: Stimmen und Stimmungen – Wahlverfahren und Meinungsforschung.
KLARA, Berlin. 1. bis 3. Dezember: Schreiben und Fotografieren. 9. bis 12. Dezember: Wissenschaftsjournalismus. 19./20. Februar: Grundlagen Wirtschaft.
MH, Hamburg. 30. Januar bis 1. Februar: Einführung in den Reisejournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 7. bis 9. Januar: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 2./3. Februar: Kleintexte für Zeitungen. 9. bis 13. Februar: Sprache und Redigieren für Zeitungen. 16. bis 20. Februar: Sprache und Redigieren für Fachzeitschriften.
ABZV, Bonn. 15./16. Dezember in Stuttgart: Interviewtechnik. 17./18. Dezember in Stuttgart: Nachrichtenauswahl und Kommentar.
JA, München. 5./6. Januar: Headlines, Teaser, Nachrichten.
JHB, Hagen. 1. bis 5. Dezember: Feature. 26. bis 29. Januar: Recherche. 2. bis 5. Februar: Interviewtraining. 23. bis 25. Februar: Nachrichtentraining.
JSR, Essen. 15. Januar in Erfurt: Zum Lesen verführen. 4. Februar: Routine-Themen renovieren. 16. bis 18. Februar: Interview-Training. 26. Februar: Nachrichten auf den Punkt gebracht.
KLARA, Berlin. 12./13. Januar: Sachtexte erarbeiten. 22./23. Januar: Kommentar und Glosse. 2. bis 4. Februar: Schreibgrundlagen für Fachredakteure. 5. bis 7. Februar: Redigieren. 10./11. Februar: Flow, Stilistik, Rhetorik. 26./27. Februar: Schnell schreiben.
MH, Hamburg. Ab 28. Januar an sieben Mittwochabenden: Schreibwerkstatt-Grundkurs/Einführung in den Journalismus. 2./8./14. Februar: Recherchetraining.

Journalismus online

EMA, Berlin. 4./5. Dezember: Online-Recherche für Wissenschaftsjournalisten.
JA, München. 1. bis 5. Dezember: Skriptsprachen verstehen, Skriptprogramme gestalten. 10. bis 12. Dezember: Einstieg in die Webgrafik mit GIMP.
JHB, Hagen. 5. bis 9. Januar: Aufbauseminar Online-Journalismus. 9. bis 11. Februar: Schreiben fürs Internet.
WOMAN, Frankfurt. 3./4. Dezember: Texte webgerecht schreiben und präsentieren (I).
11./12. Dezember: Themen und Specials im Netz (III).

Fotografie

ABP, München. 25. bis 27. Februar: Photoshop.
JA/dju, München. 31. Januar in Nürnberg: Digitale Fotografie.
14. Februar: Bildbearbeitung mit Photoshop.
KLARA, Berlin. 1. bis 5. Dezember: Fortbildung zum Bildredakteur.

Hörfunk

JA/dju, München. 13. Dezember: Das Interview. 16. Dezember: Digitaler Schnitt.
DHA, Dortmund. 1./2. Dezember: Interview-Training/Basis.
4./5. Dezember: Coaching III – Der Schritt zum „Star" (Selbst-Marketing).
7. bis 9. Dezember: Workshop Nachrichten-Training. 12./13. Januar: Zwischen den Zahlen lesen – Workshop Wirtschaftsberichterstattung.
15./16. Januar: Was passiert da wohl als nächstes – Moderationstraining.
20./21. Januar: Airchecks und konstruktives Feedback.
31. Januar bis 1. Februar: Tricks und Kniffe zur Hörerbindung.
2. bis 7. Februar: Live On Air – Radiotraining (für Volontäre und Jungredakteure).
KLARA, Berlin. Hörfunk für Print-Journalisten.
MAK, Köln. 12./13. Dezember: Moderationstraining.
MH, Hamburg. 1. bis 5. Dezember: Einwöchige Radio-Feature-Werkstatt (auch für Print-Journalisten). 6./7. Dezember, 10./11. Januar bzw. 17./18. Januar: Sprechtraining. 24./25. Januar: On Air/Hörfunk-Moderationstraining. 20. bis 22. Februar: Einführung in den Sportjournalismus.
NA, Hamburg. 4./5. Dezember: Texten fürs Web – Teasing, Hyperlinking und Website-Usability.
MR, Köln. 11. Dezember in Bergisch-Gladbach: Air Check. 12./13. Dezember in Bergisch-Gladbach: Studiogespräch.
NPR, Berlin. 22. Januar bis 19. Februar: Praxisseminar Hörfunk an fünf Donnerstagabenden. 31. Januar/1. Februar: Kiezreporter. 10./11. Februar: Sprechtechnik. 17./18. Februar; Spre-

Seminare/Tagungen

chen und Moderieren. 25./26. Februar: Nachrichten im Hörfunk.

Volontäre

JSR, Essen. 1. bis 5. Dezember: Grundseminar Reportage. Grundseminar Markt, Mächte, Medienpolitik. 2. bis 6. Februar in Essen und Brüssel: Grundseminar Politikberichterstattung am Beispiel EU-Erweiterung. 9. bis 13. Februar: Grundseminar Justizberichterstattung.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 5./6. Februar: Konfliktmanagement für Führungskräfte. 25. bis 27. Februar: Gesprächsführung und Diskussionsleitung.
AFP, Hamburg. 3. bis 5. Dezember: Rhetorik.
COP, Köln. 22./23. November: Vom Beruf zur Berufung – Seminar für berufliche Neuorientierung.
1. Dezember: Selbst-PR durch authentische Souveränität/ Coaching mit Dream Guidance.
1. bis 17. Dezember an 3 x 3 Tagen: Handlungsstark durch Kompetenz und Selbstvertrauen (gefördertes Einzel-Training für erwerbslose Kommunikations- und Medienschaffende).
9./10. Januar: Erfolg durch mentale Navigation – Coaching in Kommunikation, Selbstmanagement und -marketing.
2./3. Februar: Coaching mit Dream Guidance – Seminarangebot für Frauen in Veränderung.
EFIFF, Oberhausen. 13./14. Dezember bzw. 28./29. Februar: Medienrecht, Sozialversicherung, Urheberrecht, Online-Recht.
JA, München. 12. bis 15. Januar: Bewerbungstraining. 21./22. Januar: Berufliche Zusammenarbeit erfolgreich gestalten.
KLARA, Berlin. 13. bis 16. Januar: Erfolgreich führen. 27./28. Januar: Organisation und Qualitätssicherung. 12./13. Februar: Körpersprache in der Praxis.

Film & TV

ABP, München. 7. bis 9. Januar: Fernsehbeiträge texten.
AFP, Hamburg. 15./16. Dezember: Business TV.
BJF, Frankfurt. Anfang Dezember: Seminar Film-Moderation.
BZ, Nürnberg. Ab 14. Januar an fünf Abenden: Workshop Drehbuchschreiben. 23. bis 25. Januar: Ein Spielfilm entsteht. 30. Januar bis 1. Februar: Ein Dokumentarfilm entsteht.
DWH, Hamburg. 16. bis 18. Januar: Struktur filmischer Erzählungen und Plotentwicklung.
23. bis 25. Januar: Powered by Emotion – Wie man beim Zuschauer Emotion erzeugt. 20. bis 22. Februar: Dialoge – Wie transformiert man die gesetzten Fakten einer Szene in Handlungen und Dialoge?
FHF, Frankfurt. 12. bis 14. Dezember: Theorie im kreativen Drehbuchschreiben. 9. bis 11. Januar: Kein Thema – Findung und Fixierung von Drehbuchideen. 17./18. Januar: Das Fernsehmagazin-Format. 31. Januar bis 1. Februar: Dialog und Szene im Drehbuch. 6. bis 8. Februar: Von der Knetfigur zur 3D-Animation. 27. bis 29. Februar: Regieseminar (in englischer Sprache) – Szenisches Arbeiten.
FFFZ, Düsseldorf. 1. bis 3. Dezember: Film-/Fernseh Doku-Werkstatt II.
JA / dju, München. 17. Januar: Fernsehbeiträge konzipieren/Drehbuch.
KLARA, Berlin. 8. bis 10. Dezember: Dramaturgie eines TV-Beitrags. 11./12. Dezember: Von der Idee zum Magazinbeitrag. 16./17. Januar: Erfolgreich pitchen.
KMA, Ludwigshafen. 25. April bis 3. September 2004 (Kurs A) bzw. 28. November 2004 bis 21. Januar 2005 (Kurs B): Kompaktkurse Fernsehen in jeweils vier einwöchigen Blöcken (für acht Teilnehmer mit bereits abgeschlossener journalistischer Ausbildung oder mehrjähriger Berufserfahrung; Bewerbungsschluss: 30. Januar 2004).
MUK, Hamburg. 16. bis 18. Januar: Drehbuch – Einführung.
24./25. Januar: Deutsche Filme im Gespräch – Wie entsteht ein Tatort? 24./25. Januar: Drehbuch – Das Exposé. April 2004 bis März 2005: „Autorenschule Hamburg" – Einjährige Fortbildung für Drehbuch-Einsteiger, die Autoren bei der Realisierung ihres ersten Filmstoffes professionell unterstützt (Bewerbungen bis 3. Dezember '03). Mai 2004 bis Oktober 2004: Halbjähriges Beratungsprogramm für professionelle Drehbuchautoren, die zur endgültigen Umsetzung eines vorhandenen Stoffes noch dramaturgisch beraten werden möchten (Bewerbung bis 3. Februar 2004).
5. bis 7. Dezember: Drehbuch – Dramaturgie der Stoffe 2.
MZW, Wiesbaden. 15./16. Dezember: Rhetorik für Führungskräfte.

Film- & TV-Technik

FM, Münster. 5. bis 7. Dezember: Filmschnitt. 12./13. Dezember: Kameraassistenz.
FHF, Frankfurt. 6./7: Dezember: Arbeiten mit Final Cut. 14./15. Februar: Digitaler Bildschnitt mit Avid Mediacomposer.
MUK, Hamburg. 10./11. Januar: Kamera 1 – Einführung. 23. bis 25. Januar: Kamera 2 – Verfilmung einer Drehbuchsequenz. 7./8. Februar: Videoschnitt – Einführung. 20. bis 22. Februar: Licht- und Bildgestaltung.

Film & TV-Management

BET, Hamburg. 4. bis 6. Dezember: TV-Produktionsmethoden.
FHF, Frankfurt. 24./25. Januar: Rechtsfragen für Produktions- und Aufnahmeleiter. 20. bis 22. Februar: Filmgeschäftsführung – Unternehmen auf Zeit.
MUK, Hamburg. 13./14. Dezember: Continuity 4 – Rechtliche Grundlagen, soziale Absicherung. Lehrgang Regieassistenz in neun Modulen (auch einzeln buchbar) – 5./6. Februar: Einführung in das Berufsbild. 7./8. Februar: Vorbereitung von Dreharbeiten. 12./13. Februar: Arbeit am Set. 14./15. Februar: Continuity. 26./27. Februar: Casting. 28./29. Februar: Ausstattung/Requisite. 11./12. März: Postproduktion. 13./14. März: Produktion. 26. bis 28. März: Rechtliche Grundlagen, soziale Absicherung.

Public Relations

ABP, München. 12. bis 16. Januar: Public Relations. 25. bis 27. Februar: Kreatives Schreiben für Pressestellen.
AR, Remscheid. 8. bis 12. Dezember: Spenden – Sponsoring – Stiftungen (PR-Workshop).
BZ, Nürnberg. 11. Dezember: PR-Konzeption – Bausteine für den Geschäftserfolg. 16. Januar: Mailings texten und gestalten. 22. Januar: Der Werkzeugkasten erfolgreicher PR.
FAZ, Frankfurt. 1./2. Dezember: Professionell Interviews geben.
2./3. Dezember in Düsseldorf: Der souveräne Medienauftritt in der Krise. 5. bis 9. Dezember: Kommunikatives Verhalten für Öffentlichkeitsarbeiter. 9./10. Dezember in Offenbach: Überzeugend präsentieren. 10. bis 13. Dezember bzw.

Anzeige

Seminare

4. bis 7. Februar in Heidelberg: Grundlagen journalistischen Schreibens/PR-Textworkshop. Ab 15. Januar in Heidelberg: 18-monatiges Fernstudium zum PR-Berater (mit oeffentlichkeitsarbeit.de).
16. bis 20. Januar: Presse- und Medienarbeit/Basisseminar.
10./11. Februar in Düsseldorf: Vertriebsunterstützende PR. 12./13. Februar: Schreiben und Gestalten im Netz. 16. Februar: Rechtliche Grundlagen für Öffentlichkeitsarbeiter. 17./18. Februar: Fernsehtraining.
FFFZ, Düsseldorf. 5./6. Dezember: Stimme und Rhetorik – Training für Präsentation und Rede. 12. Dezember: e-Learning-Live-Konferenz „Kreatives Schreiben" mit Video-Stream (17 bis 19 Uhr) und anschließendem vierwöchigem Workshop. 12./13. Dezember: Konflikt-Moderation. Nach Vereinbarung: „Ich stelle mich..." – Medien-VIP-Training.
JA, München. 26./27. Januar: So bekommen sie eine gute Presse.
JHB, Hagen. 8. bis 11. Dezember: Gestaltung von PR-Produkten. 15. bis 17. Dezember: Schreibtraining.
KLARA, Berlin. 4./5. Dezember: Der Werbetext. 8. bis 12. Dezember: Fortbildung zum Pressesprecher. 19. bis 21. Januar: Die Kundenzeitschrift. 26./27. Januar: Der Geschäftsbericht.
MH, Hamburg. 20./21. Januar: Krisen-PR für Mitarbeiter in der Diakonie.
NA, Hamburg. 9. Dezember in Frankfurt: Die Pressekonferenz – Eine Visitenkarte des Unternehmens.
P1, München. 9. Dezember in Stuttgart, 16. Dezember in Düsseldorf: Messe- und Online-PR optimieren.
13. bis 15. Januar: Textakademie. 27. bis 29. Januar: Kreativakademie.

Bildungsurlaub/Mitbestimmung

DGB NRW, Düsseldorf. 8. bis 12. Dezember in Soest: Zukunft des Sozialstaats.
DGB, Hattingen. 7. bis 12. Dezember: (Keine) Aussicht auf Frieden in Israel und Palästina? – Geschichte und Aktualität des Nahostkonflikts.

Etcetera

DHA, Dortmund. 4. bis 6. Dezember: Seminare leiten II – Das Feintuning intensiv.
EMA, Berlin. 3. bis 5. Dezember: Bildung online – Motivation in der neuen Lehr- und Lernkultur (für Medienpädagogen).

Adressen/Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/49 99 92-0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.
ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 02 28/259 00-0, Telefax 02 28/259 00-26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.
AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8-10, 20354 Hamburg, Telefon 040/41 47 96-0, Telefax 040/41 47 96-90, Internet www.akademie-fuer-publizistik.de, E-Mail info@akademie-fuer-publistizik.de.
APB: Akademie für politische Bildung, Buchensee 1, 82327 Tutzing, Telefon 081 58/256-0, Telefax 081 58/256-14 und -51, Internet www.apb-tutzing.de.
AR: Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Telefon 021 91/794-0, Telefax 021 91/794-2 05, Internet www.akademieremscheid.de.
BET: Broadcast Engineering and Training, Michael Mücher, Niendorfer Straße 51, 22529 Hamburg, Telefon 040/42 10 84-0, Telefax 040/42 10 84-10, E-Mail uta.kubisch@bet.de, Internet http://bet.de.
BJF: Bundesverband Jugend und Film e.V., Kennedyallee 105a, 60596 Frankfurt/Main, Telefon 069/631 27 23, Telefax 069/631 29 22, Internet www.werkstatt-fuer-junge-filmer.de und www.juingefilmszene.de.
BZ: Bildungszentrum Stadt Nürnberg, Fachbereich Massenmedien und Film, Gewerbemuseumsplatz 1, 90403 Nürnberg, Telefon 09 11/231-58 41, Fax 09 11/231-58 20, Internet www.bz.nuernberg.de, E-Mail Anne_Bauer-Leinemann@bz.stadt.nuernberg.de.
COP: COP – Praxis für Coaching, Organisation und PR, Birgitt E. Morrien, Krüthstraße 27, 50733 Köln, Telefon 02 21/739 32 62, Telefax 02 21/739 17 69, Internet www.dreamguidance.de, E-Mail contact@cop-morrien.de.
DGB: DGB-Bildungszentrum Hattingen, Am Homberg 46–50, 45529 Hattingen, Telefon 023 24/50 80, Telefax 023 24/508–300, Internet www.hattingen.dgb-bildungswerk.de, E-Mail hattingen@dgb-bildungswerk.de.
DGB NRW: DGB-Bildungswerk NRW e.V., Friedrich-Ebert-Straße 34–38, 40210 Düsseldorf, Telefon 02 11/36 83-138 oder -143, Internet www.DGB-Bildungswerk-NRW.de.
DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorfplatz 2, 44339 Dortmund, Telefon 02 31/98 89 0-0, Telefax 02 31/98 89 0-25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Internet www.hoerfunkakademie.de.
DWH: Drehbuchwerkstatt Hamburg e.V., Telefon 040/390 37 22, Telefax 040/39 34 79, Internet www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de.
EFIFF: Europäisches Fortbildungsinstitut für Film und Fernsehen, Zum Steigerhaus 1, 46117 Oberhausen, Telefon 02 08/89 96 69-0, Telefax 02 08/89 96 69-1, Internet www.efiff.com.
EMA: Evangelische Medienakademie/Journalistenschule, Jebensstraße 3, 10623 Berlin, Telefon 030/310 01-417, Fax 030/210 01-440, Internet www.evangelische-medienakademie.de, E-mail izimmer@ev-medienakademie.de.
FAZ: F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Mainzer Landstraße 195, 60326 Frankfurt/Main, Telefon 069/75 91-20 76, Telefax 069/75 91-27 64, Internet www.seminare-faz-institut.de, E-Mail seminare@faz-institut.de.
FFFZ: Film Funk Fernseh Zentrum der Evangelischen Kirche im Rheinland, Kaiserswerther Straße 450, Postfach 30 03 43, 40403 Düsseldorf, Telefon 02 11/45 80-250, Telefax 02 11/45 80-200.
FHF: Filmhaus Frankfurt e.V., Schützenstraße 12, 60311 Frankfurt/Main, Telefon 069/13 37 99-94 und -96, Fax 069/13 37 99-98, E-mail Filmhaus-Frankfurt@t-online.de, Internet www.Filmhaus-Frankfurt.de.
FM: Filmwerkstatt Münster, Gartenstraße 123, 48147 Münster, Telefon 02 51/230 36 21, Telefax 02 51/230 36 09, E-Mail film@muenster.de, Internet www.filmwerkstatt-muenster.de bzw. www.masterschool-dokumentarfilm.de.
JA: Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, 80604 München, Telefon 089/167 51 06, Fax 089/13 14 06, Internet www.journalistenakademie.de.
JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 023 31/365-6 00, Telefax 023 31/365-6 99. Internet: www.hausbusch.de, E-Mail hausbusch@hausbusch.de.
JSR: Journalistenschule Ruhr, Scherderhofstraße 55–57, 45145 Essen, Telefon 02 01/804-19 61 oder -19 62, Telefax 02 01/804-19 63, E-Mail m.jentsch@journalistenschule-ruhr.de. Internet www.journalistenschule-ruhr.de.
KLARA: KLARA. Schule für Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit GmbH Berlin, Ritterstraße 3, 10969 Berlin, Telefon 030/690 415 85, Telefax 030/690 415 86, Internet www.KLARAberlin.de, E-Mail info@KLARAberlin.de.
KMA: Katholische Medienakademie, Studio Ludwigshafen, Frankenthaler Straße 229, 67059 Ludwigshafen, Telefon 06 21/591 72-0, Telefax 06 21/51 68 09, Internet www. ifp-kma.de, E-Mail studio@ifp-kma.de.
MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 02 21/57 43 72 00, Telefax 02 21/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.
MH: medienbüro Ev.-Luth. Kirchenkreisverband Hamburg, Schillerstraße 7, 22767 Hamburg, Telefon 040/30 62 31 80, Telefax 040/30 62 31 89 Internet www.medienbüro-hamburg.de, E-Mail info@medienbüro-hamburg.de.
MR: Medienwerkstatt Radio, Bildungswerk der Erzdiözese Köln, Gereonstraße 16, 50670 Köln, Telefon 0221/642-56 38, Telefax 02 21/13 43 69, Internet www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk, E-Mail radio@erzbistum-koeln.de.
MUK: Medien und Kulturarbeit e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, Telefon 040/39 90 99 31, Telefax 040/390 95 00, Internet www.medienundkultur.hamburg.de, E-Mail medienundkulturarbeit@t-online.de.
MZW: Medienzentrum Wiesbaden e.V., Neugasse 15–19, 65183 Wiesbaden, Telefon 06 11/166 58 43, Telefax 06 11/31 39 29, E-Mail stump@wiesan.de, Internet www.medienzentrum-wiesbaden.de.
NA: news aktuell GmbH, mediaworkshops, Mittelweg 144, 20148 Hamburg, Telefon 040/41 13-28 42, Telefax 040/41 13-28 76, Internet www.newsaktuell.de, E-Mail mediaworkshop@newsaktuell.de.
NPR: Non Profit Radio, Hörfunkschule Berlin, Axel-Springer-Straße 40/41-A4, 10969 Berlin, Telefon 030/68 30 20 90, Telefax 030/68 30 20 91, Internet www.radio-kurse.de.
P1: Press1, Wilhelm Riehl-Straße 13, 80687 München, Telefon 089/678 387-60, Telefax 089/578 387-69, Internet www.press1.de, E-Mail info@press1.de.
WOMAN: Wom@nticker – Medienagentur für Frauen, Hohenstaufenstraße 8, 60327 Frankfurt/

Adressen

Main, Telefon 069/74 30 98 63,
Telefax 069/74 30 98 64,
E-Mail info@womanticker.de,
Internet www.womanticker.net.
ZFP: Zentrale Fortbildung Programmitarbeiter ARD/ZDF, Unter den Eichen 5, 65195 Wiesbaden, Telefon 06 11/59 05 04 00, Telefax 06 11/59 05 04 02, Internet www.zfp.de, E-Mail wiesbaden @zfp.de.

Neu im Netz

www.mediendisput.de
Aktuelle Analysen zur Mediensituation in Deutschland sind in der 250-seitigen Dokumentation zum „8. MainzerMedienDisput" zusammengefasst, die auch als pdf-Datei heruntergeladen werden kann. Kontakt: Mainzer MedienDisput, Mittelstraße 5, 5679 Hardert, Telefon 026 34/96 88-12.

www.priub.org
Die Bibliothek der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) steht ab sofort online für Recherchen zur Verfügung. Ausgewiesen sind dort rund 12.000 Einzeltitel und mehr als 400 Forschungsreihen, Nachrichtendienste und Zeitschriften. Kontakt: AFB, Beethovenallee 4, 53173 Bonn, Telefon 02 28/35 60 32.

www.1001Geschichte.de
Die Journalistin und Schriftstellerin Evelyne Kern hat zur Ergänzung ihres Romans „Sand in der Seele", 5. Auflage, DDV-Verlag und der Gründung der Interessengemeinschaft CiB (Community of interests against Bezness) diese Website ins Netz gestellt. Hier schreiben betroffene Frauen ihre Erfahrungen aus binationalen Beziehungen.

Film / TV / Video

12. Trickfilm Festival Stuttgart
STUTTGART. Das Internationale Trickfilm Festival Stuttgart macht vom 1. bis 6. April 2004 das Dutzend voll: Zum zwölften Mal laden die Veranstalter zur Teilnahme an diesem Wettbewerb des Animationfilms ein – diesmal für Produktionen einschließlich Computer-Animation oder Kombinationen von Real- und Trickfilm, soweit sie nach dem 31. Dezember 2001 fertiggestellt wurden.
Industrie-, Werbe- und Lehrfilme sind freilich ausgeschlossen. In der Kategorie Kinderfilm-Wettbewerb sind Produktionen bis 35 Minuten Länge zugelassen.
Das gesamte Preisgeld beträgt rund 30.000 Euro.
Anmeldeschluss für die Videos ist der 1. Dezember 2003, Einsendeschluss für die Filmkopien zum Festival ist der 15. März 2004.
Näheres bei der Film- und Medienfestival GmbH, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart, Telefon 07 11/925 46-100, Telefax 925 46-150, E-Mail trickfilm@festival-gmbh.de, Internet www.itfs.de.

Lurs

auch selbst schicken: Fax 030/69 56 36 76

50 Jahre Kurzfilmtage
OBERHAUSEN. Mit einem Streifzug durch 50 Jahre Kurzfilmgeschichte feiern die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen ihr 50-jähriges Bestehen. Nicht die Vergangenheit, sondern Gegenwart und Zukunft sind dagegen in den Wettbewerben gefragt: Noch bis zum 15. Januar 2004 sind Filmemacher eingeladen, ihre aktuellen Arbeiten einzureichen. Insgesamt werden rund 140 Titel für den Internationalen, den Deutschen sowie den Kinder- und Jugendfilmwettberb ausgewählt. Die Arbeiten konkurrieren um Preise im Gesamtwert von 32.500 Euro.
Zugelassen sind alle Genres, die Produktion der internationalen Filme soll nach dem 1. Januar 2002, die der deutschen nach dem 1. Januar 2003 erfolgt sein.
Maximale Länge im ersten Fall ist 35 Minuten, im zweiten, nationalen Wettbewerb 45 Minuten.
Anmeldeformulare gibt es bei: Internationale Kurzfilmtage Oberhausen, Grillostraße 34, 46045 Oberhausen, Tel. 02 08/825 26 52, E-Mail info@kurzfilmtage.de, Internet www.kurzfilmtage.de.

Autoren Werkstatt „Talente" 2004
Der Verein Top : Talente „zur Förderung von Autoren und Producern" veranstaltet in Leipzig die „Autoren Werkstatt Talente für Drehbuchautoren". In drei einwöchigen Seminaren und über einen Zeitraum von einem halben Jahr werden die Bewerber von der Entwicklung von Charakteren und Erzählsträngen bis zum fertigen Drehbuch begleitet.
Termine: 14. bis 19. März; 25. bis 28. Mai; 5. bis 10. September.
Zwölf Personen können an der Werkstatt teilnehmen. Die Auswahl findet über ein mehrstufiges Verfahren statt, das auch ein persönliches Vorstellungsgespräch am 3. Februar in Leipzig einschließt.
Seminargebühren: 410 € pro Woche inklusive Übernachtung und Vollpension. Reisekosten müssen selbst getragen werden. Anmeldeschluss für die Bewerbung ist der 12. Januar.
Ausschreibungsunterlagen: Top: Talente e.V. Akademiker Centrum, Lämmerstraße 3, 80335 München. Fax: 0831/9605208;
E-Mail top-talente@gmx.de
Internet www.toptalente.org.

„Von der Idee zum Buch"

Wochenendseminar
des „Instituts für Bildung, Medien und Kunst (IMK)", Lage-Hörste, in Kooperation mit der dju NRW in ver.di.
13./14. Dezember 2003 in Lage-Hörste

Inhaltsschwerpunkte:
- Welche unterschiedlichen Verlage gibt es und wie finde ich den richtigen?
- Wie „bewerbe" ich mich bei einem Verlag um einen Buchvertrag?
- Der Verlagsvertrag – Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten
- Fachbegriffe, Buchherstellung, Korrektur, Lektorat, Exposé u.v.a.m.

Referenten:
- Axel Johanßen, freier Journalist und Sachbuchautor
- Christiane Gibiec, freie Journalistin, Filmemacherin und Buchautorin

Veranstaltungsort:
Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste

Seminarleitung:
Udo Milbret/Karl-Wolfgang Seithümmer

Verbindliche Anmeldung
bitte so schnell wie möglich (Anmeldeschluss: 08.12.03)
An das IMK, Telefon 05232/983–464, Fax 05232/983–462 oder per E-Mail: anmeldung.imk@verdi.de

Teilnehmergebühren:
Mitglieder zahlen eine Teilnehmergebühr von 75,– Euro (Verrechnungsscheck bitte der Anmeldung beilegen).
Nichtmitglieder zahlen eine Teilnehmergebühr von 220,– Euro inklusive Kosten für Übernachtung und Verpflegung (Samstag/ Mittagessen bis Sonntag/Mittagessen).
Reisekostenzuschüsse werden nicht gewährt.
In Einzelfällen sollte eine Anreise am Freitagabend nach Absprache mit dem Institut für Technik und Gesellschaft möglich sein.
Rückfragen zu Inhalt und Ablauf bitte an:
Axel Johanßen,
Telefon 02261 / 80 76 72,
E-Mail: mailbox@johanssen.de.

Abb: The Encyclopaedia of Illustration

Impressum

„M – Menschen Machen Medien"
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (10 Ausgaben im Jahr)
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4
10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien", ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 0 41 73-5 09 92-0
Telefax 0 41 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss:
Bitte Terminliste anfordern.

Titelbild: Hermann J. Haubrich
Tel. 0711/96 69 76 – 5
Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57
Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb:
W. E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur" verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/20 97-2 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet
(inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M" und ausgewählte Texte, Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

Redaktionsschluss:
„M" 12.2003 / 01.2004: 15.10.03
„M" 02 – 03.2004: 20.01.2004

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Journalismus

Andere Zeit „Sonntag"
HAMBURG. Advent – das sollte die stille Zeit vor Weihnachten sein, die „andere Zeit". Doch fällt es nicht leicht, sich dem vorweihnachtlichen Trubel zu entziehen, Zeit für sich selbst, für die Familie, für Freunde, für Gott zu finden. Eine Diskussion über Sinn und Bedeutung des Advents soll der zum zweiten Mal ausgeschriebene Journalistenpreis „Andere Zeiten" entfachen. Er ist mit insgesamt 5.000 € dotiert und prämiert Print- und Hörfunk-Beiträge zum Thema, die zwischen dem 29. November 2003 und dem 6. Januar 2004 veröffentlicht oder ausgestrahlt worden sind.
Einsendeschluss: 31. März 2004.
Andere Zeiten e.V., Heimhuderstraße 91, 20148 Hamburg,
Telefon 040/47 11 27 50,
Fax 040/ 47 11 27 77,
Internet www.anderezeiten.de,
E-Mail info@anderezeiten.de.

Publizistik-Preis Gesundheit
KIEL. Wissen ist die beste Medizin, meint die Stiftung Gesundheit und würdigt zum siebten Mal hervorragende Veröffentlichungen zum Thema Gesundheit und Medizin mit ihrem Publizistik-Preis. Die Auszeichnung gilt Beiträgen, die gesundheitliches Wissen anschaulich vermitteln und Zusammenhänge so transparent darstellen, so dass sie auch für Laien verständlich sind. Dazu sollen die Werke von medizinisch-fachlicher als auch didaktisch-journalistischer Kompetenz zeugen. Eingereicht werden können Beiträge aus Print- und elektronischen Medien aus dem Jahr 2003; auch Internet-Angebote, Bücher oder das Gesamtwerk eines Publizisten sind preiswürdig.
Einsendeschluss: 15. Januar 2004.
Teilnahmeunterlagen können angefordert werden bei der Stiftung Gesundheit,
Hindenburgufer 87, 24105 Kiel,
Telefon 04 31/88 10 15-0,
Telefax 04 31/88 10 15 55, Internet www.stfitung-gesundheit.de,
E-Mail ag@arztmail.de.

Medienpreis Allergologie
HAMBURG. Die Deutsche Gesellschaft für Allergologie und klinische Immunologie (DGAI) und der Ärzteverband Deutscher Allergologen (ÄDA) vergeben zum zweiten Mal den Medienpreis der Deutschen Allergologenverbände (MEDA 2004). Der Medienpreis wird für hervorragende journalistische Arbeiten verliehen, die in der breiten Öffentlichkeit die Kenntnis über Bedeutung, Vorbeugung und Diagnostik der Volkskrankheit Allergie ausbauen und damit die Versorgung von Allergikern in Deutschland verbessern helfen. Der Preis ist mit 5.000 € dotiert. Eingereicht werden können Arbeiten aus Print, TV, Hörfunk und Neuen Medien, die im Jahr 2002 oder 2003 in Deutschland veröffentlicht wurden.
Einsendeschluss: 31. Dezember 2003. Information: ÄDA/DGAI,
Dr. Petra von der Lage, Bodelschwinghstr. 17, 22337 Hamburg,
Telefon 040/50 71 13-44.

Private Equity Award
ZÜRICH. Mit dem 2. Europäischen Private Equity Award zeichnet das Schweizer Investment-Unternehmen Adveq europäische Journalisten für herausragende Artikel, Reportagen und Kommentare zum Thema „Private Equity" aus. Zugelassen sind Texte in deutscher und in englischer Sprache. Das Preisgeld beträgt 5.000 € für den Award-Gewinner, 2.000 € für den zweiten und 1.000 € für den dritten Preisträger. Mit dem Preis will Adveq die Öffentlichkeit auf die volkswirtschaftliche und anlagerelevante Bedeutung der Unternehmensbeteiligungsform „Private Equity" aufmerksam machen. An der Preisausschreibung sind Arbeiten zugelassen, die zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 2003 erstmals erschienen sind.
Einsendeschluss: 10. Januar 2004.
Kontakt: Adveq Management AG, Private Equity Award, Affolternstrasse 56, CH - 8050 Zürich,
Telefon 00 41/43/288 32 00,
Telefax 00 41/43/288 32 10,
E-mail: info@adveq.com.

Kölner Medienpreis
KÖLN. Einen Medienpreis für Beiträge mit direktem Bezug zur Stadt Köln haben die GEW RheinEnergie AG in Zusammenarbeit mit der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft ausgeschrieben. Der Preis wird alle zwei Jahre vergeben. Gesucht werden Print-, TV- oder Radiobeiträge aus dem Zeitraum 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003. Fremdsprachige Beiträge sollten übersetzt werden. Neben den vier Hauptpreisen für die Sparten Print, TV, Radio und Regionale Wirtschaft gibt es weitere Sonderpreise für Fotografie und TV-Kameraführung.
Einsendeschluss: 15. Januar 2004.
Das Preisgeld beträgt insgesamt 25.000 €.
Information: Organisationsbüro Kölner Medienpreis, Ingrid Reiche, Postfach 10 02 63, 50442 Köln,
Telefon 0221/ 473 09 00, Internet www.koelner-medienpreis.de

Fotografie

Euro Press Photo Award
DÜSSELDORF. An professionelle Pressefotografen in ganz Europa richtet sich der Europäische Fotowettbewerb Fujifilm Euro Press Photo Award. In vier Kategorien wird jeweils ein Sieger gekürt: News, Features, Sports und Portrait. Bei der Vorentscheidung auf nationaler Ebene erhalten die vier deutschen Gewinner je einen Scheck über 5000 €. Auf internationaler Ebene sind je Kategorie weitere 10.000 € zu gewinnen und der Titel Fujifilm European Photographer of the Year. Zusätzlich werden Merit-Awards für besonders gelungene, ausdrucksstarke Einzelbilder vergeben. Die Arbeiten sollen aus dem Zeitraum 1. Januar 2003 bis 12. Januar 2004 stammen und müssen bis zum 12. Januar 2004 eingereicht werden. Teilnahmeunterlagen gibt es bei: Fuji Photo Film (Europe) GmbH, Fujifilm Euro Press Photo Awards, Heesenstr. 31, 40549 Düsseldorf, Telefon 02 11/50 89 - 0,
Telefax 02 11/50 89 - 344,
E-Mail awards@fujifilm.de,
Internet www.fujifilm.de/eppa.html.

Varia

Englisch für Betriebsräte
Das DGB Bildungswerk bietet zusammen mit Arbeit und Leben und dem Colchester English Study Center (CESC) einen Englischkurs für Betriebsräte bzw. Betriebsangehörige aus internationalen Unternehmen und Gewerkschafter mit europäischen Funktionen an. Der Kurs in Colchester ist nicht für absolute Anfänger geeignet, sondern soll gute Grundkenntnisse auffrischen und erweitern. Behandelt wird die Arbeitswelt, die betriebliche Interessenvertretung und gewerkschaftliche Themen. Folgende Leistungen sind im Preis von 650.– € enthalten: Der Sprachunterricht von Montag bis Freitag (20 Stunden), Das Nachmittagsprogramm während des Kurses mit englischen Kollegen und Experten, Unterrichtsmaterialien, Die Nutzung von PC/Internet sowie Audio-, Video- und Bibliothek im CESC, sieben Übernachtungen mit Halbpension. Die Unterbringung erfolgt in Gastfamilien. Die Anreise erfolgt individuell, die Reisekosten sind im Kurspreis nicht enthalten. Die Sprachschule organisiert den Transfer zu den Gastfamilien vor Ort. Kurstermine:
14.03. bis 21.03.04; 09.05. bis 16.05.2004, 12.09. bis 19.09.2004.

Anzeige

Publizistikwissenschaftler

Axel Zerdick gestorben

Kurz vor seinem 62. Geburtstag starb der Berliner Publizistik- und Wirtschaftswissenschaftler Axel Zerdick. Der Professor für Ökonomie und Massenkommunikation lehrte seit 1980 am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Zerdick, der seit 1975 auch in der Politik- und Unternehmensberatung tätig war, saß in zahlreichen wichtigen nationalen und internationalen Gremien, so als Gründer und Sprecher des European Communication Council, als Mitglied des Wissenschaftlichen Arbeitskreises für Regulierungsfragen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und des Rundfunkrats des ehemaligen SFB.
Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählten die ökonomischen Aspekte der Individual- und Massenkommunikation sowie Strukturanalysen der Medienindustrie und Kommunikationspolitik. In der gegenwärtigen Debatte um die Pressefusionskontrolle war der Sachverstand des Berliner Wissenschaftlers besonders gefragt.

Leute

Birgit Baumann ist zur Unterhaltungschefin beim Fernsehsender Tele5 ernannt worden. Baumann war von 1997 bis 2003 Redaktionsleiterin und Executive Producerin bei Entertainment Factory.

Horst-Heinrich Bechtluft, NDR-Korrespondent in Twist und bekannt als die „Stimme des Emslands“, ist in den Ruhestand gegangen. Ein neues Korrespondentenbüro für das Emsland und die Grafschaft Bentheim mit Sitz in Lingen wird der bisherige NDR-Fernsehjournalist **Peter Kliemann** führen.

Danny Brees, Vorsitzender des ARD Programmbeirats und langjähriges Mitglied des WDR-Rundfunkrats, ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

Axel Bulthaupt beendet nach zehn Jahren seine Tätigkeit als Moderator des ARD-Boulevardmagazins „Brisant“.

Hanne Daum, bisher Vorsitzende des SFB-Personalrats, ist zur Vorsitzenden des neuen Personalrats von Rundfunk Berlin-Brandenburg RBB, gewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender ist **Jörg-Thomas Neumann**. Zum Vorstand gehört **Dieter van Helt**. Weitere Mitglieder des RBB-Personalrats sind **Ute Schuhmacher, Ansgar Hocke, Christiane Gerloff, Ingrid Schindler, Detlef Pikarski, Matthias Reich, Dirk Schneider, Axel Müller, Michael Sibrover**, und **Gerhard Horstmeier**. Neue Frauenvertreterin im RBB ist **Gudrun Reuschel**.

Christine Ellinghaus, Chefredakteurin des Frauenmagazins „Maxi“ im Bauer Verlag, übernimmt auch die Chefredaktion des vom Verlag geplanten neuen Shopping-Magazins, das bislang den Arbeitstitel „Shop & Style“ hat und im Februar 2004 erstmals erscheinen soll.

Klaus Gabus, bisher verantwortlich für die Herstellung in N24 und die Produktion der Nachrichtensendungen für Sat 1, ProSieben und Kabel 1, übernimmt die Bereichsleitung Produktion in den Berliner SZM Studios.

Stefan Gessulat ist Chefredakteur des neuen Männer-Magazins „Matador“, das im Bauer Verlag im ersten Quartal 2004 erscheinen soll.

Hans-Jürgen Götz hat die Chefredaktion der Logistik-Fachzeitschrift „Materialfluss“ übernommen, die im Landsberg am Lech ansässigen Verlag „moderne industrie“ erscheint.

Barbara Groth, zuletzt von 1998 bis 2003 Fernsehdirektorin beim SFB, vertritt die Aktion für mehr Erziehungsverantwortung bei elektronischen Medien „Schau hin!“ künftig in der Öffentlichkeit.

Marco Heuer, ist neuer Vorsitzender des 1966 gegründeten Jugendpresseclubs e.V. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Monika Bürvenich** (Bonn), **Julia Henrichmann** (Berlin), **Barbara Oertel** (Berlin), **Martin Finkenberger** (Bonn), und **Steffen Wurzel** (Karlsruhe).

Richard Joerges, bisher Chefredakteur von „computerfoto“ und „digifoto“ im Verlag redtec publishing, übernimmt zusätzlich die Leitung der Zeitschrift „MACup“ von **Martin Stein**. Steins Nachfolger als Chefredakteur „Creative Lives“ wird der bisherige Textchef des Verlags **Matthias J. Lange**.

Michael Klein wird neuer Nachrichtenchef bei der Zeitungsgruppe Lahn-Dill in Wetzlar („Wetzlarer Neue Zeitung“, „Marburger Neue Zeitung“). Klein folgt **Alexander Marinos**, der zur Westdeutschen Zeitung in Düsseldorf wechselt.

Stefan Klein, Londoner Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, wird Nachfolger des verstorbenen Chefreporters **Herbert Riehl-Heyse**. Neuer Korrespondent in London wird **Christoph Schwennicke**.

Harald Kuppek wird neuer Chefredakteur des „Bild“-Ablegers „Audio Video Foto Bild“. Die Chefredaktion von „Computer Bild Spiele“ gibt er an **Frank Surholt** ab und wird dort Herausgeber. Kuppek behält die Chefredaktion von „Computer Bild“.

Marie-Luise Lewicki hat bei Gruner und Jahr zusätzlich zu „Flash“ und „Eltern for Family“ auch die Leitung der Zeitschrift „Eltern“ übernommen.

Petra Lidschreiber wird Chefredakteurin des RBB Fernsehens und leitet die Hauptabteilung Information und Landesprogramme. Die Programmkoordination und Sendeleitung übernimmt **Stephan Abarbanel**. **Jochen Sprentzel** verantwortet den Sport in Radio und Fernsehen des RBB, **Ulrich Thiele** Film und Unterhaltung. **Johannes Unger** steht an der Spitze der Hauptabteilung Modernes Leben und Dokumentation.

Mark Mittasch übernimmt die Redaktionsleitung von Sport1 dem Online-Angebot des Deutschen Sportfernsehens DSF. Er löst **Dirk Jaschok** ab, der als Leiter Inhalte-Koordination zu DSF wechselt.

James Murdoch soll nach dem Willen seines Vaters Rupert Murdoch Chef des britischen Pay-TV-Sender BskyB werden.

Andreas Odrich, Leiter des Hauptstadstudios des Evangeliums-Rundfunks ERF, wird neuer Chefredakteur. Er ist Nachfolger des im September verstorbenen **Peter Fischer**.

Andrea Ott, Geschäftsführerin von Eurosport in München, verlässt den Sender. Ihre Aufgaben übernehmen zunächst **Jacques Raynaud** und **Thomas Mayrhofer** von der Zentrale in Paris aus.

Frank Rasche, bisher Leiter des Ressorts Landespolitik bei Hit-Radio Antenne, wird stellvertretender Pressesprecher im niedersächsischen Innenministerium. Sein Nachfolger wird **Georg Poetzsch**, der das City-Studio Braunschweig leitete. Dort folgt **Andreas Mier** nach, der auch das Wolfsburger Außenstudio leitet.

Henry Steinhau ist neuer Pressesprecher der privaten German Film School for Digital Production in Elstal bei Berlin.

Rainer Stiller, bisher Chefredakteur von „Gong“ und „Bild + Funk“, verlässt den Verlag und

Leute

macht sich als Kommunikationsberater selbständig.

Wolfgang Stock, früherer Ressortleiter Innenpolitik der „Welt am Sonntag", wird Geschäftsführer des MedienTenor und damit Chefredakteur des gleichnamigen monatlichen Forschungsberichts. Medien-Tenor-Gründer **Roland Schatz** will sich künftig um das internationale Geschäft mit Medien-Analysen kümmern.

Andreas Theyssen, bisher Politikredakteur der „Süddeutschen Zeitung", ist ab Januar 2004 Leiter der Pressestelle der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen.

Henrike Thomsen wird neue Pressesprecherin des Deutschen Theater Berlin. **Thomas Müller**, bisher Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, verlässt das Haus zum Jahresende.

Ruth E. Westerwelle hat den Berliner FotoSalon gegründet. Die Fotografin will dort ihre vielfältigen Erfahrungen in der Pressefotografie und dem Mediengeschäft weitergeben.

Ulrich Wickel, seit 1991 Chefredakteur der in Leipzig erscheinenden evangelischen Wochenzeitung „Der Sonntag", ist in den Ruhestand getreten. Einen Nachfolger gibt es laut Evangelischer Landeskirche bisher nicht.

Preise

Norbert Baumgarten ist der große Gewinner des Studio Hamburg Nachwuchspreises 2003 für seinen Abschlussfilm „Befreite Zone" an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf" in den Kategorien bestes verfilmtes Drehbuch und beste Regie. Zweiter Preisträger für beste Regie ist neben Baumgarten **Sebastian Grobler** für „Morgen früh ist die Nacht rum". In der Kategorie „Beste Produktion" gewann das Drama „Zwei Wochen Argentinien" von **Sascha Verhey**. Befreite Zone ist ein Projekt von OSTWIND, der gemeinsamen Programmwerkstatt von RBB (ORB) und ZDF/Das kleine Fernsehspiel.

Die ARD-Dokumentation „Östlich der Sonne – vom Baikalsee nach Alaska" von **Klaus Bednarz** ist mit der „Golden Medal Of The International Academy Of Television And Radio" beim Internationalen Fernseh-Film-Festival in Jalta ausgezeichnet worden.

Die Visite-Sendung „Osteoporose – Wenn die Knochen brüchig werden" erhält den diesjährigen Medienpreis Osteoporose. Der Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose (BfO) zeichnet mit diesem Preis (2500 €) die NDR Autorin **Susanne Behrens**, Moderatorin **Vera Cordes** und Redakteurin **Heide Schaar-Jacobi** aus.

Andreas Bönte, stellvertretender Chefredakteur Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, ist mit dem Außerordentlichen Medienpreis des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet worden. Außerdem hat er für Report München den „Barmer Paraolympic Media Award 2003" entgegen genommen.

Wolfgang Büscher, Ressortchef Reportagen von „Welt" und „Berliner Morgenpost" ist mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik für sein Buch „Berlin – Moskau. Eine Reise zu Fuß" ausgezeichnet worden.

Beim 20. internationalen Festival des wissenschaftlichen Films in Paris hat **Joachim Bublath** mit seiner Dokumentation „Namibias verborgene Schätze" aus der Reihe „Faszination Erde" (ZDF) den ersten Preis gewonnen.

Hamburger Bitfilm-Festival: Das Publikum entschied per SMS-Voting: Der mit 30.000 Euro dotierte „Goldenen Haifisch" in der Kategorie „Digital Features" (abendfüllende Spielfilme) geht an die Hongkong-Produktion „Shaolin Soccer" des Regisseurs **Stephen Chow**. Er verwies die Konkurrenten „Cypher" von **Vicenzo Natali** aus den USA und „My Life as McDull" von **Toe Yuen** (ebenfalls HongKong) auf die Plätze. In der Kategorie „Bit Shorts" (computergenerierte Kurzfilme und Musikvideos) geht der „Goldene Haifisch" an die 3D-Animation „Kicker" von **Marc Herrmann** aus Berlin. Den Flash Award für Animationen aus dem Internet gewinnt der Film „Adieu" von **Naoki Mitsuse** aus den USA. Bei den interaktiven Flash-Arbeiten hat sich „Claolina Bags" von **Beatrix Keller** aus Nürnberg durchgesetzt. Bei den „Micromovies", die auf Video-Handies gezeigt wurden, geht der Haifisch an die 28-sekündige Produktion „Alan Wood as Human Cannonball" vom **Soulcage Department** aus Bremen.
Bei den Machinima-Filmen, die mit Hilfe von Computerspielen erstellt werden, erhält der einzige deutsche Film des Feldes den Publikumspreis: „Die Waltons räumen auf" von **Rodrigo Olmos** und **Axel Schmidt**.

Ernst-Schneider-Preis: Den mit 10.000 € dotierten Hörfunkpreis für große Wirtschaftssendungen erhalten **Sylvia Conradt** und **Kirsten Heckmann-Janz** für ihr im SFB gesendetes Feature „Schattenwirtschaft – Berichte von Dunkelmännern, Rebellen, Abzockern, Jägern und Gejagten". Für die beste Techniksendung (10.000 €) wird **Ralph Erdenberger** für den Stichtag „65. Todestag Guglielmo Marconi" im WDR-Hörfunk ausgezeichnet. Der **Hessische Rundfunk** erhält den undotierten Veranstaltungspreis für die 27teilige Serie „Hessische Firmen im Porträt".

Ein Gemeinschaftsprojekt der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) und der „Braunschweiger Zeitung" hat mit einer Artikelserie den Wettbewerb „Hauptsache Biologie", den das international tätige Biotech-Unternehmen Promega GmbH ausgeschrieben hatte, gewonnen.
Der Beitrag über den Vergleich des menschlichen Genoms mit dem des Schimpansen: „Der Unterschied birgt den Schlüssel" – errang den mit 10.000 Euro dotierten ersten Preis. Dieser geht an die Autoren, **Katja Dombrowski** und **Ralf Blasig**, und den GBF-Wissenschaftler Dr. **Helmut Blöcker**.

Zu den 20. Französischen Filmtagen vergab die MFG-Filmförderung gemeinsam mit Uni -France zum fünften Mal den mit 20.000 € dotierten Verleihförderpreis für den Film „Le cœur des hommes" des Regisseurs **Marc Esposito**. Der Tübinger Arsenal Filmverleih wird den Film im kommenden März in die deutschen Kinos bringen.

Die Schauspielerin **Rosemarie Fendel** hat den Hessischen Filmpreis erhalten.

Jeannette Goddar erhält für ihre Berichte über Berliner Schulen im „Tagesspiegel" den Dietrich Oppenberg- Medienpreis der Stiftung Lesen (Mainz) (2.500 €). Der zweite Preis (1.500 €) geht für das Porträt einer blinden Hobby-Schriftstellerin in den „Lüdenscheider Nachrichten" an **Birgit Schlieper**. Den dritten Preis (1000 Euro) wurde **Claudia Schneider** für einen Bericht über neue Servicestrategien von Bibliotheken in der „Süddeutschen Zeitung" (frühere NRW-Ausgabe) überreicht. Mit einem Sonderpreis wird **Reinhard Brüning** für den SWR-Fernsehbeitrag „Spät-Leser. Ludwigshafener Analphabeten werden aktiv" ausgezeichnet.

Den diesjährigen Journalistenpreis der NaturEnergie AG, der „Stromerzähler 2003" gewannen **Frank Grotelüschen** und **Jörn Iken** für ihren Hörfunkbeitrag im WRD 5 Wissenschaftsmagazin „Leonardo". Der zweite Preis ging an den WDR-Fernsehbeitrag „Neue Energien im Gegenwind" von **Anahita Parastar**, **Jakob Kneser**, **Christina Krätzig**, **Lars Westermann** und **Reinhart Brüning**. Den dritten Platz teilen sich zwei Bewerber: **Johannes Bernreuter** für seinen Text „Photovoltaik kann kein Kraftwerk ersetzen" aus der Serie des Magazins Photon „Killerargumente widerlegen" und **Joachim Wille** für seinen Beitrag „Gold aus Gülle und Wind" erschienen in der „Frankfurter Rundschau". Die Gewinner bekamen attraktive Sachpreise wie ein Design-Möbel von Vitra oder einen emissionsfreien Elektroroller von „Tante Paula".

Regisseur **Georg M. Hafner** hat für seinen Film „Das Prestige – das Öl und ein Kartell des Schweigens (Hessischer Rundfunk) einen „Prix Europa" auf dem gleichnamigen internationalen Festival erhalten.

Anlässlich des Festivals Prix Danube, in Bratislava, erhielt **KI.KA** (ARD/ZDF) den Preis des Bürgermeisters der Stadt Bratislava für den Beitrag „Der Traum vom Flieger" aus der Eigenproduktion „Fortsetzung folgt – Die Doku".

Der iranische Filmregisseur **Abbas Kiarostami** erhielt den mit 5.000 € dotierten Konrad-Wolf-Preis der Berliner Akademie der Künste.

Ravensburger Medienpreis: Drei Hauptpreise (jeweils 2.500 €) Print: **Friederike Knüpeling** (München) für ihren Essay „Unter uns" (Jugendmagazin „Fluter" der Bundeszentrale für politische Bildung) TV: **Ulrike Schenk** (Berlin) für ihre TV-Reportage „Der Fremde an meinem Tisch – letzte Chance für junge Straftäter" (ZDF, 3sat). Hörfunk: **Andrea Jennert** (Baden-Baden) für ihre Reportage „Ich hätte sie so gern geliebt – Die Rückgabe einer Pflegetochter ins Heim" (SWR). Drei Sonderpreise (jeweils

Preise

1500 €) Serie: **Jutta Kramm** (Berlin) verantw. Redakteurin der Serie Familie 2003 („Berliner Zeitung"). Redaktion: **Irmela Hannover** (Köln), verantw. Redakteurin des Elternmagazins Service Zeit Familie (WDR-TV). Öffentliche Meinung: **Anna von Münchhausen** (Frankfurt) für ihren Essay „Die Glucken und die Rabenmütter" („FAS").

Der zum ersten Mal zu den Filmfestspielen Hof verliehene Preis für die Visuelle Filmkritik geht an **Daniel Kothenschulte** für seine Kritik des Spielfilms „Lichter", erschienen in der „Frankfurter Rundschau".

Wissenschaft visuell 2003 – Mit der Blutbahn aufs Siegertreppchen: „Bild der Wissenschaft" und Gießener Professur für Fachjournalistik zeichnen eindrucksvolle Bilder aus Forschung, Lehre und Hochschulleben aus. Im Bereich Einzelfoto ging der Hauptpreis (3.500 €, „Bild der Wissenschaft") an den freien Fotografen **Bernd Müller**. Den zweiten Preis (2.000 €, Fraunhofer-Gesellschaft) erhielt der Zoologie-Doktorand **Thomas Endlein**. Auf dem dritten Platz (1.250 €, Aventis Pharma Dt.) landete **Thomas Pflaum**. Der Hauptpreis Reportage (eine Leica R8 mit Objektiv von Leica Camera AG) ging an **Dieter Klein**. Einen Anerkennungspreis (1.000 €, Agfa-Gevart AG) verdiente sich Kommunikationsdesign-Studentin **Nicole Strasser**.

Für den Filmbeitrag „An- oder Bewohner?" (Wirtschaftsmagazin Markt, WDR) erhielt **Gerti Müller** den mit 2.500 € dotierten Anerkennungspreis der Vogel-Stiftung zugesprochen.

Der selbständige Journalist, Buchautor und Filmemacher **Siegfried Pater** ist diesjähriger Preisträger des Oscar-Romero-Preises (1.000 €).

Lettre Ulysses Award für the Art of Reportage - Erster Weltpreis für Literarische Reportage: 1. Preis: **Anna Politovskaja** für „Tschétchénie: les deshonneur russe", buchet/ Castel, Paris 2003 (50.000 €) 2. Preis **Nuruddin Farah** für „Yesterday Tomorrow – Voices from the Somali Diaspora" Continum International, London/New York 2000 . Chinesisch (20.000 €). 3. Preis: **Jiang Hao** für „Revealing the Secrets of Poachers", Qunzhong chubanshe, Beijing 2000, Chinesisch (20.000 €).

WDR-Intendant **Fritz Pleitgen** ist aufgrund seiner „besonderen Verdienste um die jüdische Gemeinschaft" mit der Josef-Neuberger-Medaille geehrt worden.

Astrid Prange de Oliveira („Rheinischer Merkur"), **Valentin Thurn** (DeutschlandRadio), **Jana Lemme** (3sat) und **Christoph Corves** (ZDF) haben den Medienpreis Entwicklungspolitik erhalten. Der Sonderpreis ging an den Chefredakteur der entwicklungspoltitischen Zeitschrift „E + Z", **Reinold E. Thiel**.

Hauke Reimer von der „Wirtschaftswoche" wurde mit dem 1. Preis des Helmut-Schmidt-Journalisten-Preises für kritische Wirtschaftsberichterstattung im Bereich Finanzdienstleistungen ausgezeichnet. Weitere Preisträger sind Christian Buchholz von manager-magazin.de und **Roland Stimpel** vom Wirtschaftsmagazin „DMEuro".

Internationales Leipizger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm: Die Goldene Taube ehrenhalber erhielt **Peter Schamoni** für sein filmisches Lebenswerk. Dokumentarfilme und -videos / Langmetrage (über 45 min.): Goldene Taube (5.000 €) für „S21 – Die Todesmaschine der Roten Khmer" von **Rithy Panh** (Frankreich); Silberne Taube (3.000 €) für „Hugo und Rosa" von **Bengt Jägerskog** (Schweden). Kurzmetrage (bis 45 min.): Goldene Taube (3.000 €) an „Mein Vater – der Inspektor" von **Peå Holmquist** (Schweden); Silberne Taube (2.000 €) an „Fall Into Half-Angel" von **Róisín Loughrey** (Irland). Der Preis für beste Kameraführung (3.000 €), gestiftet von Kabel Deutschland, ging an „Landschaft" von **Sergej Loznica** (Deutschland), Kamera: **Pavel Kostomarov**.
Die Internationale Jury für Animationsfilm vergab eine Goldene Taube (3.000 €) an „Der Mann vom Mond" von **Oksana Cerkasova** (Rußland); eine Silberne Taube (2.000 €) an „Atama Yama" von **Koji Yamamura** (Japan). Der Preis der Sparkasse Leipzig (1.500 €) ging an „Fast Film" von **Virgil Widrich** (Österreich, Luxemburg). Den MDR-Film-Preis (3.000 €) erhält „Reinigungstag" von **Aleksandr Rastorgujev** (Rußland). Der ver.di-Preis wurde an die israelische Regisseurin **Tam Wishnitzer-Haviv** für den Film „Leben für Land" verliehen.

Eine-Welt-Filmpreis NRW: 1. Preis für „Aufrecht gehen und durchhalten" von **René Schraner** (Schweiz). 2. Preis für „The Day I Will Never Forget" von **Kim Longinotto** (Großbritannien). 3. Preis für „Reise zwischen zwei Welten – A Miner's Tale" von **Nic Hofmeyer** und **Gabriel Mondlane** (Mozambique, Südafrika).
Der **Spotlight Verlag** in München/ Martinsried erhielt den Bayerischen Printmedienpreis 2003 der Bayerischen Staatsregierung, der mit 10.000 € dotiert ist.

Katja Thimm erhält für ihren „Spiegel"-Beitrag „Guten Morgen, liebe Zahlen" den mit 12.000 Euro dotierten Medienpreis 2003 „Im Zentrum der Mensch". Der Preis wird zum fünften Mal von der DKV Deutsche Krankenversicherung AG und dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden vergeben. Thema war : „Lernen im 21. Jahrhundert – Der Mensch als lernendes Individuum".